

**Demographischer Wandel
als Herausforderung für
Österreich und seine Regionen
Teilbericht 2: Auswirkungen auf das
Arbeitskräfteangebot und den
Arbeitsmarkt**

Peter Huber

Projektkoordination: Peter Mayerhofer, Peter Huber
Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Grabmayer,
Andrea Hartmann, Maria Thalhammer

Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen

Teilbericht 2: Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt

Peter Huber

November 2010

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag der Verbindungsstelle der Österreichischen Bundesländer

Projektkoordination: Peter Mayerhofer, Peter Huber • Begutachtung: Christine Mayrhuber • Wissenschaftliche
Assistenz: Andrea Grabmayer, Andrea Hartmann, Maria Thalhammer

Inhalt

In diesem Teilbericht des Forschungsprojektes werden die Implikationen der prognostizierten demographischen Entwicklung für die regionalen Arbeitsmärkte Österreichs diskutiert. Nach der Untersuchung der Folgen der bisherigen demographischen Verschiebungen für Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktdynamik sowie für die Struktur der Arbeitslosigkeit werden die möglichen Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung beleuchtet. Anhand verschiedener Szenarien der Bevölkerungsprognose werden zudem Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Einflussnahme identifiziert, um den Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik auszuloten.

Rückfragen: Peter.Huber@wifo.ac.at

2010/422-1/S/WIFO-Projektnummer: 2609

© 2010 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 50,00 € • Kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41127&typeid=8&display_mode=2

Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen

Teilbericht 2: Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Übersichten	III
Verzeichnis der Abbildungen	IV
Executive Summary	1
1. Einleitung	6
2. Die Entwicklung der Erwerbspersonen bis 2030	8
2.1 <i>Deutlicher Rückgang der Erwerbsquote nur in Kärnten</i>	8
2.1.1 Ostregion und städtische Regionen gewinnen anteilmäßig an Erwerbspersonen	14
2.2 <i>Entwicklung der Struktur der Erwerbspersonen</i>	15
2.2.1 Starker Anstieg der Zahl der älteren Erwerbspersonen	15
2.2.2 Der Anstieg des Anteils der älteren Erwerbspersonen ist in städtischen Regionen am geringsten	18
2.2.3 Deutlich sinkendes Arbeitskräfteangebot der Älteren	20
2.2.4 Steigender Frauenanteil an den Erwerbspersonen	22
3. Zu erwartende Herausforderungen der demographischen Entwicklung für den österreichischen Arbeitsmarkt	24
3.1 <i>Bei unveränderten Arbeitslosenquoten verringern Änderungen in der Altersstruktur die Arbeitslosigkeit tendenziell</i>	24
3.2 <i>Eine ökonometrische Untersuchung</i>	26
3.2.1 Theoretische und methodische Überlegungen	26
3.2.2 Ein sinkender Anteil der Jugendlichen senkt die Arbeitslosenquote	30
3.2.3 Ein hoher Anteil an Jugendlichen und Älteren korreliert positiv mit der Beschäftigungsquote	31
3.2.4 Altersstruktur hat keine signifikanten Auswirkungen auf die Offenen-Stellen-Rate	32
3.3 <i>Auswirkungen auf den Umschlag am Arbeitsmarkt und die Struktur der Arbeitslosigkeit</i>	32
3.3.1 Durch Alterung sinkt vor allem die Zahl der Arbeitsplatzwechsel und die regionale Mobilität	32
3.3.2 Junge Arbeitskräfte konkurrieren sich vor allem mit anderen Jungen und Personen im Haupterwerbsalter	34

3.4	<i>Sektorale Auswirkungen</i>	35
3.4.1	Erhebliche Unterschiede in der Altersstruktur nach Branchen	35
3.4.2	Das Beschäftigungswachstum der Branchen wurde in der Vergangenheit von demographischen Veränderungen kaum beeinflusst	37
3.9	<i>Zusammenfassung</i>	38
4.	Auswirkungen auf die Bildungsstruktur	39
4.1	<i>Auswirkungen auf die Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung</i>	39
4.1.1	Trend zur Höherqualifizierung führt zu steigenden Anteilen an Universitäts- und AHS/BHS-AbsolventInnen	39
4.1.2	Deutliche regionale Unterschiede in der Veränderung der Bildungsstruktur bei Fortsetzung der Trends der letzten 10 Jahre	40
4.2	<i>Bildungsstand nach Bundesland und Geschlecht</i>	43
4.2.1	Frauen werden in Zukunft deutlich besser qualifiziert sein als Männer	43
4.3	<i>Bildungsstruktur nach Altersgruppen</i>	47
4.3.1	Ältere werden in Zukunft deutlich besser qualifiziert sein; der AkademikerInnenanteil steigt, aber vor allem aufgrund einer höheren Bildungsbeteiligung der Jungen	47
5.	Einflussfaktoren auf die Erwerbspersonenentwicklung	53
5.1	<i>Der Einfluss der Fertilität und Lebenserwartung ist eher gering</i>	53
5.2	<i>Der Einfluss von Wanderungsbewegungen</i>	56
5.2.1	Annahmen über die Außenwanderung haben einen erheblichen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung	56
5.2.2	Annahmen über die Binnenwanderung haben starke Auswirkungen auf einzelne Bundesländer	59
5.3	<i>Der Einfluss der Annahmen über die Erwerbsquotenentwicklung ist erheblich</i>	61
5.4	<i>Zusammenfassung</i>	64
6.	Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten	66
6.1	<i>Hauptergebnisse des Teilberichts</i>	66
6.1.1	Verschiebungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebotes	66
6.1.2	Auswirkungen der Strukturverschiebungen auf Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	68
6.1.3	Änderungen der Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung	69
6.2	<i>Wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten</i>	70
6.2.1	Maßnahmen zur Verhinderung eines Rückgangs der Zahl der Erwerbspersonen	70
6.2.2	Maßnahmen für einzelne Zielgruppen	71
	Literaturhinweise	84
	Anhang: Verwendete Bezirkstypologie	86

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 2.1:	Erwerbsquote der jüngeren und älteren Arbeitskräfte nach Bundesländern und Prognosejahren	16
Übersicht 2.2:	Zahl der Erwerbspersonen nach Bundesländern, ausgewählten Prognosejahren und ausgewählten Altersgruppen	20
Übersicht 2.3:	Zahl der Erwerbspersonen nach Bezirkstypen, ausgewählten Prognosejahren und ausgewählten Altersgruppen	21
Übersicht 2.4:	Zahl der Erwerbspersonen nach Bundesländern, ausgewählten Prognosejahren und Geschlecht	22
Übersicht 3.1:	Regressionsergebnisse zur Auswirkung der Altersstruktur der Erwerbspersonen auf die Arbeitslosenquote	30
Übersicht 3.2:	Regressionsergebnisse zur Auswirkung der Altersstruktur der Erwerbspersonen auf Arbeitsplatz- und Arbeitskräfteumschlag	33
Übersicht 3.3:	Regressionsergebnisse zur Auswirkung der Altersstruktur der Erwerbspersonen auf Arbeitsplatz- und Arbeitskräfteumschlag	35
Übersicht 3.4:	Alters- und Geschlechtsstruktur der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren	36
Übersicht 3.5:	Regressionsergebnisse zur Auswirkung der Altersstruktur der Erwerbspersonen auf das Beschäftigungswachstum der Branchen	37
Übersicht 4.1:	Szenarien zum Bildungsstand der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) nach Bundesland und höchster abgeschlossener Ausbildung (Männer und Frauen)	41
Übersicht 4.2:	Szenarien zum Bildungsstand der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) nach Bundesland und höchster abgeschlossener Ausbildung (Männer)	44
Übersicht 4.3:	Szenarien zum Bildungsstand der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) nach Bundesland und höchster abgeschlossener Ausbildung (Frauen)	45
Übersicht 4.4:	Szenarien zum Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 45 bis 64 Jahren nach Bundesland und höchster abgeschlossener Ausbildung (Status-Quo-Szeario)	48
Übersicht 4.5:	Szenarien zum Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 15 bis 29 Jahren nach Bundesland und höchster abgeschlossener Ausbildung (Trendszenario)	51
Übersicht 5.1:	Entwicklung der Erwerbspersonen und ihrer Struktur in Österreich und den Bundesländern bei verschiedenen Annahmen über die natürliche Bevölkerungsbewegung	54
Übersicht 5.2:	Entwicklung der Erwerbspersonen und ihrer Struktur in Österreich und den Bundesländern bei verschiedenen Annahmen über Wanderungsbewegungen	57
Übersicht 5.3:	Außen- und Binnenwanderungssaldo	60
Übersicht 5.4:	Entwicklung der Erwerbspersonen und ihrer Struktur in Österreich und den Bundesländern bei verschiedenen Annahmen über die Erwerbsquote	63
Übersicht 6.1:	Anteil verschiedener Gruppen mit Migrationshintergrund an der wohnhaften Bevölkerung in Österreich nach Bundesländern und Bevölkerungsdichte	72
Übersicht 6.2:	Weiterbildungsquote der 25- bis 64-Jährigen in den österreichischen Bundesländern nach Altersgruppen	83

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 2.1:	Zahl der Erwerbspersonen nach Bundesländern und ausgewählten Prognosejahren	9
Abbildung 2.2:	Erwerbsquoten nach Lebensunterhaltkonzept, Bundesländern und ausgewählten Prognosejahren	10
Abbildung 2.3:	Zahl der Erwerbspersonen nach Bezirkstypen und ausgewählten Prognosejahren	11
Abbildung 2.4:	Erwerbsquoten nach Lebensunterhaltkonzept, Bezirkstypen und ausgewählten Prognosejahren	12
Abbildung 2.5:	Anteil der Erwerbspersonen in den Bundesländern nach ausgewählten Prognosejahren	13
Abbildung 2.6:	Anteil der Erwerbspersonen in den Bezirkstypen nach ausgewählten Prognosejahren	14
Abbildung 2.7:	Anteil der über 45-Jährigen an den Erwerbspersonen nach Bundesländern und ausgewählten Prognosejahren	15
Abbildung 2.8:	Anteil der über 15- bis 19-Jährigen an den Erwerbspersonen nach Bundesländern und ausgewählten Prognosejahren	17
Abbildung 2.9:	Anteil der über 45-Jährigen an den Erwerbspersonen nach Bezirkstypen und ausgewählten Prognosejahren	18
Abbildung 2.10:	Anteil der über 15- bis 19-Jährigen an den Erwerbspersonen nach Bezirkstypen und ausgewählten Prognosejahren	19
Abbildung 2.11:	Frauenanteil an den Erwerbspersonen nach Bundesländern und ausgewählten Prognosejahren	21
Abbildung 3.1:	Fortschreibung der Arbeitslosenquote nach Bundesländern	25
Abbildung 5.1:	Beitrag der Zuwanderung zum Wachstum der Erwerbspersonen der Bundesländer	58
Abbildung 5.2:	Erwerbsquoten 2030 nach Alter, Geschlecht und Bundesländern für ausgewählte Prognosejahre	62

Executive Summary

Ziel dieser Studie ist es die regional unterschiedlichen Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Zahl der Erwerbspersonen auf Ebene der österreichischen Bundesländer und Bezirkstypen zu untersuchen. Nach den Ergebnissen wird die Zahl der Erwerbspersonen in Österreich im nächsten Jahrzehnt auf Basis des Hauptszenarios der Bevölkerungsprognose eher steigen als fallen und im Jahr 2030 nicht unter dem Niveau des Jahres 2010 liegen. Der Grund hierfür ist, dass der Rückgang in der erwerbsfähigen Bevölkerung durch den erwarteten Anstieg der Erwerbsquote (insbesondere bei Frauen und Älteren) kompensiert wird. Als zweites Resultat zeigt sich aber auch eine deutliche regionale Differenzierung der erwarteten Entwicklung der Erwerbspersonen. Auf Ebene der Bundesländer lassen sich dabei vier Gruppen feststellen:

1. In Wien wird die Zahl der Erwerbspersonen deutlich steigen, wobei es hier auch nach 2020 noch zu einem weiteren Anstieg der Erwerbspersonen kommen sollte.
2. Auch in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 noch steigen und danach zurückgehen. Dieser Rückgang wird hier aber moderat sein, sodass den Arbeitsmärkten dieser Bundesländer auch im Jahr 2030 noch mehr Erwerbspersonen zur Verfügung stehen sollten als noch 2010.
3. In den Bundesländern Salzburg, Oberösterreich, Steiermark und Burgenland wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 ebenfalls weiter steigen, der danach folgende Rückgang ist hier aber etwas stärker, sodass die Zahl der Erwerbspersonen in diesen Bundesländern im Jahr 2030 leicht unter oder am Niveau des Jahres 2010 liegen wird.
4. In Kärnten wird es schlussendlich bereits bis 2020 zu einem Rückgang der dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehenden Erwerbspersonen kommen. Im Jahr 2030 wird die Zahl der Erwerbspersonen in diesem Bundesland deutlich unter dem gegenwärtigen Niveau liegen.

Auf Ebene der Bezirkstypen zeigen sich noch deutlichere Differenzierungen, die eng mit dem Urbanisierungsgrad zusammenhängen. So wird es in den städtischen Regionen und ihrem Umland (unabhängig davon, ob es sich um Wien, andere Großstädte oder Mittelstädte handelt) bis 2030 zu einer deutlichen Zunahme der Erwerbspersonen kommen. In allen anderen Bezirkstypen wird hingegen die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 in etwa stagnieren und danach zurückgehen, wobei dieser Rückgang vor allem in den touristischen Randgebieten deutlich sein wird.

Verschiebungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebotes

Die für die Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten 20 Jahren relevanteren demographischen Entwicklungen werden aber die Verschiebungen der Struktur des Arbeitskräfteangebotes in Richtung der Älteren, der Personen mit Migrationshintergrund und der Frauen sein:

- Im Jahr 2020 dürfte die Zahl der älteren Erwerbspersonen (im Alter von 45 Jahren und mehr) österreichweit um 15% über dem Wert des Jahres 2010 liegen. Dieser Anstieg dürfte dabei vor allem in Vorarlberg, Tirol und Niederösterreich über dem Durchschnitt liegen, während er in Kärnten sowie im Burgenland unterdurchschnittlich sein sollte. Danach (bis ins Jahr 2030) würde auch die Zahl der älteren Erwerbspersonen in allen Bundesländern (mit Ausnahme Vorarlbergs und Wiens) zurückgehen. Auf Ebene der Bezirkstypen sollte die Zahl der älteren Erwerbspersonen in den städtischen Regionen (Metropole Wien, Großstädte, Mittelstädte) und ihrem Umland bis 2030 steigen, während in allen anderen Bezirkstypen ab 2020 mit einem Rückgang zu rechnen ist. Insgesamt dürfte die Zahl der älteren Erwerbspersonen allerdings im Jahr 2030 je nach Regionstyp immer noch zwischen 12,3% (industrialisierte Randgebiete) und 24,6% (Mittelstädte) höher sein als im Jahr 2010.
- Noch dramatischer dürften die Rückgänge bei den Jugendlichen ausfallen. Im Jahr 2030 dürften dem österreichischen Arbeitsmarkt um 23,7% weniger Erwerbspersonen in der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen zur Verfügung stehen als noch im Jahr 2010, wobei dieser Rückgang in Kärnten oder Oberösterreich bis zu 30% betragen dürfte. Nach Bezirkstypen dürfte der Rückgang der Zahl der jungen Erwerbspersonen nur in Wien moderat bleiben. Im Jahr 2030 sollten hier um 1,8% weniger Erwerbspersonen im Alter von unter 20 Jahren wohnen als noch 2010. In den anderen städtischen Regionen inklusive des Umlandes werden diese Rückgänge bei rund 20% liegen, und in den intensiven Industrieregionen bei mehr als 30%. In den übrigen Bezirkstypen sind Rückgänge von 30% bis zu 35% abzusehen. Arbeitskräfteknappheiten könnten daher in der Zukunft am ehesten bei den jungen Arbeitskräften und hier insbesondere bei Lehrlingen in den Randgebieten entstehen.
- Daneben sollte sich nach unseren Prognosen – aufgrund des sich fortsetzenden Trends zu einer höheren Frauenerwerbstätigkeit – auch der Frauenanteil an den Erwerbspersonen auf über 46% erhöhen. Der mit Abstand schwächste Anstieg wird hier in Salzburg erreicht, dahinter folgen Tirol und Oberösterreich. In allen anderen Bundesländern wird dieser Anstieg überdurchschnittlich hoch sein, vor allem aber im Burgenland und in Niederösterreich. Als Konsequenz dieser Anteilsverschiebung wird die Zahl der männlichen Erwerbspersonen in allen Bundesländern Österreichs – mit Ausnahme Wiens – bis 2030 sinken, während die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen in allen Bundesländern außer Salzburg und Kärnten steigen wird.
- Schlussendlich dürfte sich nach den vorliegenden Prognosen auch der AusländerInnenanteil an den Erwerbstätigen bis 2030 deutlich erhöhen. Würde ab dem Jahr 2009 keine Netto-Zuwanderung nach Österreich mehr stattfinden, läge die Zahl der Erwerbspersonen (bei gleicher Erwerbsquotenentwicklung) im Jahr 2020 bereits um 2,9% unter dem heutigen Niveau, und 2030 wären bereits um 11,6% weniger Erwerbspersonen vorhanden als heute. Insbesondere in der Ostregion Österreichs geht die in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose unterstellte Änderung in der Zahl der Erwerbspersonen ausschließlich auf die Zuwanderung zurück. Zuwanderung erklärt hier 17 bis 21 Prozentpunkte der prognosti-

zierten Bevölkerungsprognose. Dementsprechend ist gerade in diesen Bundesländern mit einem deutlichen Anstieg in der Zahl der Personen mit Migrationshintergrund zu rechnen. In Kärnten und der Steiermark dürfte der Beitrag der Zuwanderung (mit 6,9 und 10,8 Prozentpunkten) etwas geringer sein. Weniger stark ausgeprägt sollte hingegen der Rückgang der Erwerbspersonen im Jahr 2030 in Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich sein. In diesen Bundesländern beträgt der Wachstumsbeitrag der Zuwanderung zur prognostizierten Zahl der Erwerbspersonen in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose durchwegs unter 10 Prozentpunkte.

- Würden (bei unveränderter Zuwanderung) die Erwerbsquoten in Österreich – insbesondere jene der Frauen und der Älteren – bis ins Jahr 2030 auf das Niveau Schwedens steigen, würde die Zahl der Erwerbspersonen sowohl bis ins Jahr 2020 als auch danach noch deutlich steigen. Österreichweit läge die Zahl der Erwerbspersonen in diesem Fall im Jahr 2030 um 19,4% über dem Niveau des Jahres 2010, und selbst in Kärnten wäre sie immer noch um 15,3% höher, während sie in Wien sogar um 23,4% höher läge. Insgesamt sind eine Erhöhung der Erwerbsquote und stärkere Zuwanderung eindeutig die wirksamsten Maßnahmen, um ein Sinken der Zahl der Erwerbspersonen zu verhindern.

Auswirkungen der Strukturverschiebungen auf Arbeitslosigkeit und Beschäftigung

Diese Strukturverschiebungen könnten (bei annähernd gleichbleibender Zahl der Erwerbspersonen) zu einer Verringerung der Arbeitslosenquote beitragen. Es zeigt sich, dass in der Vergangenheit nur der Anteil der jungen Arbeitskräfte einen robust signifikant positiven Einfluss auf die Arbeitslosenquote hatte. Am ehesten wäre bei Fortschreibung der gegenwärtigen Entwicklungen aufgrund der Änderung der demographischen Struktur mit einer leichten Verringerung der Arbeitslosenquote (von 0,1 bis 0,3 Prozentpunkten) zu rechnen.

Insgesamt reagieren die regionalen Arbeitsmärkte Österreichs auf eine Änderung der Struktur des Arbeitskräfteangebotes in Richtung der Älteren, Frauen und AusländerInnen vor allem durch eine (schwache) Steigerung der Beschäftigungsquote, während die Arbeitslosenquote von Änderungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebotes, wohl aufgrund endogener Reaktionen der Arbeitsmarktpolitik, kaum berührt wird. Auch der Einfluss auf die Beschäftigungsquote ist quantitativ allerdings nur gering. Eine Erhöhung des Anteils der Jugendlichen und auch der Älteren am Arbeitskräfteangebot um 1% führt nach unseren Ergebnissen zu einer Steigerung der Beschäftigungsquote um 0,1%.

Etwas deutlicher wären hingegen die Auswirkungen der Verschiebung der Struktur der Erwerbspersonen auf die Struktur der Arbeitslosigkeit und die Mobilität am Arbeitsmarkt. Ein steigender Anteil der jüngeren Arbeitskräfte an den Erwerbstätigen führt vor allem zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquote der Personen im Alter von 15 bis 44 Jahren – also der Jungen und der Personen im Haupterwerbsalter. Ein steigender Anteil der Älteren an den Erwerbspersonen korreliert hingegen signifikant negativ mit der Arbeitslosigkeit der Jüngeren, hat aber ansonsten keinen Einfluss auf die Struktur der Arbeitslosigkeit. Überdies erhöht ein Anstieg des Anteils der Jüngeren am Arbeitskräfteangebot um 1% die gesamtwirtschaftliche Zugangsrate

in die Beschäftigung um 0,3%, und ein Anstieg der Älteren um 1% erhöht die Abgangsrate aus der Beschäftigung um 0,05%. Ein Anstieg des Anteils der Jüngeren am Arbeitskräfteangebot erhöht zudem die geographische Mobilität (gemessen an den Wegzügen aus einer Region) um etwa 0,3% und den Zuzügen in eine Region um 0,2%.

Änderungen der Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung

Nicht zuletzt werden die demographischen Entwicklungen der nächsten 20 Jahre – im Zusammenspiel mit dem schon seit mehreren Jahrzehnten bestehenden Trend zu einer stärkeren Bildungsbeteiligung der Bevölkerung – auch erhebliche Auswirkungen auf die Humankapitalbasis der in Österreich wohnhaften Bevölkerung haben, wobei die Tendenz eindeutig in Richtung einer Höherqualifizierung gehen wird. Wenn sich die gegenwärtigen Trends der steigenden Qualifizierungsbeteiligung in den nächsten 20 Jahren fortsetzen, würde sich der Anteil der HochschulabsolventInnen in Österreich im Jahr 2030 auf 26,0% (oder um annähernd 14 Prozentpunkte) erhöhen und jener der AHS/BHS-AbsolventInnen läge mit 17,5% um immerhin 2 Prozentpunkte über dem gegenwärtigen Wert. Dagegen würde in diesem Szenario vor allem der Anteil der Pflichtschul- und LehrabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung zurückgehen. Ersterer läge im Jahr 2030 bei 12,8% (um 9,8 Prozentpunkte niedriger als 2009), Letzterer bei 43,1% (um 6,2 Prozentpunkte niedriger als 2009). Auch hier lassen sich einige Unterschiede zwischen den Bundesländern festmachen:

- So käme es bei Fortschreibung der Trends der letzten 10 Jahre vor allem in Tirol, Vorarlberg und Kärnten zu einem deutlichen Anstieg des Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit Universitätsabschluss. In Tirol und Vorarlberg würde diese Entwicklung vor allem zu Lasten des Anteils der PflichtschulabsolventInnen gehen, während der Rückgang bei den LehrabsolventInnen in beiden Bundesländern nur etwas über dem Durchschnitt und der Anstieg bei den AHS/BHS-AbsolventInnen in Vorarlberg sogar deutlich unter dem Bundestrend liegen würde. In Kärnten würde hingegen vor allem der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung mit Lehrabschluss sinken. Der Anteil der LehrabsolventInnen an der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung, der im Jahr 2009 in diesem Bundesland noch der höchste unter allen Bundesländern war, würde in diesem Fall im Jahr 2030 bereits unter dem österreichischen Durchschnitt liegen.
- In Oberösterreich und Niederösterreich würde – im Gegensatz zur Entwicklung im übrigen Österreich – der Anteil der Personen mit einer abgeschlossenen Lehrausbildung nicht schrumpfen. In Oberösterreich würde dieser Anteil in den nächsten 20 Jahren stagnieren und in Niederösterreich sogar leicht zulegen. Allerdings käme es in diesen Bundesländern zu einem überdurchschnittlich starken Rückgang des Anteils der PflichtschulabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung.
- In Salzburg käme es demgegenüber zu deutlich schwächeren Verschiebungen der diversen Bildungsanteile als im übrigen Österreich. Hier wären vor allem der Rückgang bei den PflichtschulabsolventInnen und auch der Anstieg des AkademikerInnenanteils schwächer als in Österreich. Dies ist auf den bereits gegenwärtig (im Jahr 2009) niedrigsten Anteil der

PflichtschulabsolventInnen (unter allen Bundesländern) und den hohen Anteil an AkademikerInnen (nach Wien der zweithöchste unter allen Bundesländern) zurückzuführen.

- In der Steiermark werden hingegen die Strukturverschiebungen im Bildungsanteil in den nächsten 20 Jahren stärker sein als im österreichischen Durchschnitt. Insbesondere wird hier der Anteil der LehrabsolventInnen deutlich rascher sinken als im übrigen Österreich, während der Anteil der AkademikerInnen stärker steigen wird.
- In Wien wird es – aufgrund der anhaltenden Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte – zu einem sehr geringen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung mit einem Pflichtschulabschluss, aber – aufgrund der anhaltenden Tertiärisierungstendenzen – zu einem deutlichen Rückgang des Anteils der LehrabsolventInnen kommen. Außerdem wird es in diesem Bundesland – entgegen dem österreichischen Trend – auch zu einem leichten Rückgang des Anteils der AHS/BHS-AbsolventInnen kommen. Die Bildungsstruktur Wiens wird demnach in Zukunft zunehmend bipolar. Im Jahr 2030 wird dieses Bundesland bei Fortschreibung der Trends der letzten 10 Jahre sowohl den höchsten Anteil an AkademikerInnen als auch den höchsten Anteil an PflichtschulabsolventInnen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter unter allen Bundesländern aufweisen.
- Im Burgenland wird es hingegen in den nächsten 20 Jahren zu einem starken Rückgang des Anteils der PflichtschulabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung kommen. Allerdings wird sich dieser – bei Fortschreibung der Trends der letzten 10 Jahre – nicht primär in einem Anstieg des AkademikerInnenanteils äußern, sondern vor allem in einem höheren Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen.

Insgesamt wird es bei den Frauen zu einem deutlich rascheren Rückgang des Anteils mit Pflichtschulabschluss kommen als bei den Männern, sodass Frauen im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2030 nicht nur einen deutlich höheren AkademikerInnenanteil aufweisen werden als Männer, sondern auch einen niedrigeren Anteil an PflichtschulabsolventInnen. Frauen werden daher im Jahr 2030 eindeutig besser ausgebildet sein als Männer. Gleichzeitig werden die Älteren (über 45-Jährigen) im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2030 deutlich besser qualifiziert sein als heute. Die 45- bis 64-Jährigen des Jahres 2030 werden einen deutlich höheren Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen aufweisen. Der AkademikerInnenanteil wird in dieser Gruppe aber nur leicht höher sein als heute, während der Anteil der Lehr- und PflichtschulabsolventInnen deutlich geringer sein wird. Der Anteil der AkademikerInnen wird in den nächsten 20 Jahren daher vor allem aufgrund der nachkommenden jüngeren Kohorten (der 15- bis 29-Jährigen) steigen.

1. Einleitung

Laut der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria wird die Bevölkerung in Österreich in den Jahren bis 2030 weiterhin steigen. Bis dahin wird es zu einer Zunahme der Bevölkerung um etwa 651.000 Personen kommen. Dieses demographische Wachstum wird allerdings von einer Reihe von Strukturverschiebungen begleitet. Insbesondere wird es nach dieser Prognose zu zwei wesentlichen Strukturveränderungen kommen (vgl. Teilbericht 1):

- Erstens, wird dieses Bevölkerungswachstum ausschließlich durch die Zuwanderung aus dem Ausland getrieben. Dementsprechend wird sich der deutliche Anstieg der in Österreich wohnhaften im Ausland Geborenen und der Personen mit Migrationshintergrund¹⁾ in den Jahren bis 2030 fortsetzen. Ohne Zuwanderung käme es – nach den Vorausschätzungen von Statistik Austria – bereits im Jahr 2015 zu einem leichten Bevölkerungsrückgang von rund 12.500 Personen gegenüber dem Jahr 2010, und im Jahr 2030 würden um rund 207.000 Personen weniger in Österreich wohnen als noch im Jahr 2010.
- Zweitens, wird es zu einer merklichen Alterung der Bevölkerung kommen. Selbst in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria erhöht sich der Anteil der in Österreich wohnhaften über 65-Jährigen von derzeit rund 17,5% um rund 6,3 Prozentpunkte auf 23,8%. Dementsprechend wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren) – selbst bei einer anhaltenden Zuwanderung nach Österreich – ab dem Jahr 2020 sinken und im Jahr 2030 um rund 69.000 Personen unter dem Niveau des Jahres 2010 liegen.²⁾ Dramatischer wären diese Veränderungen in einem Szenario ohne Zuwanderung. Hier würde der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung bis 2030 auf 27,3% ansteigen und der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter würde gegenüber dem Jahr 2010 rund 755.000 Personen betragen.

Die sich aus diesen Entwicklungen ergebenden Herausforderungen an die österreichische Arbeitsmarktpolitik werden in der öffentlichen Debatte und auch in der wissenschaftlichen Literatur breit diskutiert. So argumentiert *Biffli* (2006), dass die zu erwartende Erhöhung des Anteils an Personen mit Migrationshintergrund neue Herausforderungen an die Integrationspolitik stellen wird. *Frosch – Kühntopfer – Tivig* (2007) verweisen auf die potentiellen Effekte der Alterung der Bevölkerung auf die Arbeitskräfteknappheit. *Scopetta – Maier – Michalek* (2007) argumentieren, dass die zunehmende Alterung auch neue Anforderungen an die generationengerechte Organisation von Arbeitsprozessen und die sozialen Sicherungssysteme stellen wird und *Smeral et al.* (2009) zeigen anhand des Beispiels der Tourismuswirtschaft, dass die zunehmende Alterung der Bevölkerung in Österreich auch unterschiedliche Auswirkungen auf verschiedene Branchen haben wird. Sie argumentieren, dass in Branchen, die eine besonders junge Beschäftigtenstruktur aufweisen (z. B. der Tourismuswirtschaft), bei Fortschreibung der bestehenden Trends, die Arbeitskräfteknappheit am frühesten spürbar wird.

¹⁾ Als Personen mit Migrationshintergrund gelten alle Einwohner Österreichs, die entweder selbst im Ausland geboren wurden, oder zumindest einen Elternteil haben, der im Ausland geboren wurde.

²⁾ Stellt man hingegen auf die 15- bis 60-Jährigen ab, läge der Verlust an Erwerbsfähigen bei 229.000 Personen (Teilbericht 1).

Allerdings weisen eine Reihe von neueren Publikationen (*Tichy, 2007, Wöss, 2007, Biffl, 2006*) auch darauf hin, dass der in der Bevölkerungsprognose vorhergesagte Rückgang der Erwerbsbevölkerung keineswegs einen Automatismus darstellt, sondern unter anderem stark von der Entwicklung der Erwerbsquoten der Frauen und Älteren sowie von der Zuwanderung abhängen – also Variablen die durchwegs von der Wirtschaftspolitik beeinflussbar sind.

Ein Aspekt der demographischen Entwicklung Österreichs, der in der wissenschaftlichen Diskussion nur einen geringen Stellenwert einnimmt, ist allerdings ihre räumliche Differenzierung, welche zu regional recht unterschiedlichen Problemlagen führt³⁾. So wird etwa – wie in Teilbericht 1 dieses Forschungsprojektes dargestellt, – selbst bei Betrachtung der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose, die erwerbsfähige Bevölkerung in Kärnten deutlich rascher zurückgehen als im Bundesdurchschnitt, während die erwerbsfähige Bevölkerung in Wien – aufgrund einer anhaltend hohen Zuwanderung – weiter wachsen wird. Ziel dieses Teilberichts des Forschungsprojektes ist es, die regional unterschiedlichen Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Zahl der Erwerbspersonen auf Ebene der österreichischen Bundesländer und Bezirkstypen zu untersuchen. Dabei soll geklärt werden wie verschiedene Komponenten der Bevölkerungsveränderung (Alterung, Zuwanderung, geändertes Erwerbsverhalten) zu Veränderungen des regionalen Arbeitskräfteangebotes beitragen.

Hierzu werden zunächst die Implikationen der in der Bevölkerungsprognose vorhergesagten demographischen Entwicklung für die regionalen Arbeitsmärkte Österreichs diskutiert. Anschließend wird anhand einer Regressionsanalyse untersucht, wie sich die demographischen Verschiebungen in der Vergangenheit auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktdynamik, sowie auf die Struktur der Arbeitslosigkeit auswirkten. In einem weiteren Kapitel werden dann die möglichen Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung diskutiert. Schlussendlich werden anhand verschiedener Szenarien der Bevölkerungsprognose – im Sinne einer Sensitivitätsanalyse – die wesentlichen wirtschaftspolitischen Einflussmöglichkeiten auf diese Entwicklungen identifiziert, um auf diese Weise die Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, welche im letzten Kapitel diskutiert werden, auszuloten.

Im Zentrum der Analyse stehen dabei drei Themen. Erstens soll diskutiert werden, ob und in welchen Bereichen die zukünftige demographische Entwicklung ein Schrumpfen des Arbeitskräfteangebots erwarten lässt. Zweitens wird untersucht in welchen Bundesländern die demographische Entwicklung eine besonders große Herausforderung für den Arbeitsmarkt darstellen wird und wie sich diese zwischen den Bundesländern unterscheidet. Drittens soll diskutiert werden, welche Rolle die Annahmen der Bevölkerungsprognose über Geburtenzahlen, Lebenserwartung, Arbeitsmarktpartizipation und Zuwanderung bei der Vermeidung eines sinkenden Arbeitskräfteangebots spielen.

³⁾ Ausnahmen hierzu sind die Beiträge von *Scoppetta – Maier – Michalek (2007)*, die regionalpolitische Strategien zur Alterung beschreiben, und *Schipfer (2007)*, der sich der erwarteten Bevölkerungsveränderung der Gemeinden widmet.

2. Die Entwicklung der Erwerbspersonen bis 2030

2.1 Deutlicher Rückgang der Erwerbsquote nur in Kärnten

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die von Statistik Austria im Jahr 2009 erstellte Bevölkerungsprognose bis 2075. Um aus dieser Prognose die Zahl der zu erwartenden Erwerbspersonen zu ermitteln, wurden – aufgrund fehlender Erwerbspersonenprognosen in der Prognose 2009 – die prognostizierten Erwerbsquoten (nach Lebensunterhaltskonzept) der Bevölkerungsprognose 2006 auf die Bundesländer umgelegt. Als Prognosejahre wurden die Jahre 2020 und 2030 herangezogen. Für die Prognose auf Ebene von Bezirken wurde eine ähnliche Vorgehensweise gewählt. Auch hier wurden die Erwerbsquoten der Bevölkerungsprognose des Jahres 2008 (Hanika, 2006) auf die im Jahr 2010 erstellte Bevölkerungsprognose nach Bezirken umgelegt.¹⁾

Nach diesem Szenario wird die Zahl der Erwerbspersonen in Österreich insgesamt nach einem leichten Anstieg (um ca. 3%) bis 2020, im Jahr 2030 immer noch um 2% über dem Niveau des Jahres 2010 liegen (Abbildung 2.1) und rund 4,184 Millionen Personen betragen (im Vergleich zu 4,104 Millionen Personen im Jahr 2010). Die regionale Entwicklung der Erwerbspersonen wird sich allerdings nach Bundesländern deutlich unterscheiden. So dürfte die Zahl der Erwerbspersonen in Wien bis ins Jahr 2030 kontinuierlich steigen und im Jahr 2030 um 8,5% über dem Niveau des Jahres 2010 liegen. Ähnlich sollte auch in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg die Zahl der Erwerbspersonen 2030 immer noch (zwischen 2% und 5%) über dem Niveau des Jahres 2010 liegen, hier käme es ab dem Jahr 2020 aber zu einer rückläufigen Entwicklung (Abbildung 2.1). Im Burgenland wird die Zahl der Erwerbspersonen hingegen bis 2020 um 2% wachsen und danach wieder auf das Niveau des Jahres 2010 zurückgehen.

In den anderen Bundesländern wird die Zahl der Erwerbspersonen im Jahr 2030 dagegen unter dem Niveau des Jahres 2010 liegen. In Salzburg, Oberösterreich und der Steiermark ist hier bis 2020 noch ein Anstieg zu erwarten, während die Zahl der Erwerbspersonen in Kärnten bereits im Jahr 2020 fallen und im Jahr 2030 um 6% unter dem Niveau des Jahres 2010 liegen sollte.

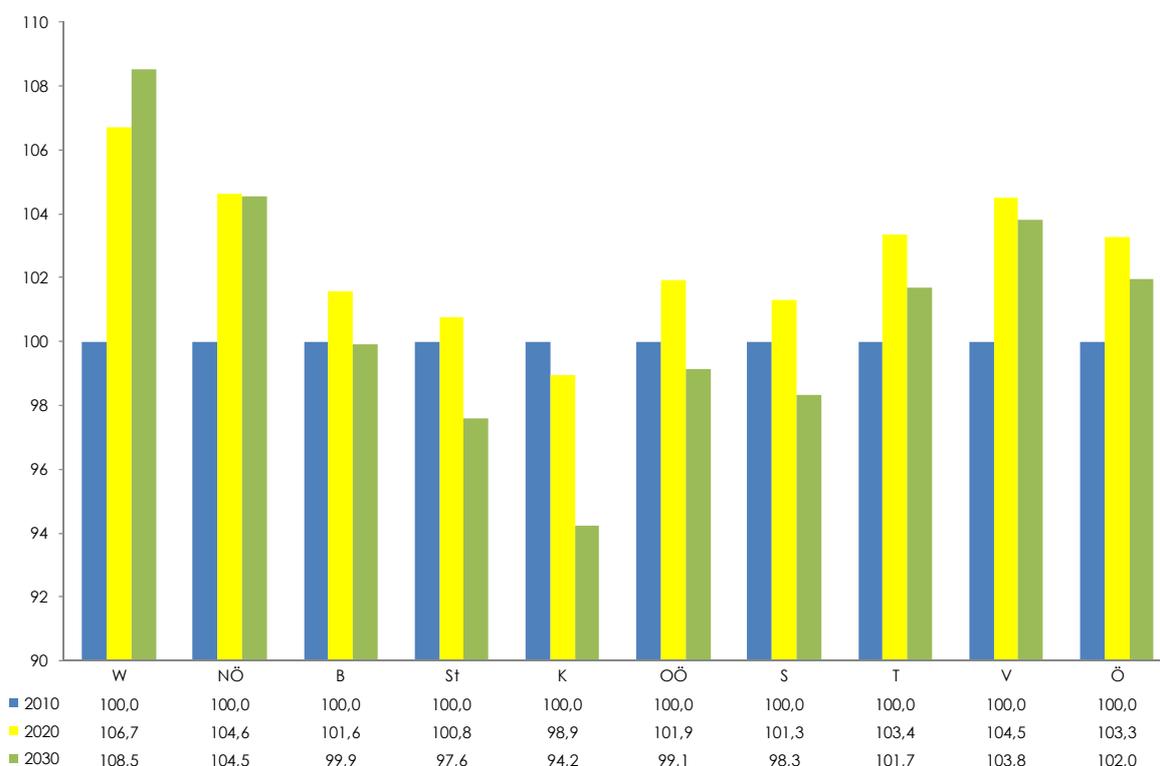
Die Ursache für diese Entwicklung ist ein bereits in der Erwerbstätigenprognose 2006 erwarteter deutlicher Anstieg der Erwerbsquote (vor allem bei Älteren und Frauen), der den Rück-

¹⁾ Diese Vorgehensweise hat auch Nachteile. Insbesondere bedeutet das Abstellen auf die Erwerbsquotenprognose des Jahres 2006, dass die neuesten Entwicklungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit nicht berücksichtigt werden können, und das Lebensunterhaltskonzept bedingt, dass gerade die in den letzten Jahren besonders dynamischen Entwicklungen bei der geringfügigen Beschäftigung in dieser Betrachtung unberücksichtigt bleiben. Unser Szenario ist daher – aufgrund der Vernachlässigung der geringfügigen Beschäftigung sowie der guten Erwerbsquotenentwicklung (insbesondere bei den Älteren) in den letzten Jahren, eher konservativ. Demgegenüber könnte aber auch die Nicht-Berücksichtigung des Krisenjahres 2009 eher auf eine Überschätzung der Erwerbsquotenentwicklung hindeuten. Allerdings liegt das Ziel dieser Untersuchung auch nicht in einer exakten Prognose der Zahl der Erwerbspersonen, sondern in der Darstellung der wesentlichen vorhersehbaren Trends in der Erwerbsbeteiligung in den nächsten 20 Jahren.

gang in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter österreichweit mehr als kompensieren wird. Insgesamt steigt die Erwerbsquote (nach Lebensunterhaltskonzept) bis 2030 österreichweit um 2,3 Prozentpunkte, wobei dieser Anstieg in Kärnten (+3,8 Prozentpunkte) aber auch im Burgenland, Tirol und Vorarlberg höher sein wird, während er in den anderen Bundesländer, vor allem aber in Niederösterreich (+1,6 Prozentpunkte) unterdurchschnittlich stark sein sollte (Abbildung 2.2).

Abbildung 2.1: Zahl der Erwerbspersonen nach Bundesländern und ausgewählten Prognosejahren

2010 = 100



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

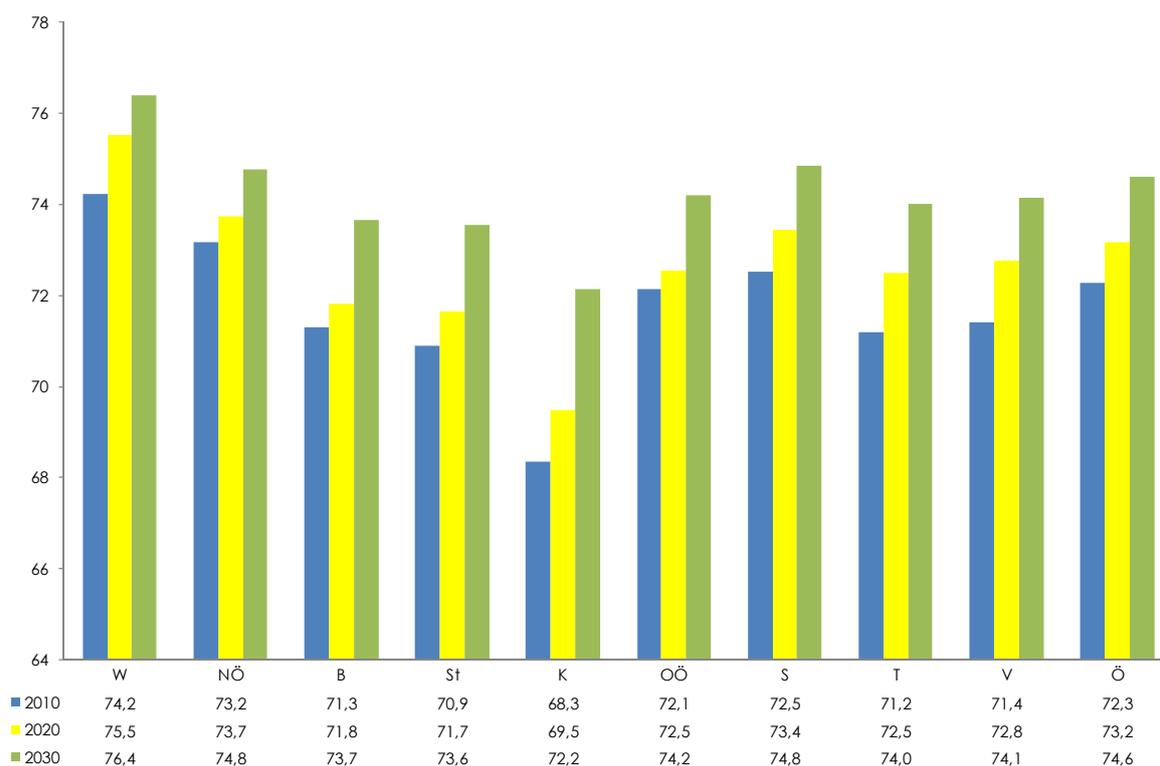
Noch deutlicher als zwischen den Bundesländern unterscheidet sich die zu erwartende Entwicklung in der Zahl der Erwerbspersonen auf der kleinräumigeren Ebene (Abbildung 2.3). Auf Ebene der Bezirkstypen nach *Palme* (1995)²⁾ zeigt sich, dass die bis ins Jahr 2030 steigende Anzahl der Erwerbspersonen in Wien ein Spezifikum aller städtischen Regionen und ihres Umlandes in Österreich ist. In den Umlandregionen der großen Städte wird die Zahl der Erwerbspersonen in den nächsten 20 Jahren in etwa gleich stark steigen wie in Wien. Im Jahr

²⁾ Um Entwicklungstendenzen auf kleinräumigerer Ebene zu diskutieren wird im Folgenden durchgängig die Bezirkstypologie von *Palme* (1995) verwendet. Diese wird im Anhang dargestellt.

2020 wird sie in diesen Regionen um 7% höher liegen als noch 2010, bis 2030 wird der Anstieg rund 9% betragen. Ähnlich wird die Zahl der Erwerbspersonen auch in den Groß- und Mittelstädten bis 2030 noch steigen. 2020 wird hier die Zahl der Erwerbspersonen um 5% und 2030 um 5% bzw. 6% höher liegen als noch 2010.

Abbildung 2.2: Erwerbsquoten nach Lebensunterhaltskonzept, Bundesländern und ausgewählten Prognosejahren

In %



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

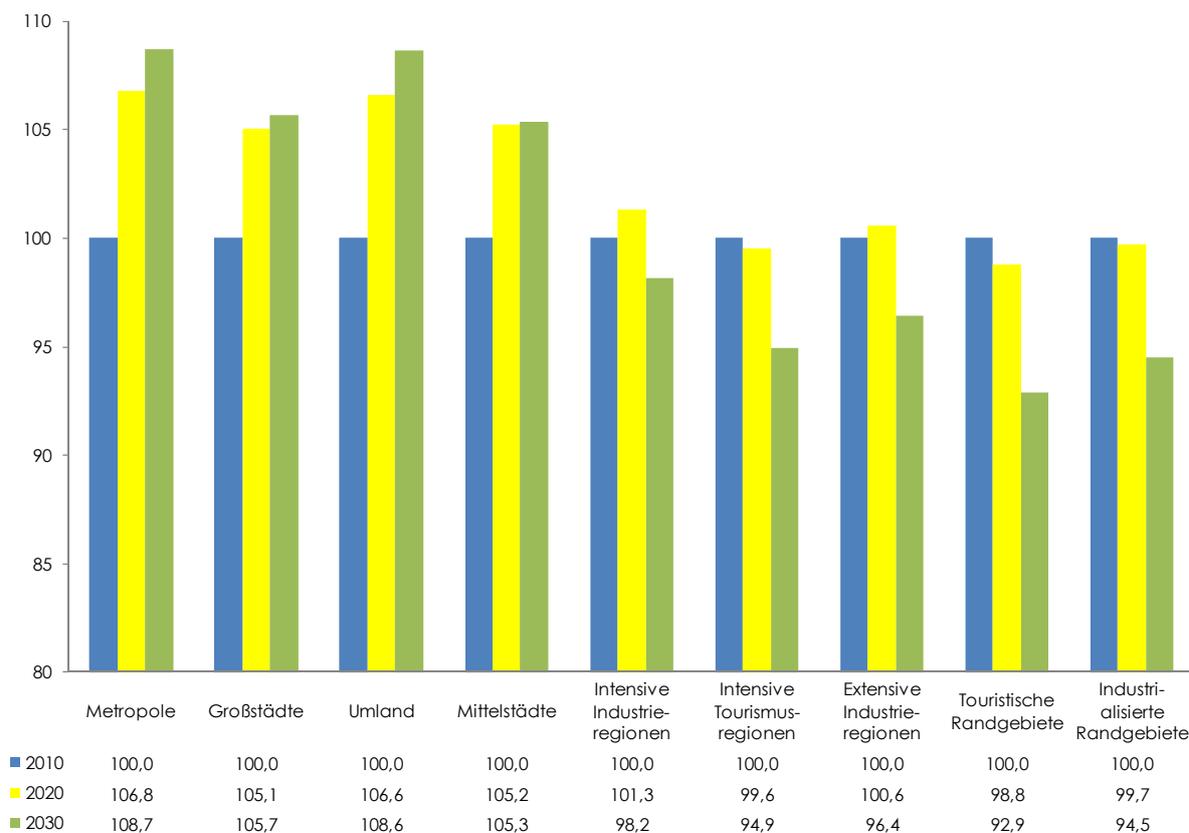
Demgegenüber wird es vor allem in den Randgebieten Österreichs bis 2030 zu deutlichen Rückgängen in der Zahl der Erwerbspersonen kommen. In den industrialisierten Randgebieten wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 noch leicht (um 1%) steigen, sich aber im Jahrzehnt danach deutlich (auf 5% unter dem Niveau des Jahre 2010) verringern. In den touristischen Randgebieten wird die Zahl der Erwerbspersonen bereits bis 2020 leicht sinken, im Jahr 2030 werden diesen Regionen um 7% weniger Erwerbspersonen zur Verfügung stehen als noch 2010.

Etwas moderater wird der Rückgang der Erwerbspersonen in den intensiven Industrie- und Tourismusregionen und in den extensiven Industrieregionen Österreichs sein (Abbildung 2.3). Hier wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 in etwa stagnieren, wobei in den intensiven

und extensiven Industrieregionen noch ein leichter Zuwachs zu verzeichnen sein wird. Danach wird die Zahl der Erwerbspersonen in diesen Bezirkstypen aber abnehmen und 2030 in den intensiven Industrieregionen um 2% unter dem Niveau des Jahres 2010 liegen. In den extensiven Industrieregionen und intensiven Tourismusregionen wird dieser Rückgang stärker ausfallen. Hier wird die Zahl der Erwerbspersonen 2030 um 5% bzw. 4% unter dem Niveau des Jahres 2010 liegen.

Abbildung 2.3: Zahl der Erwerbspersonen nach Bezirkstypen und ausgewählten Prognosejahren

2010 = 100

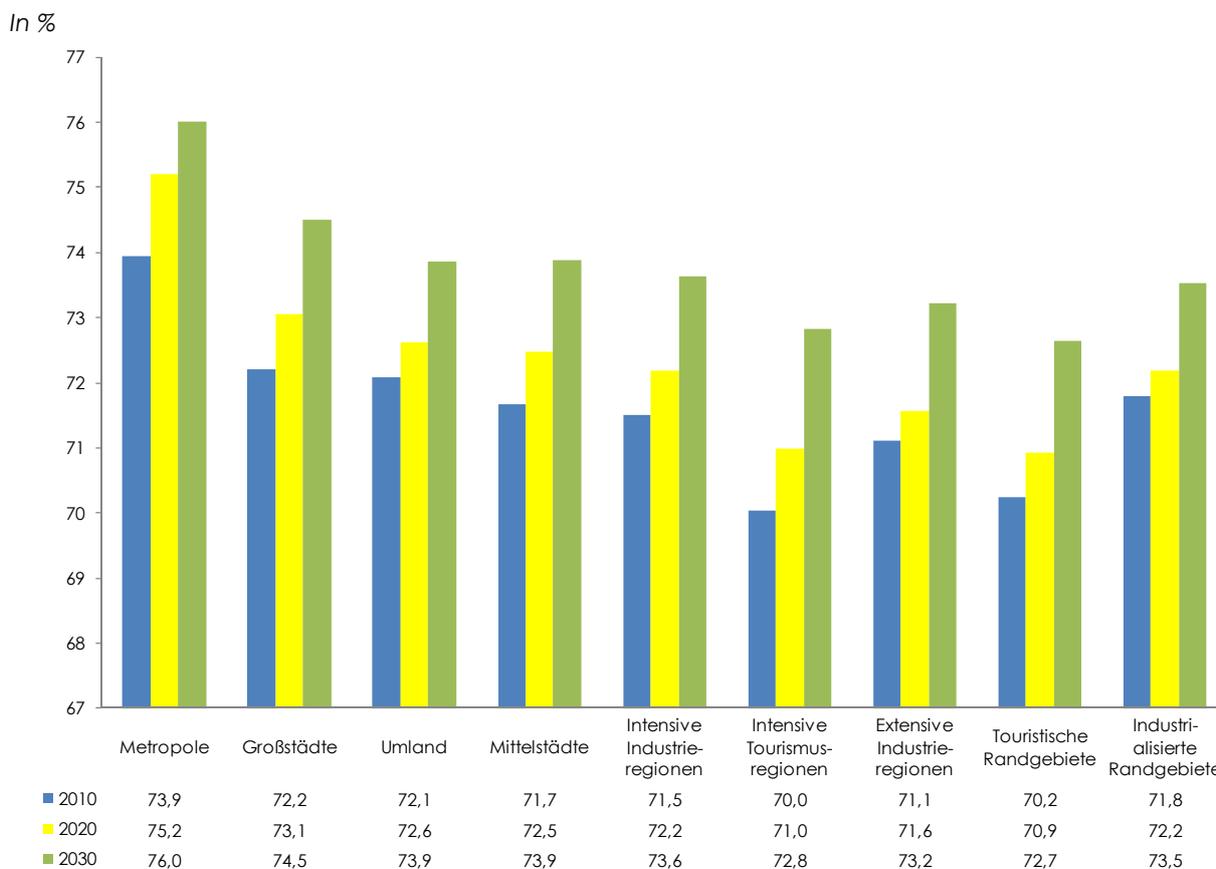


Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept. Siehe Anhang für eine Zuordnung der Bezirke auf Bezirkstypen.

Wie auch in der Prognose nach Bundesländern wird die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen nach Bezirkstypen von zwei gegenläufigen Tendenzen bestimmt. Zum einen sinkt in den meisten Regionen (allen außer den städtischen Regionen und dem Umland) die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, was zu einer sinkenden Zahl an Erwerbspersonen beiträgt. Zum anderen steigt aber die Erwerbsquote, was die Zahl der Erwerbspersonen tendenziell erhöht. Die Erwerbsquoten werden dabei – nach den vorliegenden Prognosen – vor allem in

den intensiven Tourismusregionen (um 2,8 Prozentpunkte) und den touristischen Randgebieten (um 2,5 Prozentpunkte) am deutlichsten steigen, während sie in den Umlandregionen am schwächsten (um +1,8 Prozentpunkte) ansteigen wird. Die höchste Erwerbsquote würde nach diesen Prognosen im Jahr 2030 aber die Metropole Wien aufweisen, während die touristischen Randgebiete und intensiven Tourismusregionen die niedrigste Erwerbsbeteiligung verzeichnen würden.

Abbildung 2.4: Erwerbsquoten nach Lebensunterhaltkonzept, Bezirkstypen und ausgewählten Prognosejahren



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltkonzept. Siehe Anhang für eine Zuordnung der Bezirke auf Bezirkstypen.

Als erstes Resultat zeigt sich somit, dass die Zahl der Erwerbspersonen in Österreich im nächsten Jahrzehnt eher steigen als fallen und auch im Jahr 2030 – trotz rückläufiger Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – nicht unter dem Niveau des Jahres 2010 liegen wird. Der Grund hierfür ist, dass der Rückgang in der erwerbsfähigen Bevölkerung einen – diesen Berechnungen zugrunde liegenden – Anstieg der Erwerbsquote (insbesondere bei Frauen und Älteren) kompensiert wird. Als zweites Resultat zeigt sich aber auch eine deutliche regio-

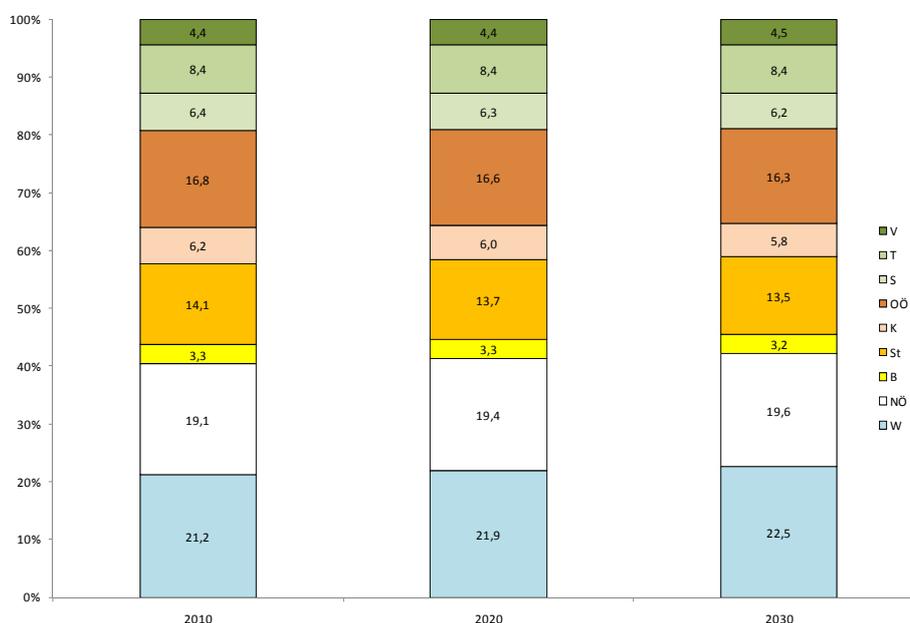
nale Differenzierung der in den nächsten beiden Jahrzehnten zu erwartenden Zahl der Erwerbspersonen.

Auf der Ebene der Bundesländer lassen sich dabei vier Gruppen unterscheiden:

1. In Wien wird die Zahl der Erwerbspersonen deutlich steigen, wobei es hier auch nach 2020 noch zu einem weiteren Anstieg der Erwerbspersonen kommen sollte.
2. In Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 noch steigen und danach zurückgehen. Dieser Rückgang wird aber moderat sein, sodass den Arbeitsmärkten dieser Bundesländer auch im Jahr 2030 noch mehr Erwerbspersonen zur Verfügung stehen sollten als noch 2010.
3. In Salzburg, Oberösterreich, Steiermark und Burgenland wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 ebenfalls weiter steigen, der danach folgende Rückgang wird hier aber etwas stärker sein, sodass die Zahl der Erwerbspersonen hier im Jahr 2030 leicht unter oder am Niveau des Jahres 2010 liegen wird.
4. In Kärnten wird es schlussendlich bereits bis 2020 zu einem Rückgang der dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehenden Erwerbspersonen kommen. Im Jahr 2030 wird die Zahl der Erwerbspersonen deutlich unter dem gegenwärtigen Niveau liegen.

Abbildung 2.5: Anteil der Erwerbspersonen in den Bundesländern nach ausgewählten Prognosejahren

Bundesländersumme = 100



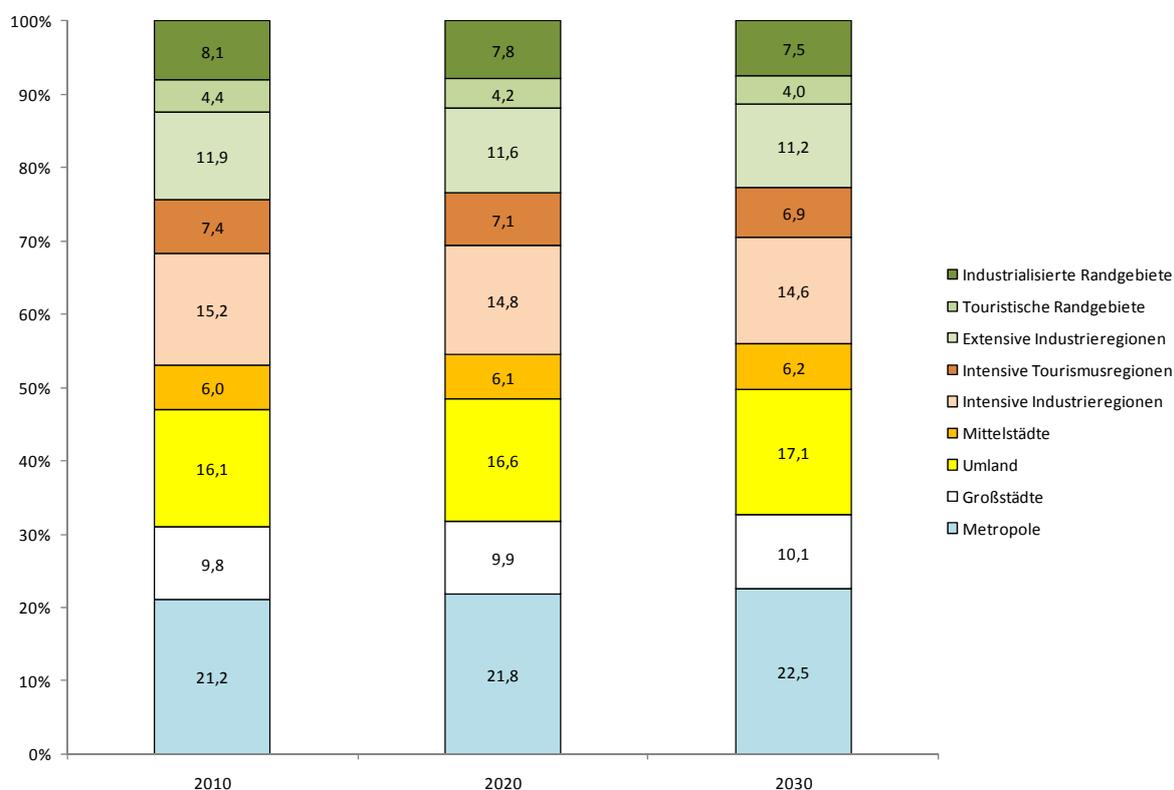
Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

Nach Bezirkstypen zeigen sich deutlichere Differenzierungen, die eng mit dem Urbanisierungsgrad verschiedener Bezirkstypen zusammenhängen. So wird es in den städtischen Regionen

und ihrem Umland (unabhängig davon, ob es sich um Wien, andere Großstädte oder Mittelstädte handelt) bis 2030 zu einer deutlichen Zunahme der Erwerbspersonen kommen. In allen anderen Bezirkstypen wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 in etwa stagnieren und danach zurückgehen, wobei diese Rückgänge in den touristischen Randgebieten am deutlichsten sein werden.

Abbildung 2.6: Anteil der Erwerbspersonen in den Bezirkstypen nach ausgewählten Prognosejahren

Regionssumme = 100



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept. Siehe Anhang für eine Zuordnung der Bezirke auf Bezirkstypen.

2.1.1 Ostregion und städtische Regionen gewinnen anteilmäßig an Erwerbspersonen

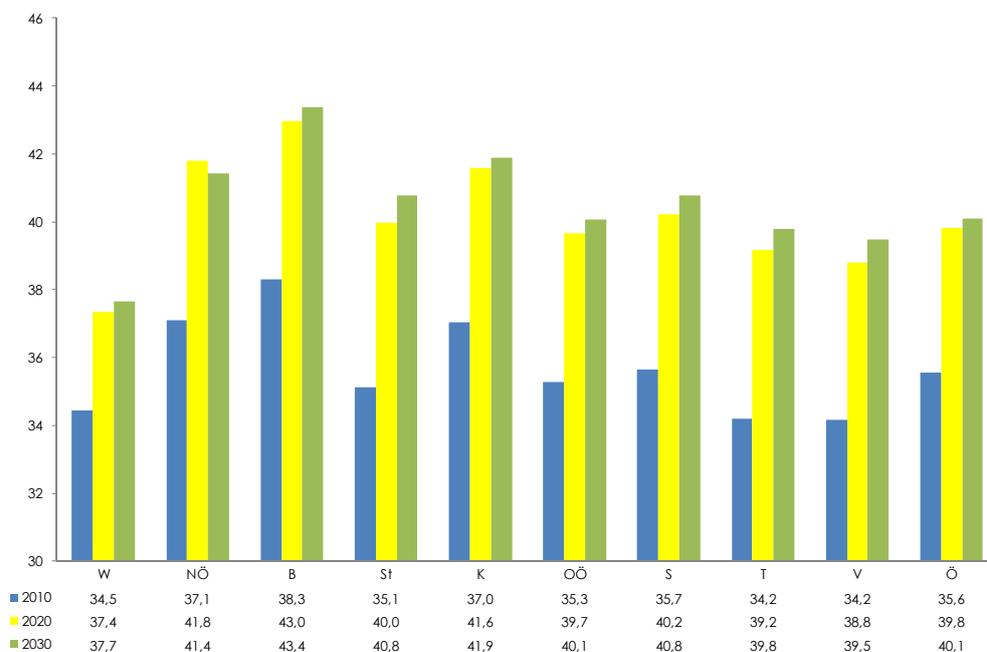
Diese unterschiedlichen Dynamiken sollten auch zu Anteilsverschiebungen in der Gesamtzahl der Erwerbspersonen nach Bundesländern führen (Abbildung 2.5). Insbesondere die Bundesländer der Ostregion (Burgenland, Niederösterreich und Wien) sollten nach dieser Prognose in den nächsten 20 Jahren ihren Anteil an den Erwerbspersonen in Österreich von 43,6% auf 45,3% erhöhen. In der Südregion ist hingegen ein Anteilsverlust von 20,3% auf 19,3% abzuse-

hen. Etwas geringer (von 36,1% auf 35,4%) dürfte dieser Anteilverlust in der Westregion ausfallen. Die deutlichsten Anteilsgewinne sollte dabei – wie auch in der Absolutentwicklung – Wien verzeichnen, die größten Anteilsverluste dürften in Kärnten auftreten.

Ähnlich sind auch deutliche Verschiebungen in der Verteilung der Erwerbspersonen nach Bezirkstypen (Abbildung 2.6) abzusehen, wobei hier vor allem die städtischen Regionen deutliche Anteilsgewinne verzeichnen sollten. Während 2010 noch etwa 53,1% der Erwerbspersonen in städtischen Regionen oder ihrem Umland wohnen, dürfte es 2030 bereits 55,9% sein. Der Anteil der in den Randgebieten (inklusive der extensiven Industrieregionen) wohnhaften Erwerbspersonen würde hingegen im gleichen Zeitraum von 24,4% auf 22,7% zurückgehen, während jener der intensiven Tourismus- und Industrieregionen von 22,6% auf 21,6% zurückgehen würde.

Abbildung 2.7: Anteil der über 45-Jährigen an den Erwerbspersonen nach Bundesländern und ausgewählten Prognosejahren

In %



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

2.2 Entwicklung der Struktur der Erwerbspersonen

2.2.1 Starker Anstieg der Zahl der älteren Erwerbspersonen

Neben regionsspezifischen Veränderungen in der Zahl der Erwerbspersonen ist nach den vorliegenden Prognosen aber auch eine merkliche Verschiebung der Struktur der Erwerbspersonen abzusehen. Insbesondere ist eine merkliche Alterung der Erwerbspersonen zu erwarten

(Abbildung 2.7). Österreichweit dürfte der Anteil der über 45-Jährigen an den Erwerbspersonen von 35,6% im Jahr 2010 auf 40,1% im Jahr 2030 und somit um 4,5 Prozentpunkte steigen. Dieser Anstieg wäre in Wien mit +3,2 Prozentpunkten am geringsten und in der Steiermark mit +5,7 Prozentpunkten am stärksten. In den Bundesländern Niederösterreich (+4,3 Prozentpunkte), Oberösterreich (+4,8) und Kärnten (+4,9) dürfte der Anstieg unter 5 Prozentpunkten, im Burgenland (+5,1 Prozentpunkte) und in Vorarlberg (+5,3) knapp darüber liegen. Damit sollte das Burgenland im Jahr 2030 das Bundesland mit dem höchsten Anteil (von 43,4%) an älteren (über 45-jährigen) Erwerbspersonen sein und Wien mit 37,7% den geringsten Anteil aufweisen. In Tirol (39,8%) und Vorarlberg (39,5%) dürfte dieser Anteil gerade noch unter 40% liegen, während er in Kärnten 41,9% und in Niederösterreich 41,4% erreichen dürfte. Damit spiegeln diese Ergebnisse weitgehend jene zur Entwicklung der Altersstruktur der gesamten Bevölkerung (vgl. Teilbericht 1 dieses Projektes).

Übersicht 2.1: Erwerbsquote der jüngeren und älteren Arbeitskräfte nach Bundesländern und Prognosejahren

In %

	Erwerbsquoten der 15- bis 20-Jährigen			Erwerbsquoten der 45- bis 64-Jährigen		
	2010	2020	2030	2010	2020	2030
Wien	31,8	28,7	29,3	68,1	70,9	73,0
Niederösterreich	36,7	33,8	32,3	65,7	67,4	69,7
Burgenland	33,9	32,7	30,7	62,4	64,1	67,8
Steiermark	40,1	37,7	34,3	61,5	63,4	67,4
Kärnten	36,0	36,2	31,9	59,4	61,4	66,0
Oberösterreich	42,0	39,5	35,5	63,6	64,6	68,2
Salzburg	40,0	38,5	34,2	64,7	66,9	70,0
Tirol	41,6	38,7	35,3	63,3	66,0	69,1
Vorarlberg	42,5	40,3	35,8	64,0	66,9	69,8
Österreich	38,2	35,6	33,2	64,4	66,4	69,5

Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

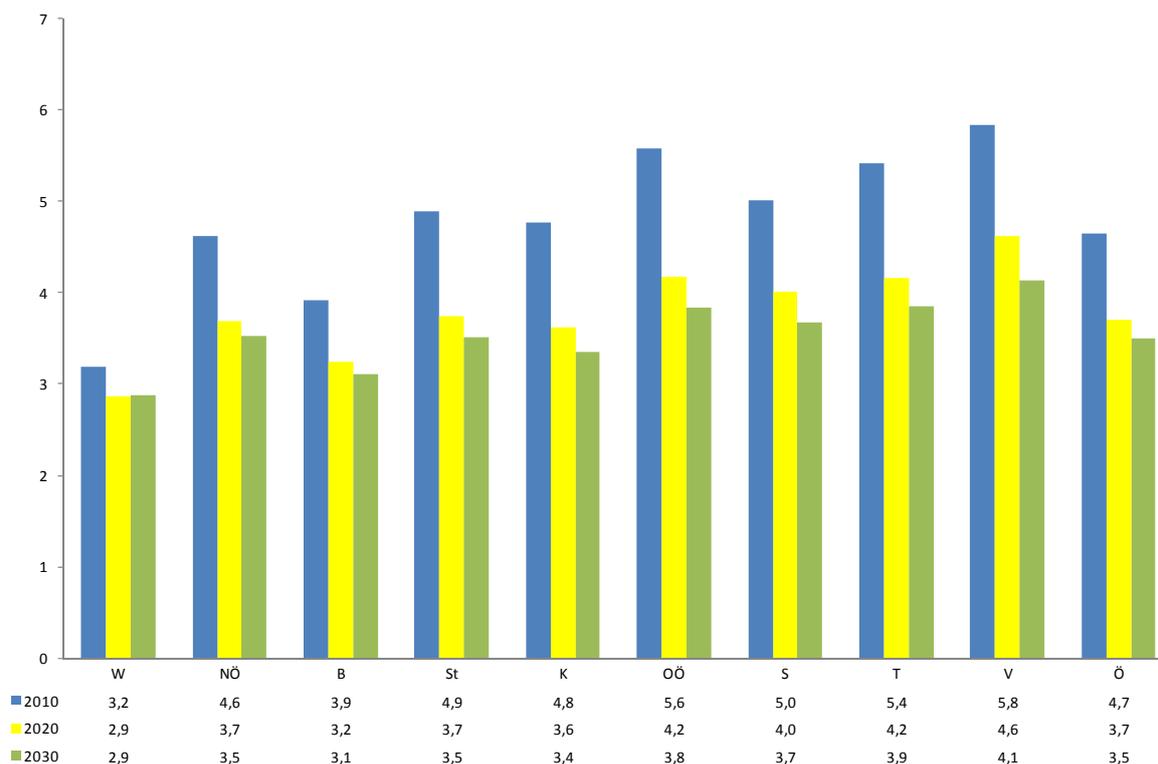
Der Großteil dieses Anstieges im Anteil der älteren Erwerbspersonen sollte dabei bereits bis ins Jahr 2020 erfolgen, weil in diesem Zeitraum die geburtenstarken Jahrgänge der 1970er Jahre in diese Alterskategorie aufrücken. Bereits im Jahr 2020 sollte damit der Anteil der älteren (über 45-jährigen) Erwerbspersonen bei annähernd 40% liegen. Diese Anstiege verteilen sich dabei auch in diesem Zeitraum ähnlich über die Bundesländer wie im gesamten hier betrachteten Zeitraum.

Dies ist aus arbeitsmarktpolitischer Sicht von besonderer Bedeutung, weil Österreich im europäischen Vergleich ein Land ist, in dem die Beschäftigungsquoten insgesamt zwar hoch und die Arbeitslosenquoten niedrig sind, in dem aber die älteren Arbeitskräfte – aufgrund der in Österreich bestehenden rechtlichen Regelungen – immer noch niedrige Beschäftigungsquoten aufweisen (Huber et al., 2006). Im Bereich der Älteren werden dabei sowohl ein Anstieg

der Zahl der älteren erwerbsfähigen Bevölkerung als auch eine steigende Erwerbsquote zum Anstieg der älteren Arbeitskräfte beitragen (Übersicht 2.1).

Abbildung 2.8: Anteil der über 15- bis 19-Jährigen an den Erwerbspersonen nach Bundesländern und ausgewählten Prognosejahren

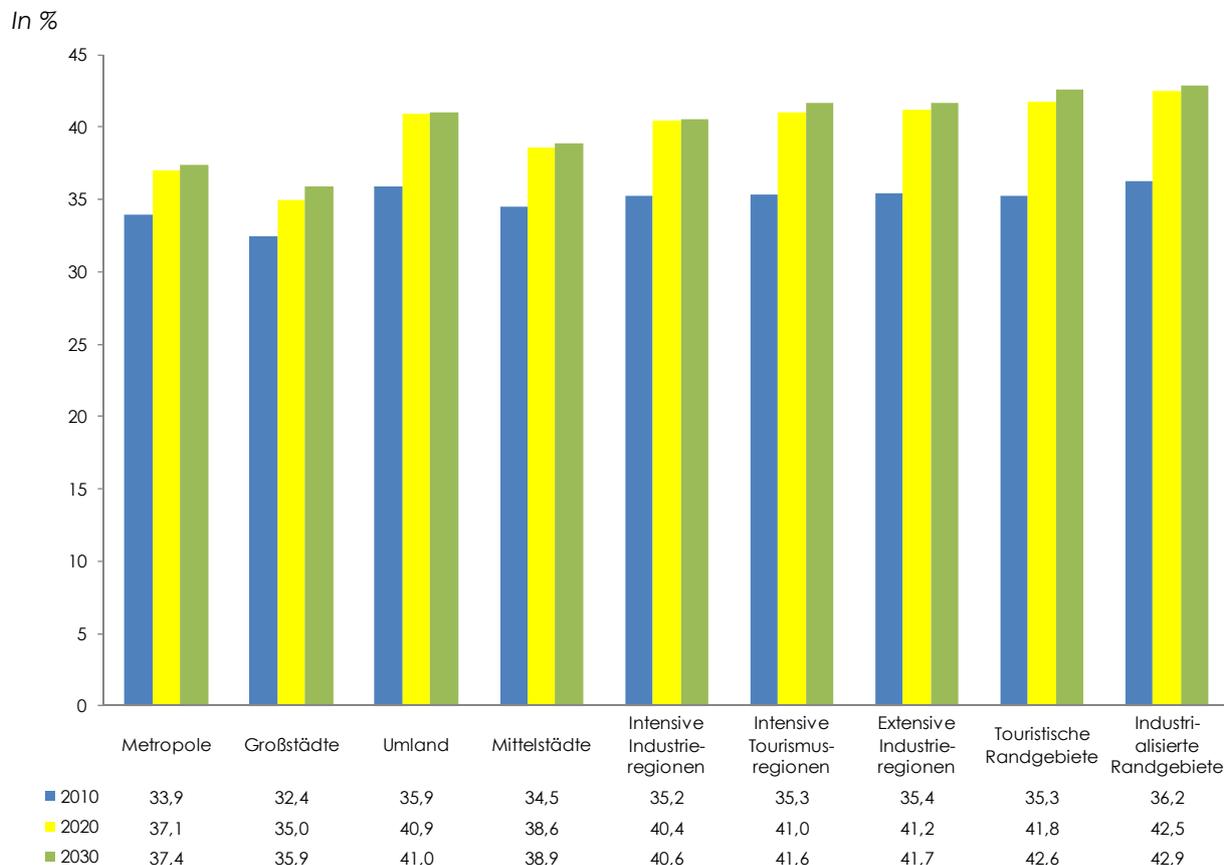
In %



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

Spiegelbildlich dazu dürfte sich aber auch der Anteil der 15- bis 19-Jährigen – also jener Altersgruppe, die in Österreich den Großteil der Lehrlinge stellt und gegenwärtig von besonders großen Arbeitsmarktproblemen betroffen ist – an den Erwerbspersonen von 4,7% im Jahr 2010 auf 3,5% im Jahr 2030 verringern (Abbildung 2.8). Ähnlich wie beim Anstieg des Anteils der Älteren an den Erwerbspersonen dürfte hier Wien (mit –0,3 Prozentpunkten) den geringsten und Oberösterreich (mit –1,8 Prozentpunkten) den stärksten Rückgang im Anteil verzeichnen. In den meisten anderen Bundesländern dürfte dieser Rückgang zwischen 1,0 und 1,5 Prozentpunkten liegen. Nur im Burgenland sollte er mit –0,8 Prozentpunkten etwas geringer sein, während er in Vorarlberg mit –1,7 Prozentpunkten etwas höher sein sollte. Dies wird durch die Entwicklung der Erwerbsquoten noch verstärkt. Durch die steigende Bildungsbeteiligung der Jüngeren wird es nämlich bei den unter 20-Jährigen auch in allen Bundesländern zu einem Rückgang der Erwerbsquote kommen (Übersicht 2.1).

Abbildung 2.9: Anteil der über 45-Jährigen an den Erwerbspersonen nach Bezirkstypen und ausgewählten Prognosejahren



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept. Siehe Anhang für eine Zuordnung der Bezirke auf Bezirkstypen.

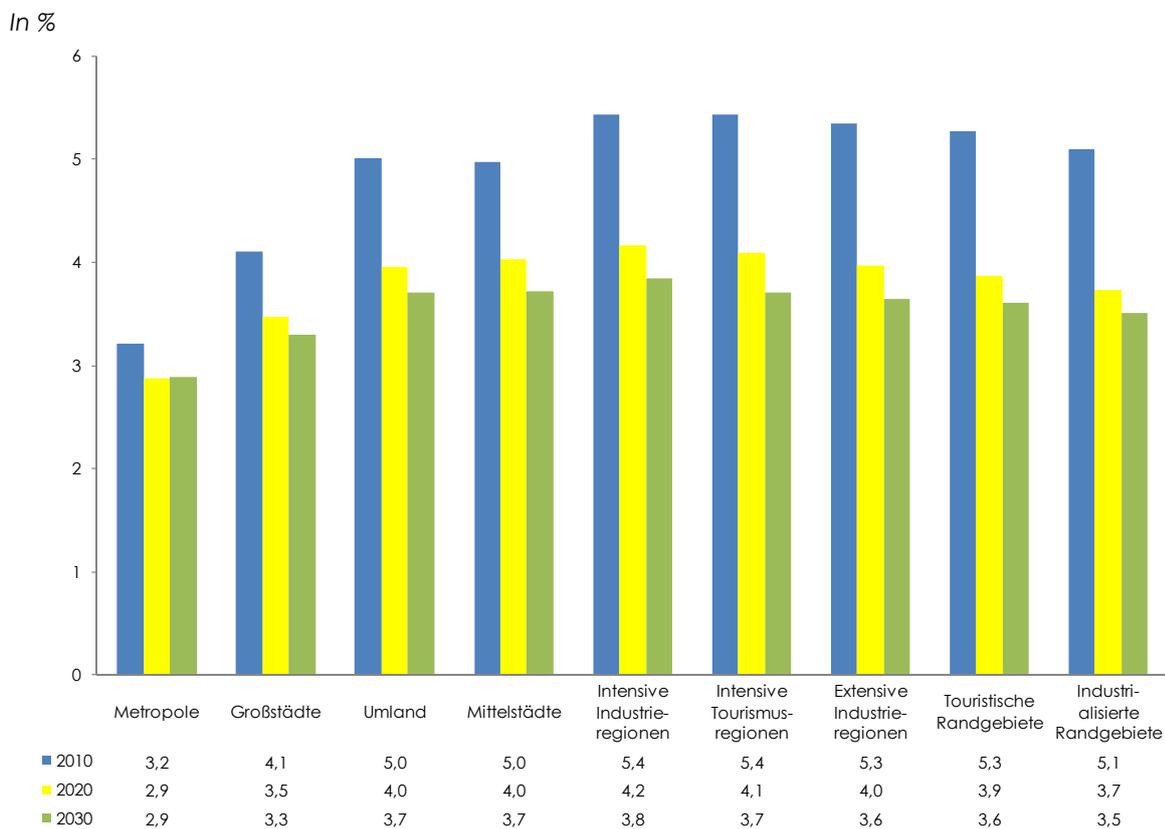
2.2.2 Der Anstieg des Anteils der älteren Erwerbspersonen ist in städtischen Regionen am geringsten

Noch stärker ausgeprägt sind die Unterschiede auf Ebene der Bezirkstypen (Abbildung 2.9). Vor allem in den touristischen Randgebieten dürfte es – nach den vorliegenden Prognosen – zu einer deutlichen demographischen Alterung der Bevölkerung kommen, der Anteil der über 45-Jährigen an den Erwerbspersonen würde hier von gegenwärtig 35,3% auf 42,6% ansteigen. Damit wäre der Anteil der älteren Erwerbspersonen im Jahr 2020 nur mehr in den industrialisierten Randgebieten (42,9%) höher, in denen der Anstieg gegenüber dem Jahr 2010 mit 6,6 Prozentpunkten am zweithöchsten unter allen Bezirkstypen ist.

Sehr deutlich Anstiege des Anteils der Älteren an den Erwerbspersonen von mehr als 6 Prozentpunkten würden aber auch die intensiven Tourismusregionen sowie die extensiven Industrieregionen verzeichnen. In diesen Regionen läge der Anteil der Älteren an den Erwerbspersonen im Jahr 2030 deutlich höher als in den städtischen Regionen. Mit etwas moderateren

Anstiegen im Anteil der Älteren von allerdings aber immer noch mehr als 5 Prozentpunkten hätten hingegen Umlandregionen und intensive Industrieregionen zu rechnen.

Abbildung 2.10: Anteil der über 15- bis 19-Jährigen an den Erwerbspersonen nach Bezirkstypen und ausgewählten Prognosejahren



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept. Siehe Anhang für eine Zuordnung der Bezirke auf Bezirkstypen.

Die einzigen Bezirkstypen, in denen der Anstieg des Anteils der Älteren relativ moderat bleiben wird, sind die städtischen Regionen (die Metropole Wien, Groß- und Mittelstädte). Hier wird der Anteil der älteren Erwerbspersonen in den nächsten 20 Jahren durchwegs um weniger als 4 Prozentpunkte ansteigen und im Jahr 2030 auch durchgängig unter 39% liegen. Den geringsten Anteil an älteren Erwerbspersonen werden dabei die Großstädte mit 35,9% aller Erwerbstätigen aufweisen.

Wie auch unter den Bundesländern verläuft die Entwicklung des Anteils der unter 20-Jährigen an den Erwerbspersonen nach Bezirkstypen weitgehend spiegelbildlich zur Entwicklung des Anteils der Älteren (Abbildung 2.10). Allerdings sind hier die regionalen Unterschiede deutlich weniger stark ausgeprägt. Die Rückgänge liegen in den meisten Bezirkstypen zwischen 1,3 und 1,7 Prozentpunkten. Die einzigen Ausreißer sind hier die Metropole Wien und die anderen

Großstädte, in denen es zu einem Rückgang des Anteils der unter 20-Jährigen an den Erwerbspersonen von 0,3 beziehungsweise 0,8 Prozentpunkten kommen dürfte.

2.2.3 Deutlich sinkendes Arbeitskräfteangebot der Älteren

In Absolutzahlen bedeutet dies, dass im Jahr 2020 österreichweit die Zahl der älteren Erwerbspersonen (im Alter von 45 Jahren und mehr) um 15% über dem Wert des Jahres 2010 liegen dürfte, wobei dieser Zuwachs vor allem in Vorarlberg, Tirol und Niederösterreich über dem Durchschnitt liegen würde, und in Kärnten sowie im Burgenland unterdurchschnittlich hoch wäre. Danach (bis ins Jahr 2030) sollte hingegen auch die Zahl der älteren Erwerbspersonen in allen Bundesländern mit Ausnahme Vorarlbergs und Wiens wieder fallen (Übersicht 2.2).

Übersicht 2.2: Zahl der Erwerbspersonen nach Bundesländern, ausgewählten Prognosejahren und ausgewählten Altersgruppen

2010=100

	Über 45 Jahre		Unter 20 Jahre	
	2020	2030	2020	2030
Wien	115,7	118,6	96,0	98,2
Niederösterreich	117,8	116,7	83,7	80,0
Burgenland	113,9	113,1	84,1	79,1
Steiermark	114,7	113,4	77,1	70,2
Kärnten	111,1	106,6	75,2	66,3
Oberösterreich	114,5	112,6	76,2	68,3
Salzburg	114,2	112,5	80,9	72,0
Tirol	118,4	118,3	79,5	72,4
Vorarlberg	118,6	120,0	82,7	73,5
Österreich	115,6	115,0	82,1	76,6

Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

Dramatischer wären die Rückgänge bei den jugendlichen Erwerbspersonen. Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsprognose stünden dem österreichischen Arbeitsmarkt im Jahr 2030 um 23,7% weniger Erwerbspersonen in der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen zur Verfügung als noch 2010, wobei dieser Rückgang in einigen Bundesländern wie Kärnten oder Oberösterreich bis zu 30% betragen dürfte.

Auf Ebene der Bezirkstypen würde hingegen die Zahl der älteren Erwerbspersonen in den städtischen Regionen (Metropole Wien, Großstädte, Mittelstädte) und ihrem Umland bis 2030 steigen, während in allen anderen Bezirkstypen ab 2020 mit einem Rückgang zu rechnen ist. Insgesamt wäre aber die Zahl der älteren Erwerbspersonen im Jahr 2030 – je nach Regionstyp – immer noch zwischen 12,3% (industrialisierte Randgebiete) und 24,6% (Mittelstädte) höher als noch im Jahr 2010 (Übersicht 2.3).

Übersicht 2.3: Zahl der Erwerbspersonen nach Bezirkstypen, ausgewählten Prognosejahren und ausgewählten Altersgruppen

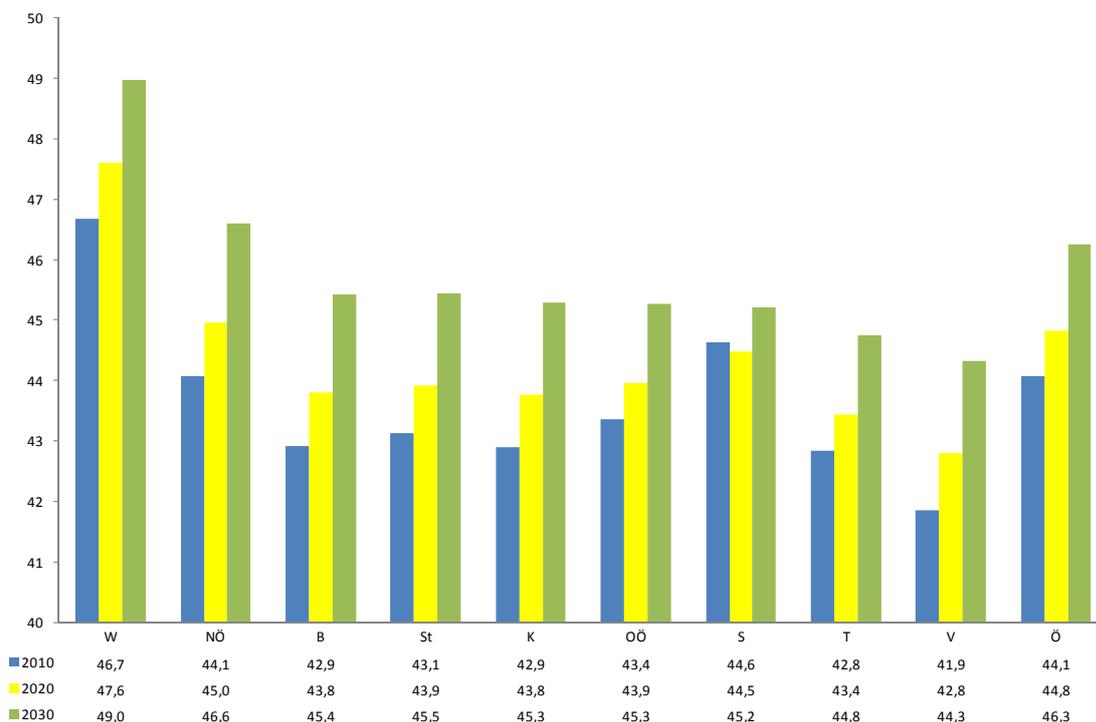
2010=100

	Über 45 Jahre		Unter 20 Jahre	
	2020	2030	2020	2030
Metropole	115,7	118,6	96,0	98,2
Großstädte	114,4	117,1	88,8	84,8
Umland	122,5	124,6	84,0	80,3
Mittelstädte	118,5	119,0	85,3	78,7
Intensive Industrieregionen	117,3	113,5	77,8	69,4
Intensive Tourismusregionen	116,8	112,5	74,9	64,8
Extensive Industrieregionen	118,1	114,1	74,7	65,8
Touristische Randgebiete	118,0	112,7	72,5	63,6
Industrialisierte Randgebiete	117,9	112,3	73,1	65,2

Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept. Siehe Anhang für eine Zuordnung der Bezirke auf Bezirkstypen.

Abbildung 2.11: Frauenanteil an den Erwerbspersonen nach Bundesländern und ausgewählten Prognosejahren

In %



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

Gänzlich anders wäre hingegen die Entwicklung bei den unter 20-jährigen Erwerbspersonen nach Bezirkstypen. Der einzige Bezirkstyp, in dem die Zahl der jungen Erwerbspersonen nur moderat sinken sollte, ist die Metropole Wien, in der im Jahr 2030 um 1,8% weniger Erwerbspersonen im Alter von unter 20 Jahren wohnen werden als noch 2010. In den anderen städtischen Regionen inklusive des Umlandes werden diese Rückgänge bei rund 20% liegen, in den anderen Bezirkstypen ist hingegen mit Rückgängen von über 30% bis zu 35% zu rechnen. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht bedeutet dies somit, dass Arbeitskräfteknappheiten in der Zukunft am ehesten bei den jungen Arbeitskräften und hier insbesondere bei Lehrlingen in Rand- und Tourismusgebieten entstehen könnten.

2.2.4 Steigender Frauenanteil an den Erwerbspersonen

Daneben würde sich nach diesen Prognosen – aufgrund des sich fortsetzenden Trends zu einer höheren Frauenerwerbstätigkeit – auch der Frauenanteil an den Erwerbspersonen auf über 46% erhöhen (Abbildung 2.11). Der Frauenanteil an den Erwerbspersonen würde sich bis ins Jahr 2030 österreichweit um 2,2 Prozentpunkte (PP) erhöhen. Der mit Abstand schwächste Anstieg wird hier in Salzburg (+0,7 PP) erreicht. Dahinter folgen Tirol (+2,0 PP) und Oberösterreich (+2,1 PP). In allen anderen Bundesländern wird dieser Anstieg überdurchschnittlich sein, wobei die höchsten Zuwächse im Burgenland und in Niederösterreich (mit jeweils +2,5 PP) erzielt werden. Den höchsten Frauenanteil an den Erwerbspersonen hätte aber auch im Jahr 2030 (mit 49,0%) Wien, und Vorarlberg wäre nach dieser Prognose im Jahr 2030 immer noch das Bundesland mit dem geringsten Frauenanteil an den Erwerbspersonen (von 44,3%).

Übersicht 2.4: Zahl der Erwerbspersonen nach Bundesländern, ausgewählten Prognosejahren und Geschlecht
2010=100

	Frauen		Männer	
	2020	2030	2020	2030
Wien	108,9	113,9	104,8	103,9
Niederösterreich	106,7	110,5	102,9	99,8
Burgenland	103,7	105,8	100,0	95,5
Steiermark	102,6	102,9	99,4	93,6
Kärnten	101,0	99,5	97,4	90,3
Oberösterreich	103,3	103,5	100,9	95,8
Salzburg	100,9	99,6	101,6	97,3
Tirol	104,8	106,2	102,3	98,3
Vorarlberg	106,9	109,9	102,8	99,4
Österreich	105,0	107,0	101,9	98,0

Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

Eine Konsequenz dieser Anteilsverschiebung ist damit, dass die Zahl der männlichen Erwerbspersonen in allen Bundesländer, mit Ausnahme Wiens, im Jahr 2030 sinken würde, während die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen bis 2030 in allen Bundesländern, außer Salzburg und

Kärnten, steigen würde. Der stärkste Anstieg in der Zahl der weiblichen Erwerbspersonen wären dabei (mit +13,9% bzw. +9,9%) in den Bundesländern Wien und Vorarlberg zu erwarten, während die größten Rückgänge (mit –9,7% bzw. 6,4%) bei den Männern in Kärnten und der Steiermark zu erwarten sind.

3. Zu erwartende Herausforderungen der demographischen Entwicklung für den österreichischen Arbeitsmarkt

Insgesamt wird sich somit nach den Ergebnissen der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria die Struktur des Arbeitskräfteangebotes in Österreich in den nächsten 20 Jahren deutlich in Richtung der älteren Arbeitskräfte verschieben, während es bei den jüngeren Arbeitskräften zu einem erheblichen Rückgang kommen wird. Gleichzeitig wird sich die Struktur des Arbeitskräfteangebotes in Richtung der Frauen verschieben. Die Zahl der Erwerbspersonen wird allerdings mit Ausnahme Kärntens in keinem österreichischen Bundesland deutlich sinken. Die für die Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten 20 Jahren relevanten demographischen Entwicklungen werden daher weniger in einer Abnahme der Zahl der Erwerbspersonen bestehen, als vielmehr in einer Verschiebung ihrer Struktur in Richtung der Älteren, der Personen mit Migrationshintergrund und der Frauen.

Diese Verschiebungen werden nicht in allen Bundesländern und Regionen gleich verlaufen. So wird es – zumindest laut der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose – in Kärnten (bereits ab dem Jahr 2010) zu einem erheblichen und in Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark (ab dem Jahr 2020) zu einem leichten Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen kommen. Dagegen wird die Zahl der Erwerbspersonen in Wien 2030 deutlich und in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg etwas über dem Niveau des Jahres 2010 liegen.

Gleichzeitig verschiebt sich aber auch die Altersstruktur der Bevölkerung gerade in der Steiermark, im Burgenland und in Vorarlberg am stärksten in Richtung der Älteren, während die Alterung in Wien deutlich schwächer ausfallen wird. Der Anstieg des Frauenanteils sollte hingegen im Burgenland und in Niederösterreich besonders hoch sein, während er in Salzburg nur gering ausfallen dürfte.

Noch stärker ausgeprägt als auf Ebene der Bundesländer sind allerdings die Verschiebungen der Struktur der Erwerbspersonen auf der kleinräumigeren Bezirksebene. Hier ist vor allem in den industrialisierten und touristischen Randgebieten mit einem deutlichen Anstieg des Anteils der älteren Erwerbspersonen zu rechnen, während die Zahl der jugendlichen Erwerbspersonen in annähernd allen Regionen – am stärksten aber in den Randgebieten und den touristischen Regionen – zurückgehen sollte.

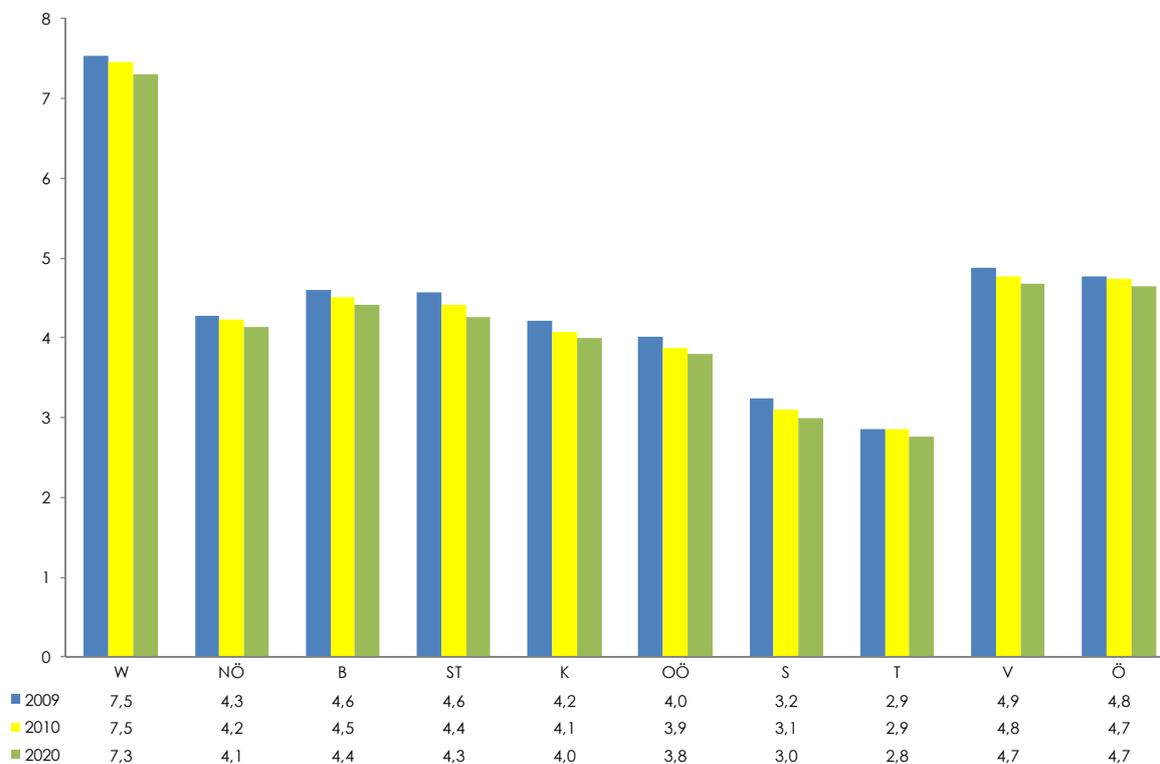
3.1 Bei unveränderten Arbeitslosenquoten verringern Änderungen in der Altersstruktur die Arbeitslosigkeit tendenziell

Die potentiellen Auswirkungen dieser regional unterschiedlichen Entwicklungen auf die Arbeitslosigkeit lassen sich dabei am einfachsten darstellen, wenn die Arbeitslosigkeit der einzelnen demographischen Gruppen anhand der alters- und geschlechtsspezifischen Arbeitslosenquoten³⁾ jedes Bundeslandes im Jahr 2009 fortgeschrieben wird (Abbildung 3.1). Diese

³⁾Als Grundlage für diese Fortschreibung dienen dabei die geschlechtsspezifischen Arbeitslosenquoten der Personen der einzelnen Altersgruppen des Jahres 2009.

Fortschreibung zeigt, dass die sich ändernde demographische Zusammensetzung der Erwerbstätigen bis ins Jahr 2030 tendenziell zu einer leichten Entlastung der Arbeitsmärkte beitragen würde. Blieben die alters- und geschlechtsspezifischen Arbeitslosenquoten in den einzelnen Bundesländern in den Jahren bis 2030 auf dem hohen Niveau des Jahres 2009, käme es österreichweit – alleine aufgrund der sich ändernden demographischen Zusammensetzung der Erwerbstätigen – zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um 0,1 Prozentpunkte. Auch in den meisten Bundesländern würde dieser Rückgang bei zwischen 0,1 und 0,3 Prozentpunkten liegen. Der Grund liegt darin, dass die jüngeren Arbeitskräfte im Jahr 2009 eine im Durchschnitt höhere Arbeitslosigkeit aufweisen als Ältere. Eine Verschiebung der Struktur der Erwerbspersonen in Richtung der Älteren führt daher unter der hier getroffenen Annahme unveränderter geschlechts- und altersgruppenspezifischer Arbeitslosenquoten definitionsgemäß zu einer geringeren Arbeitslosenquote.

Abbildung 3.1: Fortschreibung der Arbeitslosenquote nach Bundesländern



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen. – Basis: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

3.2 Eine ökonometrische Untersuchung

3.2.1 Theoretische und methodische Überlegungen

Der in Abbildung 3.1 dargestellte Rückgang der Arbeitslosenquote unterstellt allerdings, dass sich die Arbeitslosenquoten der einzelnen demographischen Gruppen im Zeitablauf nicht ändern. Aus Sicht der ökonomischen Theorie ist dies nur gerechtfertigt, wenn sich die relativen Löhne der Wirtschaft perfekt an die Verschiebungen des relativen Arbeitskräfteangebotes anpassen, und somit die relativen Arbeitslosenquoten verschiedener demographischer Gruppen am Arbeitsmarkt einzig durch institutionelle Faktoren (wie z. B. den unterschiedlichen Zugang zur Frühpensionierung für verschiedene Altersgruppen) oder aber auch durch Unterschiede im Verhalten verschiedener Arbeitsmarktgruppen (z.B. ein unterschiedliches Suchverhalten oder Arbeitskräfteangebotsverhalten der Frauen) bestimmt werden, die überdies ihrerseits als im Zeitablauf als konstant angesehen werden müssen.

Im empirisch relevanteren Fall, dass die relativen Löhne verschiedener demographischer Gruppen – zum Beispiel aufgrund des Senioritätsprinzips bei der Entlohnung – nicht vollkommen flexibel auf Änderungen im relativen Angebot reagieren, lässt sich selbst in einem einfachen "Lehrbuchmodell" des Arbeitsmarktes zeigen, dass eine Erhöhung des relativen Angebots einer bestimmten demographischen Gruppe auch zu einem Anstieg der relativen Arbeitslosigkeit dieser Gruppe führt (*Jimeno, 2004*). Dies kann auch zu einer steigenden gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosenquote führen, wenn zum einen der Anteil der demographischen Gruppe mit der höheren Arbeitslosigkeit am Arbeitskräfteangebot groß ist und zum anderen die Arbeitslosigkeit dieser Gruppe deutlich höher ist als jene der Gruppe mit sinkendem relativen Arbeitskräfteangebot.

Abgesehen von starren Löhnen kann aber auch noch eine Reihe von anderen Faktoren dazu führen, dass eine Verschiebung des relativen Arbeitskräfteangebotes einer demographischen Gruppe Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote hat. So könnte man zum Beispiel unterstellen, dass verschiedene Attribute der Arbeitskraft unterschiedlicher demographischer Gruppen (wie z. B. die Erfahrung der Älteren und die physische Leistungsfähigkeit der Jüngeren) im Produktionsprozess komplementär sind. In diesem Fall würde (bei zumindest teilweise starren Löhnen) ein steigendes Arbeitskräfteangebot der demographischen Gruppe, die am Arbeitsmarkt relativ knapper ist (also eine geringe Arbeitslosenquote aufweist), die Nachfrage nach dem relativ reichhaltigen Faktor steigern und daher zu einer sinkenden Arbeitslosigkeit führen.

Darüber hinaus können aber auch Unterschiede im arbeitsmarktrelevanten Verhalten verschiedener Arbeitskräfte dazu führen, dass eine Verschiebung des relativen Arbeitskräfteangebotes Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote hat. So zeigen eine Reihe von Studien (*Farber, 1999* für einen Überblick), dass in den meisten entwickelten Marktwirtschaften jüngere Arbeitskräfte häufiger ihren Arbeitsplatz wechseln als Ältere und dass ältere Arbeitskräfte – wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren – oftmals größere Probleme haben, einen neuen zu finden. *Boersch-Suppan (2001)* argumentiert daher, dass eine Alterung der

Erwerbstätigen in Zeiten eines rapiden strukturellen Wandels zu einer Verlagerung der Beveridge-Kurve⁴⁾ nach außen (und damit zu einer Erhöhung der Mismatch Arbeitslosigkeit) führen könnte. *Shimer* (1999, 2001) zeigt anhand eines suchtheoretischen Modells, dass ein höherer Anteil der jüngeren Arbeitskräfte am Arbeitskräfteangebot auch dazu führen kann, dass sich die erwarteten Suchkosten der Unternehmen bei der Schaffung offener Stellen verringern. Dies führt zu einem höheren Beschäftigungswachstum und daher (*ceteris paribus*) auch zu einer geringeren Arbeitslosenquote, wenn sich die Struktur der Erwerbstätigen in Richtung der Jüngeren verschiebt.

In der empirischen Arbeitsmarktliteratur (insbesondere der US-amerikanischen) sind daher die Effekte einer Alterung der Bevölkerung auf das Niveau der Arbeitslosigkeit durchaus umstritten. So findet *Summers* (1986) am Beispiel des US-amerikanischen Arbeitsmarktes kaum Auswirkungen des steigenden Anteils der jüngeren Bevölkerung in den USA der 1970er Jahre auf die gesamte Arbeitslosigkeit, während *Shimer* (2001) in einer viel diskutierten Studie findet, dass zumindest in den USA im Zeitraum 1978 bis 1996 Änderungen im Anteil der Jugendlichen eine erhebliche Auswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit hatten. Nach seinen Ergebnissen verringert ein Anstieg des Anteils der Jugendlichen (16- bis 24-Jährigen) um 1% die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote in den USA um rund 1%, wobei dieser Effekt in annähernd allen Altersgruppen gleich hoch ist. *Foote* (2007) zeigt jedoch, dass diese Ergebnisse stark vom gewählten Untersuchungszeitraum und methodischen Überlegungen abhängen. Laut seinen Ergebnissen hat der Anteil der Jugendlichen am Arbeitskräfteangebot keinen Effekt auf die Arbeitslosenquote, wenn die Untersuchungsperiode auf den Zeitraum 1973 bis 2005 ausgedehnt wird.

Aufbauend auf dieser Kontroverse untersuchen auch einige europäische Studien die Auswirkungen der Alterung auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote. So findet *Norström-Skans* (2002), dass der Anteil der Jugendlichen am Arbeitskräfteangebot Schwedens im Zeitraum 1985 bis 1999 keine signifikanten Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit hatte. Allerdings zeigt er auch, dass ein Anstieg der Jugendlichen am Arbeitskräfteangebot die Jugendarbeitslosigkeit eher senkt als erhöht. Er erweitert diese Untersuchung auch, indem er die Auswirkungen des Anteils der Jugendlichen auf die Lage der Beveridge-Kurve und den Stellenandrang (Anzahl der Arbeitslosen pro offene Stelle) untersucht. Allerdings hat auch hier der Anteil der Jugendlichen am Arbeitskräfteangebot keine Auswirkungen auf die Lage der Beveridge-Kurve. Ähnlich untersucht *Ochsen* (2009) anhand von deutschen Daten aus den Jahren 2000 und 2001 die Auswirkungen der Alterung der Erwerbspersonen auf die Lage der Beveridge-Kurve und den Stellenandrang. Hier zeigt sich, dass eine Erhöhung des Anteils der Älteren an den Erwerbstätigen die Beveridge Kurve nach außen verschiebt und somit die Arbeitslosigkeit erhöht.

⁴⁾Die Beveridge Kurve misst den Zusammenhang zwischen offenen Stellen und Arbeitslosen in einer Region. Ihre Lage ist somit ein Indikator für die friktionelle oder Sucharbeitslosigkeit. Eine Verschiebung dieser Kurve nach außen bedeutet, dass für eine gegebene Zahl an Offenen Stellen ein höheres Niveau an Arbeitslosigkeit entsteht, und indiziert damit eine höhere friktionelle oder Sucharbeitslosigkeit.

Jimeno (2007) schlussendlich untersucht den Zusammenhang zwischen Alterung und gesamtwirtschaftlicher Arbeitslosigkeit anhand von Daten aus 19 OECD-Ländern in den Jahren 1968 bis 1996. Er argumentiert, dass die Reaktion des Arbeitsmarktes auf eine Alterung der Bevölkerung auch von den Arbeitsmarktinstitutionen der Länder abhängt, findet aber kaum robuste Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Arbeitslosenquoten (und auch Beschäftigungsquoten) und der Altersstruktur der Bevölkerung, jedoch sehr unterschiedliche Auswirkungen verschiedener Institutionen auf die Arbeitslosigkeit (und die Beschäftigungsquote) verschiedener Altersgruppen.

Diesen Arbeiten folgend werden in Übersicht 3.1 Schätzergebnisse von verschiedenen Spezifikationen dreier Schätzgleichungen in zwei Zeitperioden auf zwei verschiedenen räumlichen Disaggregationsniveaus für Österreich dargestellt. In der ersten dieser Schätzgleichungen (Übersicht 3.1, Spalten mit $\ln(alq)$ als Überschrift) wiederholen wir die Untersuchung von *Shimer* (1999, 2001), indem wir den (natürlichen) Logarithmus der Arbeitslosenquote einer Region auf den Anteil der Jugendlichen und der Älteren am Arbeitskräfteangebot in derselben Region regressieren. Als zusätzliche Kontrollvariablen werden der Anteil der ausländischen StaatsbürgerInnen und der Anteil der Frauen an den Erwerbspersonen sowie ein Satz von Indikatorvariablen für das Jahr der Beobachtung und die jeweilige Region in die Regression aufgenommen, um auf diese Weise für die in unserem Untersuchungszeitraum teilweise starke Zuwanderung, die steigende Frauenerwerbsquote in Österreich, sowie regionsspezifische Unterschiede in der langfristigen Arbeitslosenquote und gemeinsame (auf alle Bundesländer wirkende) konjunkturelle Effekte auf die Arbeitslosenquote der Regionen zu kontrollieren. Außerdem wird in diesen Gleichungen auch um die Offene-Stellen-Rate kontrolliert, um auf diese Weise einerseits die Untersuchungen von *Nordström-Skans* (2002) bzw. *Ochsen* (2009) zu wiederholen und andererseits für regionsspezifische Unterschiede der Arbeitsmarktlage im Zeitablauf zu kontrollieren.

Eine Schwäche dieser Schätzung ist, dass die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote stark von den institutionellen Gegebenheiten (wie z. B. Frühpensionierungsregeln oder arbeitsmarktpolitische Interventionen am Lehrstellenmarkt für Jugendliche) abhängt. Dies kann dazu führen, dass die Koeffizienten dieser Schätzgleichung aufgrund endogener Politikreaktionen verzerrt sind. Aus diesem Grund werden in Übersicht 3.1 (in den Spalten mit der Überschrift $\ln(bq)$) zusätzlich Regressionsergebnisse für die logarithmierten Beschäftigungsquoten ausgewiesen.

In der letzten Gleichung (in den Spalten mit der Überschrift $\ln(vr)$ von Übersicht 3.1) schlussendlich folgen wir *Nordström-Skans* (2002) bzw. *Ochsen* (2009), indem die Auswirkung der Alterung auf die Offene-Stellen-Rate untersucht wird, wobei hier dieselben Kontrollvariablen verwendet werden wie in der ersten Gleichung.

Die Datengrundlage für diese Untersuchung ist dabei der österreichische Mikrozensus der Jahre 1974 bis 2009, aus dem wir die (jährlich durchschnittliche) Arbeitslosenquote, den Anteil der Jüngeren (15- bis 24-jährigen an den Erwerbspersonen), den Anteil der Älteren (45- bis 64-Jährigen) sowie den Anteil der Erwerbspersonen mit ausländischer Staatsbürgerschaft nach

Bundesländern und Altersgruppen entnehmen. Die offenen Stellen wurden den Statistiken des Arbeitsmarktservice (AMS) entnommen. Die Arbeitslosigkeitszeitreihe des österreichischen Mikrozensus weist dabei im Jahr 1994 einen Bruch auf. Vor 1994 wurde die Arbeitslosigkeit anhand des Lebensunterhaltskonzeptes gemessen; danach anhand des Labour-Force-Konzeptes, wobei das Lebensunterhaltskonzept bis 2003 weitergeführt wurde. Da die Unterschiede zwischen diesen beiden Konzepten erheblich sind, werden zwei getrennte Schätzungen für den Zeitraum 1974 bis 2003 und 1994 bis 2009 vorgenommen. Erstere werden im ersten Panel von Übersicht 3.1 dargestellt, Letztere finden sich im zweiten Panel. Im dritten Panel werden überdies Ergebnisse einer ähnlichen Schätzung, in der unsere Daten für den Zeitraum 1994-2009 auf der NUTS 3-Ebene analysiert werden, dargestellt. Dies ist allerdings nur für die ersten beiden Schätzgleichungen (mit der Arbeitslosenquote bzw. der Beschäftigungsquote als abhängige Variable) möglich, wobei hier die Offene-Stellen-Rate aus der Gleichung herausgenommen werden muss, da uns für den hier untersuchten Zeitraum keine Informationen über die Offene-Stellen-Rate auf NUTS 3-Ebene zur Verfügung stehen.

Schlussendlich werden in Übersicht 3.1 immer auch zwei Spezifikationen der Gleichung gemeldet. Die Erste (in der oberen Hälfte der Übersicht) ist eine statische, in der die Arbeitslosenquote (bzw. die Offene-Stellen-Rate) nur auf die kontemporären erklärenden Variablen regressiert wird. In dieser wird – ähnlich wie in Foote (2007) – durch das von Driscoll-Kraay (1998) vorgeschlagene Verfahren für mögliche Verzerrungen der Ergebnisse durch räumliche und zeitliche Autokorrelation der Fehlerterme dieser Gleichung kontrolliert. Die zweite Spezifikation ist eine dynamische Panelschätzung anhand des GMM-Schätzers⁵⁾ von Arellano – Bond (1991), in der auch zeitlich verzögerte endogene Variablen als Erklärende verwendet werden. Der Vorteil dieser dynamischen Spezifikation ist dabei, dass sie die mögliche zeitliche Verzögerung in der Anpassung der Arbeitsmarktlage besser berücksichtigt. Insbesondere kann hier eine Unterscheidung zwischen lang- und kurzfristigen Auswirkungen vorgenommen werden. Die kurzfristigen Auswirkungen (welche im selben Jahr spürbar werden) sind hier durch den Koeffizienten der jeweiligen Variablen (α) gegeben. Die langfristigen Auswirkungen (die die Veränderungen der Arbeitslosenquote bis zum Ende des Anpassungsprozesses messen) ergeben sich hingegen durch das Verhältnis dieses Koeffizienten und 1 minus dem Koeffizient der verzögerten endogenen Variable. Der Nachteil dieser Spezifikation ist aber, dass sie potentielle räumliche Korrelationen zwischen den einzelnen Regionen unberücksichtigt lässt.

⁵⁾ Dieser Schätzer ermöglicht eine konsistente Schätzung der zeitlich verzögerten endogenen Variable, in dem mit den Differenzen der endogenen Variable, sowie den um mehrere Perioden verzögerten Werten der endogenen Variable, instrumentiert wird.

Übersicht 3.1: Regressionsergebnisse zur Auswirkung der Altersstruktur der Erwerbspersonen auf die Arbeitslosenquote

	NUTS 2 (1994-2009)			NUTS 2 (1978-2003)			NUTS 3 (1994-2009)	
	ln(alq)	ln(bq)	ln(vr)	ln(alq)	ln(bq)	ln(vr)	ln(alq)	ln(bq)
	Koeffizient (S.E)	Koeffizient (S.E)	Koeffizient (S.E)	Koeffizient (S.E)	Koeffizient (S.E)	Koeffizient (S.E)	Koeffizient (S.E)	Koeffizient (S.E)
	Statische Spezifikation							
ln(Anteil Jugendliche)	0,457 * (0,232)	-0,003 * (0,021)	0,958 * (0,509)	1,138 ** (0,344)	0,044 (0,027)	-1,524 * (0,712)	0,256 *** (0,075)	0,059 ** (0,021)
ln(Anteil Ältere)	0,014 (0,144)	0,058 * (0,011)	-0,062 (0,264)	-0,291 * (0,130)	0,032 *** (0,008)	-0,332 (0,366)	-0,178 (0,130)	0,101 ** (0,042)
ln(Anteil Ausländer)	-0,078 (0,152)	0,012 *** (0,010)	-0,023 (0,244)	0,010 (0,062)	0,000 (0,009)	0,684 ** (0,082)	0,063 *** (0,020)	0,000 (0,003)
ln(Anteil Frauen)	-0,567 (0,641)	0,674 ** (0,071)	0,865 (1,791)	-1,557 ** (0,467)	0,439 *** (0,059)	-1,110 (1,053)	-0,234 (0,180)	0,356 ** (0,092)
ln(Vakanzenrate)	-0,190 *** (0,061)	0,012 *** (0,004)		-0,248 *** (0,065)	0,006 * (0,003)			
R ²	0,654	0,888	0,655	0,795	0,893	0,886	0,621	0,460
Beobachtungen	144	144	144	234	234	234	554	554
	Dynamische Spezifikation							
Endogen Verzögerte Variable	0,264 *** (0,095)	0,313 *** (0,070)	0,678 *** (0,066)	0,496 *** (0,064)	0,609 *** (0,050)	0,832 *** (0,036)	0,314 *** (0,054)	0,029 (0,025)
ln(Anteil Jugendliche)	0,274 * (0,149)	0,105 *** (0,025)	0,102 (0,294)	0,558 ** (0,274)	0,044 *** (0,016)	-0,057 (0,250)	0,269 ** (0,133)	0,067 ** (0,011)
ln(Anteil Ältere)	-0,115 (0,161)	0,062 *** (0,012)	-0,244 (0,167)	-0,195 (0,120)	0,018 ** (0,007)	-0,063 (0,113)	-0,409 *** (0,170)	0,100 ** (0,014)
ln(Anteil Ausländer)	-0,219 (0,157)	0,003 (0,010)	0,063 (0,146)	-0,077 (0,057)	0,006 * (0,003)	0,077 (0,052)	0,066 ** (0,033)	0,006 ** (0,003)
ln(Anteil Frauen)	-0,229 (0,829)	0,616 *** (0,073)	-1,992 ** (0,951)	-0,634 (0,555)	0,234 *** (0,035)	-1,027 ** (0,525)	-0,137 (0,295)	0,426 ** (0,024)
ln(Vakanzenrate)	-0,163 *** (0,060)	0,009 ** (0,004)		-0,140 *** (0,042)	0,005 ** (0,002)			
R ²	0,482	0,033	0,283	0,134	0,000	0,082	0,090	0,000
Sargan								
Beobachtungen	126	126	126	216	216	216	480	480

Q: Statistik Austria Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen. – Abhängige Variable: ln(Arbeitslosenquote), 1974-2003 nach Lebensunterhaltskonzept, 1994-2009 Labour Force Konzept, S.E. Standardfehler des Koeffizienten, R²-Erklärungswert der Regression, Sargan: P-Wert des Sargan-Tests auf Instrumentenvalidität (H0: Instrumente sind valide), *** (**) (*) signifikant auf dem 1% (5%) (10%) Niveau.

3.2.2 Ein sinkender Anteil der Jugendlichen senkt die Arbeitslosenquote

Es zeigt sich, dass die Auswirkungen der Alterung der Erwerbsbevölkerung auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote eher gering sind. Als einziger über sämtliche Spezifikationen und Zeiträume robuster Zusammenhang ergibt sich ein positiver Einfluss der Jugendlichen (15- bis 24-Jährigen) an den Erwerbspersonen auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote. Dieser unterscheidet sich aber in seiner Größenordnung zwischen den einzelnen Zeitperioden. In den dynamischen Spezifikationen zeigt sich, dass eine Erhöhung des Anteils der Jugendlichen

an den Erwerbspersonen um 1% (also z.B. von 10% auf 10,1%) in der Untersuchungsperiode 1974 bis 2003 kurzfristig (also im selben Jahr) zu einer nur sehr geringen Erhöhung der Arbeitslosenquote um 0,5% (also zum Beispiel von 6,00% auf 6,03%) führt. Langfristig erhöht ein Anstieg des Anteils der Jugendlichen an den Erwerbspersonen um 1% die Arbeitslosenquote allerdings um ca. 1%, womit dieser Koeffizient in etwa die gleiche Größenordnung aufweist, wie in der statischen Spezifikation.

In der Untersuchungsperiode 1994–2009 sind die kurzfristigen Auswirkungen eines Anstiegs des Anteils der Jugendlichen an den Erwerbspersonen deutlich geringer. Die signifikanten Koeffizienten deuten hier auf eine kurzfristige Elastizität von etwa 0,3 hin, während die langfristige Elastizität ebenfalls bei rund 0,3 liegt, und damit wiederum jener der statischen Spezifikation entspricht.

Der Anteil der Älteren an der Zahl der Erwerbspersonen hat hingegen in den meisten Spezifikationen keinen oder aber einen signifikant negativen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote. Die in den dynamischen Spezifikationen gefundenen kurzfristigen Elastizitäten liegen hier (je nach Spezifikation) zwischen $-0,2$ und $-0,4$. Das heißt, eine Erhöhung des Anteils der Älteren an den Erwerbspersonen um 1% führt kurzfristig zu einer Senkung der Arbeitslosenquote um $-0,2$ bis $-0,4\%$. Der langfristige Effekt variiert allerdings (mit zwischen $-0,1$ und über $-0,7$) deutlich zwischen den Spezifikationen. In den statischen Spezifikationen liegt der Koeffizient hingegen meist zwischen $-0,1$ und $-0,2\%$.

Außerdem hat der AusländerInnenanteil ebenso wie auch der Frauenanteil nur in sehr wenigen Spezifikationen einen überdies zumeist sehr geringen Einfluss auf die Arbeitslosenquote, während die Offene-Stellen-Rate – wie erwartet in allen Spezifikationen, in denen sie aufgenommen wurde – einen signifikant negativen Einfluss auf die Arbeitslosenquote in einer Region hat.

3.2.3 Ein hoher Anteil an Jugendlichen und Älteren korreliert positiv mit der Beschäftigungsquote

Die in Übersicht 3.1 dargestellten Regressionen der demographischen Struktur des Arbeitskräfteangebots auf die Beschäftigungsquote zeigen – wie zu erwarten – einen etwas engeren Zusammenhang zwischen demographischer Entwicklung und gesamtwirtschaftlicher Beschäftigungsquote. Insbesondere zeigt sich hier, dass eine Erhöhung des Anteils sowohl der jugendlichen als auch der älteren Arbeitskräfte am Arbeitskräfteangebot in Österreich zumeist mit einer Ausweitung der Beschäftigungsquote einhergeht. Allerdings kann hier nicht ausgeschlossen werden, dass diese Korrelation entsteht, weil in Zeiten einer guten Beschäftigungslage verstärkt auch ältere und jüngere Arbeitskräfte eine Beschäftigung finden. Aber selbst bei einer kausalen Interpretation sind die geschätzten Koeffizienten statistisch zwar zumeist signifikant, haben aber quantitativ nur geringe Werte. Nach den in Übersicht 3.1 gemeldeten Ergebnissen der dynamischen Spezifikationen führt eine Erhöhung des Anteils der älteren (über 45-Jährigen) Arbeitskräfte am Arbeitsangebot um 1% kurzfristig zu einer Erhöhung der Beschäftigungsquote um zwischen 0,01% und 0,1%, während ein Anstieg des Anteils

der Jüngeren (unter 24-Jährigen) zu einer kurzfristigen Erhöhung der Beschäftigungsquote um zwischen 0,05% und 0,1% führt. Die entsprechenden langfristigen Effekte liegen hingegen zwischen 0,05 und 0,1% (bei einem Anstieg des Anteils der Älteren um 1%) sowie 0,1 und 0,2% (bei einem Anstieg der Jüngeren an der Bevölkerung um 1%).

Die statischen Schätzungen (in der oberen Hälfte von Übersicht 3.1) deuten ebenfalls auf einen statistisch signifikanten aber quantitativ eher weniger bedeutsamen Effekt des Anteils der Jüngeren und auch der Älteren auf die Beschäftigungsquote hin. Hier liegen die Elastizitäten ebenfalls bei zwischen 0,05% und 0,1% bei den Älteren und bei höchstens 0,05% bei den Jüngeren.

Hinsichtlich der anderen in dieser Gleichung berücksichtigten Kontrollvariablen zeigt sich hingegen ein stark positiver Zusammenhang zwischen der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsquote und dem Anteil der Frauen am Arbeitskräfteangebot sowie der Offenen-Stellen-Rate, während der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte zumeist insignifikant bleibt. Insbesondere hat eine Erhöhung des Anteils der Frauen am Arbeitskräfteangebot einen stärkeren quantitativen Effekt auf die Beschäftigungsquote als ein Anstieg des Anteils der Älteren und Jüngeren. Eine Erhöhung des Anteils der Frauen am Arbeitskräfteangebot um 1% trägt zu einer Erhöhung der Beschäftigungsquote um zwischen 0,3% und 0,6% bei.

3.2.4 Altersstruktur hat keine signifikanten Auswirkungen auf die Offenen-Stellen-Rate

Schlussendlich deuten die Ergebnisse hinsichtlich der Offenen-Stellen-Rate auf einen auch nur geringen Einfluss der Struktur des Arbeitskräfteangebotes auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarktlage hin. Hier erweisen sich in der dynamischen Spezifikation die demographischen Einflussfaktoren als durchwegs insignifikant, und in der statischen Spezifikation hat der Anteil der Älteren und auch der Jüngeren nur in der Periode 1974 bis 2003 einen signifikanten negativen Einfluss auf die Offenen-Stellen-Rate.

3.3 Auswirkungen auf den Umschlag am Arbeitsmarkt und die Struktur der Arbeitslosigkeit

3.3.1 Durch Alterung sinkt vor allem die Zahl der Arbeitsplatzwechsel und die regionale Mobilität

Abgesehen von den potentiellen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarktlage kann eine sich ändernde demographische Zusammensetzung der Bevölkerung aber auch strukturelle Wirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. So zeigen zum Beispiel eine Reihe von mikro-ökonomischen Studien (Farber, 1999 für einen Überblick), dass sowohl die Mobilität von Arbeitskräften zwischen Arbeitsplätzen als auch ihre geographische Mobilität mit dem Alter abnehmen. Dementsprechend sollte die Mobilität in Regionen mit einem hohen Anteil älterer Personen am Arbeitskräfteangebot geringer sein als in Regionen mit einem hohen Anteil jüngerer Arbeitskräfte.

In Übersicht 3.2 melden wir daher die Ergebnisse einer Regression verschiedener Indikatoren zur Mobilität (oder der numerischen Flexibilität der Arbeitsmärkte) auf dieselben demographischen Einflussfaktoren wie im letzten Abschnitt. Die hierbei verwendeten Indikatoren der numerischen Flexibilität am Arbeitsmarkt sind:

1. Die so genannten Job-Creation- und Job-Destruction-Raten: Sie messen, wie viele Arbeitsplätze (in % der Beschäftigten) in einem Bundesland pro Jahr in wachsenden Betrieben geschaffen (Job-Creation) bzw. in schrumpfenden Betrieben vernichtet (Job-Destruction) werden.
2. Kennzahlen zum Umschlag an Beschäftigungsverhältnissen in einem Bundesland pro Jahr (in % der Beschäftigten). Im Fall der Zugangsraten geben diese Kennzahlen an, wie viel Prozent der Beschäftigungsverhältnisse eines Bundeslandes in einem Jahr aufgenommen werden. Im Fall der Abgangsraten geben sie hingegen die Prozentzahl der Beschäftigungsverhältnisse eines Bundeslandes an, die binnen eines Jahres aufgelöst werden.
3. Kennzahlen zur regionalen Mobilität in einem Bundesland pro Jahr (in % der Gesamtbevölkerung) aus der Wanderungsstatistik von Statistik Austria. Im Fall der Zuzugsrate geben diese an, welcher Prozentsatz der Bevölkerung im letzten Jahr den Wohnort (entweder aus dem Ausland oder einer anderen Region) in dieses Bundesland verlagerte, während die Wegzugsrate angibt, welcher Prozentsatz der Wohnbevölkerung in ein anderes Bundesland oder das Ausland ausgewandert ist.

Übersicht 3.2: Regressionsergebnisse zur Auswirkung der Altersstruktur der Erwerbspersonen auf Arbeitsplatz- und Arbeitskräfteumschlag

	Arbeitsplatzschaffung	Arbeitsplatzvernichtung	Zugangsrate	Abgangsrate	Wegzugsrate	Zuzugsrate
ln(Anteil Jugendliche)	-0,051 (0,199)	-0,330 (0,268)	0,298 ** (0,098)	-0,013 (0,081)	0,285 ** (0,091)	0,189 * (0,091)
ln(Anteil Ältere)	0,109 (0,092)	0,081 (0,118)	0,027 (0,107)	0,052 ** (0,048)	0,039 *** (0,089)	0,050 (0,088)
ln(Anteil Ausländer)	-0,099 (0,113)	-0,079 (0,108)	0,326 *** (0,058)	0,087 *** (0,036)	0,285 *** (0,055)	0,483 *** (0,080)
ln(Anteil Frauen)	-1,329 ** (0,478)	-0,519 (0,552)	-1,014 * (0,443)	-0,600 (0,176)	-0,743 ** (0,403)	-0,434 (0,318)
ln(Arbeitslosenquote)	0,004 (0,046)	0,090 (0,069)	0,013 (0,044)	-0,015 (0,015)	-0,019 (0,040)	0,005 (0,039)
R ²	0,529	0,380	0,731	0,441	0,672	0,770
Beobachtungen	126	126	108	108	126	126

Q: Statistik Austria Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen. – Anmerkungen: Abhängige Variable: ln(Arbeitslosenquote), 1974-2003 nach Lebensunterhaltskonzept, 1994-2009 Labour Force Konzept, S.E. Standardfehler des Koeffizienten, R²-Erklärungswert der Regression, Sargan: P-Wert des Sargan-Tests auf Instrumentenvalidität (H0: Instrumente sind valide), *** (**) (*) signifikant auf dem 1% (5%) (10%) Niveau.

Die Kennzahlen zum Arbeitsplatz- und Arbeitskräfteumschlag stehen uns für den Bereich der marktorientierten Sektoren (also der Wirtschaftsklassen bis ÖNACE 2-Steller 75) für den Zeitraum 1995 bis 2008 zur Verfügung, jene zum Zu- und Wegzug der Bevölkerung für denselben Zeitraum, sodass wir uns in der nachfolgenden Analyse auf diesen Zeitraum beschränken müssen.

Wie aus Übersicht 3.2 ersichtlich, ist der Einfluss der demographischen Entwicklung auf diese Umschlagzahlen ebenfalls eher gering. Ein statistisch signifikanter Zusammenhang mit der Altersstruktur des Arbeitskräfteangebotes zeigt sich allerdings hinsichtlich des Umschlags an Arbeitskräften und der geographischen Mobilität. So erhöht ein Anstieg des Anteils der Jüngeren am Arbeitskräfteangebot um 1% die gesamtwirtschaftliche Zugangsrate in die Beschäftigung um 0,3% und ein Anstieg der Älteren um 1% die Abgangsrate aus der Beschäftigung um 0,05%. Hinsichtlich der geographischen Mobilität zeigt sich, dass ein Anstieg des Anteils der Jüngeren am Arbeitskräfteangebot die Wegzugsrate um etwa 0,3% und die Zuzugsrate um 0,2% erhöht, während ein Anstieg der Älteren die Wegzugsrate um 0,04% senkt.

Ein Anstieg des AusländerInnenanteils um 1% erhöht hingegen sowohl den Arbeitskräfteumschlag (um 0,3% bei den Zugängen und 0,1% bei den Abgängen) als auch die Zuzugs- und Wegzugsraten (um 0,3% bei den Wegzügen und 0,5% bei den Zuzügen). Eine Steigerung des Frauenanteils führt tendenziell zu einer Verringerung des gesamtwirtschaftlichen Umschlags an Arbeitsplätzen und Arbeitskräften und zu einer geringeren geographischen Mobilität.

3.3.2 Junge Arbeitskräfte konkurrieren sich vor allem mit anderen Jungen und Personen im Haupterwerbsalter

Etwas deutlicher als der Zusammenhang zwischen numerischer Flexibilität und Struktur des Arbeitskräfteangebotes ist der Zusammenhang zwischen demographischer Entwicklung und der Struktur der Arbeitslosigkeit. Die Ergebnisse einer Regression der Arbeitslosenquote einzelner Altersgruppen auf die bereits im letzten Abschnitt verwendeten demographischen Variablen (Übersicht 3.3) zeigt, dass ein steigender Anteil der jüngeren Arbeitskräfte an den Erwerbstätigen vor allem zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquote der Personen im Alter von 15 bis 44 Jahren – also der Jungen und der Personen im Haupterwerbsalter – führt. So steigert ein Anstieg von 1% des Anteils der 15- bis 24-Jährigen an den Erwerbspersonen die Arbeitslosenquote dieser Altersgruppe um 0,5% bis 1,1% und bei den 25- bis 34-Jährigen erhöht sich die Arbeitslosenquote um zwischen 0,7% und 1,2%. Bei den 35- bis 44-Jährigen liegt dieser Effekt mit einem Anstieg von 1,8% in den Jahren 1974 bis 2003 am höchsten, während er in der Periode 1994 bis 2009 in dieser Gruppe mit 0,6% deutlich niedriger war als bei den 25- bis 34-Jährigen. Die jungen Arbeitskräfte dürften sich daher in Österreich vor allem mit anderen Jungen und Personen im Haupterwerbsalter konkurrieren während sie komplementär zu Älteren sind.

Für diese Interpretation spricht auch die Tatsache, dass ein steigender Anteil der Älteren an den Erwerbspersonen signifikant negativ mit der Arbeitslosigkeit der Jüngeren korreliert, aber ansonsten keinen Einfluss auf die Struktur der Arbeitslosigkeit hat. Allerdings könnten diese

Korrelationen auch auf verstärkte Frühpensionierungen in Zeiten eines steigenden Angebotes an jüngeren Arbeitskräften zurückzuführen sein.

Übersicht 3.3: *Regressionsergebnisse zur Auswirkung der Altersstruktur der Erwerbspersonen auf Arbeitsplatz- und Arbeitskräfteumschlag*

	Arbeitslosenquote der				
	15-24-Jährigen	25-34-Jährigen	35-44-Jährigen	45-54-Jährigen	54-64-Jährigen
	1994-2008				
ln(Anteil Jugendliche)	0,497 *	0,573 **	0,563 *	-0,009	-1,488
	(0,236)	(0,192)	(0,272)	(0,311)	(0,586)
ln(Anteil Ältere)	-0,304 *	0,322	0,256	-0,179	0,145
	(0,135)	(0,217)	(0,245)	(0,163)	(0,439)
ln(Anteil Ausländer)	-1,154	1,392	3,064 **	1,746	4,116 ***
	(0,813)	(1,074)	(1,211)	(1,427)	(1,003)
ln(Anteil Frauen)	0,366	-0,127	0,635	-0,349	-0,911
	(0,497)	(1,057)	(0,686)	(0,507)	(0,419)
ln(Vakanzenrate)	-0,297 ***	-0,196 **	-0,172 *	-0,371 ***	-0,131
	(0,049)	(0,073)	(0,094)	(0,086)	(0,140)
R ²	0,829	0,587	0,440	0,355	0,424
Beobachtungen	144	144	144	144	144
	1978-2003				
ln(Anteil Jugendliche)	1,004 **	1,183 **	1,349 ***	0,397	0,329
	(0,426)	(0,418)	(0,350)	(0,669)	(0,771)
ln(Anteil Ältere)	-0,489 **	-0,282	-0,345	0,236	0,545
	(0,158)	(0,159)	(0,190)	(0,310)	(0,342)
ln(Anteil Ausländer)	1,382 *	0,439	0,173	2,174	-0,224
	(0,677)	(0,702)	(0,567)	(1,467)	(1,638)
ln(Anteil Frauen)	0,616	0,836 *	-0,146	-1,079 **	-0,693
	(0,433)	(0,403)	(0,372)	(0,365)	(0,452)
ln(Vakanzenrate)	-0,231 **	-0,195 **	-0,226 **	-0,392 ***	-0,422 ***
	(0,064)	(0,058)	(0,070)	(0,098)	(0,066)
R ²	0,634	0,604	0,791	0,812	0,724
Beobachtungen	234	234	234	234	234

Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen. –Abhängige Variable: ln(Arbeitslosenquote) der jeweiligen Altersgruppe, 1974-2003 nach Lebensunterhaltskonzept, 1994-2009 Labour Force Konzept, Werte in Klammern sind (für räumliche und zeitliche Autokorrelation korrigierte) Standardfehler des Koeffizienten, R²-Erklärungswert der Regression, *** (**) (*) signifikant auf dem 1% (5%) (10%) Niveau. Spezifikation beinhaltet Zeit- und Regionsspezifische Effekte. Diese werden nicht gemeldet.

3.4 Sektorale Auswirkungen

3.4.1 Erhebliche Unterschiede in der Altersstruktur nach Branchen

Neben diesen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen sollten auch sektorale Unterschiede nicht unberücksichtigt bleiben. Die Beschäftigungsstruktur nach Alter und Geschlecht unter-

scheidet sich nämlich recht erheblich zwischen verschiedenen Branchen (Übersicht 3.4). So gehörten zum Beispiel im Jahr 2008 die Branchen Beherbergungswesen (und Gastronomie), sowie Information und Kommunikation zu den Branchen mit dem geringsten Durchschnittsalter, und auch im Bauwesen, Handel, bei der Erbringung sonstiger Dienstleistungen und in der Herstellung von Waren lag der Anteil der 15- bis 19-jährigen Beschäftigten über dem Durchschnitt von 4,8%.

Übersicht 3.4: Alters- und Geschlechtsstruktur der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren 2008

	15-19 Jahre	45 und mehr Jahre	Median- alter	Frauen- anteil
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	3,0	60,7	48	45,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3,2	43,7	43	21,5
Herstellung von Waren	5,8	30,9	38	25,4
Energieversorgung	3,7	41,4	43	18,6
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	1,4	42,1	43	21,0
Bau	8,1	30,9	38	14,5
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	7,6	30,3	38	53,5
Verkehr und Lagerei	1,9	41,6	42	20,4
Beherbergung und Gastronomie	10,1	30,2	37	64,4
Information und Kommunikation	2,6	23,7	37	33,2
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1,9	33,8	39	50,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,3	46,0	43	56,0
Erbringung von freiberuflichen, wiss. und techn. Dienstleistungen	2,8	31,6	38	45,5
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2,3	36,1	40	59,1
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	2,0	43,5	43	43,9
Erziehung und Unterricht	1,4	44,5	43	69,9
Gesundheits- und Sozialwesen	2,0	35,8	41	77,5
Kunst, Unterhaltung und Erholung	3,7	33,4	39	42,5
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	9,5	37,0	39	72,3
Private Haushalte mit Hauspersonal	5,2	51,9	45	95,6
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	0,0	58,0	46	65,0

Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung 2008.

In diesen Branchen wären daher die stärksten Änderungen in der Struktur der Beschäftigten (oder bei einer nicht erfolgreichen Anpassung an die geänderten demographischen Rahmenbedingungen die stärksten Personalknappheiten) zu erwarten. Dementsprechend werden gerade in diesen Branchen Themen wie die Sicherstellung von altengerechten Arbeitsplätzen eine erhöhte Priorität erhalten, um auf diese Weise die jungen Arbeitskräfte dieser Branchen zu einem längeren Verbleib in diesen Branchen zu bewegen.

Anders stellen sich hingegen die Probleme in den Branchen mit älteren Arbeitskräften wie in der Energie- und Wasserversorgung, der öffentlichen Verwaltung oder in Erziehung und Unterricht dar. In diesen Branchen wird es in den nächsten Jahren – bei in etwa gleich bleibenden Arbeitskräfteangebot – zu einem erheblichen Ersatzbedarf an Arbeitskräften kommen, sodass

hier die primäre Frage sein wird, ob es diesen Branchen gelingt, ausreichend (jüngere) Ersatzarbeitskräfte anzuziehen.

Ähnlich weisen eine ganze Reihe von Branchen (Bergbau, Herstellung von Waren, Energieversorgung, Wasserversorgung, Bau und Verkehr) einen Frauenanteil von weniger als 25% an ihren Beschäftigten auf. Gerade in diesen Branchen wird es daher angesichts der demographischen Entwicklung zunehmend wichtiger, die deutliche Geschlechtersegmentation am österreichischen Arbeitsmarkt, die sich auch in einer deutlichen Geschlechtersegmentation bei der Wahl der Ausbildungswege äußert, zu durchbrechen.

Übersicht 3.5: *Regressionsergebnisse zur Auswirkung der Altersstruktur der Erwerbspersonen auf das Beschäftigungswachstum der Branchen*

	Verzögertes Beschäftigungswachstum		Ln(Anteil Jugendliche)		Ln (Anteil Ältere)		Ln(AusländerInnenanteil)	
	Koeffizient	S.E.	Koeffizient	S.E.	Koeffizient	S.E.	Koeffizient	S.E.
Land- und Forstwirtschaft	0,382 ***	0,084	0,015 *	0,009	0,022 ***	0,005	0,002	0,005
Herstellung von Waren, Bergbau, Energie	0,397 ***	0,088	0,026 *	0,014	0,010	0,008	0,005	0,007
Bau	0,602 ***	0,080	0,028 ***	0,011	0,014 ***	0,005	-0,002	0,005
Handel	0,359 ***	0,102	-0,031 ***	0,016	-0,006	0,008	0,004	0,007
Beherbergung	0,499 ***	0,088	0,000	0,009	0,004	0,005	-0,003	0,004
Verkehr	0,207 ***	0,093	0,002	0,009	-0,003	0,005	-0,010 **	0,005
Kreditwesen	0,441	0,090	-0,006	0,006	-0,001	0,003	-0,006 **	0,003
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	0,181 *	0,098	0,002	0,008	-0,009 *	0,005	0,007	0,005
Öffentliche Verwaltung	0,197 ***	0,098	-0,006	0,009	0,003	0,005	-0,007	0,005
Unterrichtswesen	0,253 ***	0,096	0,001	0,007	0,002	0,004	0,003	0,004
Gesundheitswesen	0,321 ***	0,092	-0,025 ***	0,008	-0,007	0,005	0,002	0,005
Andere	0,262 ***	0,102	0,001	0,007	-0,002	0,004	-0,005	0,004

Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnung. – Anmerkungen: Abhängige Variable: Beschäftigungswachstum, Schätzzeitraum 1994-2008, S.E. Standardfehler des Koeffizienten, *** (**) (*) signifikant auf dem 1% (5%) (10%) Niveau. Spezifikation beinhaltet zeit- und regionsspezifische Effekte. Diese werden nicht gemeldet.

3.4.2 *Das Beschäftigungswachstum der Branchen wurde in der Vergangenheit von demographischen Veränderungen kaum beeinflusst*

Allerdings zeigen Regressionsanalysen auch, dass das Beschäftigungswachstum der meisten Branchen zumindest im Zeitraum seit 1994 von der Entwicklung der Struktur des Arbeitskräfteangebotes weitgehend unabhängig war. Regressiert man das jährliche Beschäftigungswachstum der ÖNACE 1-Steller-Branchen im Zeitraum zwischen 1994 und 2008 auf den Anteil der Älteren, Jüngeren und der AusländerInnen am Arbeitskräfteangebot, so zeigt sich nur in ganz wenigen Branchen ein statistisch signifikanter Zusammenhang (Übersicht 3.5). Einzig im Bauwesen ist dieser für den Anteil der Jüngeren am Arbeitskräfteangebot signifikant positiv, während er im Handel und Gesundheitswesen signifikant negativ ist. Von einem Anstieg des Anteils der Älteren profitiert hingegen vor allem das Beschäftigungswachstum in der Land-

und Forstwirtschaft und auch im Bauwesen. Dagegen ist das Beschäftigungswachstum einzelner Branchen (mit Ausnahme des Verkehrs und des Kreditwesens) vom AusländerInnenanteil weitgehend unabhängig.

3.9 Zusammenfassung

Zusammenfassend zeigt sich somit, dass in der Vergangenheit nur der Anteil der jungen Arbeitskräfte einen robust signifikant positiven Einfluss auf die Arbeitslosenquote hatte. Am ehesten wäre bei Fortschreibung der gegenwärtigen Entwicklungen aufgrund der Änderung der demographischen Struktur mit einer leichten Verringerung der Arbeitslosenquote (von 0,1 bis 0,3 Prozentpunkten) zu rechnen.

Insgesamt reagieren die regionalen Arbeitsmärkte Österreichs aber auf eine Änderung der Struktur des Arbeitskräfteangebotes in Richtung der Älteren, Frauen und AusländerInnen vor allem durch eine (schwache) Steigerung der Beschäftigungsquote, während die Arbeitslosenquote von Änderungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebotes, wohl aufgrund endogener Reaktionen der Arbeitsmarktpolitik, kaum berührt wird. Auch der Einfluss auf die Beschäftigungsquote ist allerdings quantitativ nur gering. Eine Erhöhung des Anteils der Jugendlichen und auch der Älteren am Arbeitskräfteangebot um 1% führt nach unseren Ergebnissen zu einer Steigerung der Beschäftigungsquote bestenfalls um 0,1%.

Etwas deutlicher wären hingegen die Auswirkungen der Verschiebung der Struktur der Erwerbspersonen auf die Struktur der Arbeitslosigkeit und die Mobilität am Arbeitsmarkt. Ein steigender Anteil der jüngeren Arbeitskräfte an den Erwerbstätigen führt vor allem zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquote der Personen im Alter von 15 bis 44 Jahren – also der Jungen und der Personen im Haupterwerbsalter. Ein steigender Anteil der Älteren an den Erwerbspersonen korreliert hingegen signifikant negativ mit der Arbeitslosigkeit der Jüngeren, hat aber ansonsten keinen Einfluss auf die Struktur der Arbeitslosigkeit. Überdies erhöht ein Anstieg des Anteils der Jüngeren am Arbeitskräfteangebot um 1% die gesamtwirtschaftliche Zugangsrate in die Beschäftigung um 0,3%, und ein Anstieg der Älteren um 1% erhöht die Abgangsrate aus der Beschäftigung um 0,05%. Ein Anstieg des Anteils der Jüngeren am Arbeitskräfteangebot erhöht darüber hinaus die geographische Mobilität (bei den Wegzügen aus einer Region) um etwa 0,3% und die Zuzüge in eine Region um 0,2%. Die sektoralen Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung dürften hingegen – zumindest aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit – nur gering sein.

4. Auswirkungen auf die Bildungsstruktur

Neben den potentiellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die, wie im letzten Kapitel gezeigt, wohl eher gering sein dürften, werden die demographischen Entwicklungen der nächsten 20 Jahre – im Zusammenspiel mit dem schon seit mehreren Jahrzehnten bestehenden Trend zu einer stärkeren Bildungsbeteiligung der Bevölkerung – auch erhebliche Auswirkungen auf die Humankapitalbasis der in Österreich wohnhaften Bevölkerung haben. Dabei wird die Tendenz eindeutig in Richtung einer Höherqualifizierung gehen. Um diesen Trend sichtbar zu machen, werden in Übersichten 4.1 bis 4.3 die Ergebnisse zweier Szenarien zum zukünftigen Verlauf des Bildungsstandes der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den nächsten zwei Jahrzehnten dargestellt:

- Im ersten dieser Szenarien wurde davon ausgegangen, dass die alters-, geschlechts- und bundeslandspezifischen Bildungsanteile (auf der Ebene von Fünf-Jahres-Altersgruppen getrennt für Männer und Frauen) bis ins Jahr 2030 unverändert bleiben. Damit wird unterstellt, dass die bis ins Jahr 2030 neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Arbeitskräfte nicht besser (aber auch nicht schlechter) ausgebildet sind als die heutigen. Dieses Szenario wird im Folgenden als Status-Quo-Szenario bezeichnet.
- Im zweiten dieser Szenarien wird hingegen unterstellt, dass sich die altersgruppen-, geschlechts- und bundeslandspezifischen Bildungsanteile entsprechend dem anhand der österreichischen Arbeitskräfteerhebung festgestellten Trend der Jahre 1994-2009 weiterentwickeln werden.⁴⁾ Dieses Szenario wird im Folgenden als Trendszenario bezeichnet.

4.1 Auswirkungen auf die Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung

4.1.1 *Trend zur Höherqualifizierung führt zu steigenden Anteilen an Universitäts- und AHS/BHS-AbsolventInnen*

Nach beiden Szenarien würde es bis ins Jahr 2030 zu einem steigenden Bildungsstand der Bevölkerung kommen. Dabei würde einerseits der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter mit einem Pflichtschulabschluss, aber auch jener der Personen mit einem Lehrabschluss zurückgehen, und andererseits jener der Personen mit einer AHS/BHS-Ausbildung beziehungsweise mit einem Hochschulabschluss steigen. Im Status-Quo-Szenario sind diese Verschiebungen allerdings moderat. Österreichweit würde hier der Anteil der HochschulabsolventInnen von gegenwärtig 12,1% der wohnhaften Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auf nur 12,3% im Jahr 2030 steigen. Jener der AHS/BHS-AbsolventInnen läge hingegen konstant bei 15,5%. Ähnlich käme es im Bereich der Personen mit einem Pflichtschulabschluss in den nächsten 20 Jahren zu einem nur leichten Rückgang von gegenwärtig 22,6% auf 22,5% und bei den Personen mit einem Lehrabschluss auf 49,7%.

⁴⁾ Dieser Trend wurde anhand einer alters-, geschlechts- und bundeslandspezifischen logistischen Regression festgestellt, in der über die funktionale Form sichergestellt wurde, dass diese Anteile immer zwischen 0% und 100% liegen (Fuchs – Dörfler, 2005 für eine ähnliche Vorgehensweise).

Eine deutliche Höherqualifizierung der Bevölkerung würde sich hingegen ergeben, wenn sich die gegenwärtigen Trends der steigenden Qualifizierungsbeteiligung in den nächsten 20 Jahren fortsetzen. In diesem Fall (der im so genannten Trendszenario berechnet wird) würde sich der Anteil der HochschulabsolventInnen in Österreich im Jahr 2030 auf 26,0% (oder um annähernd 14 Prozentpunkte) erhöhen, und jener der AHS/BHS-AbsolventInnen läge mit 17,5 um immerhin 2 Prozentpunkte über dem gegenwärtigen Wert. Demgegenüber würde in diesem Szenario vor allem der Anteil der Pflichtschul- und LehrabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung zurückgehen. Ersterer läge im Trendszenario im Jahr 2030 bei 12,8% (um 9,8 Prozentpunkte niedriger als 2009), Letzterer bei 43,1% (um 6,2 Prozentpunkte niedriger als 2009).

Die Unterschiede zwischen diesen beiden Szenarien zeigen somit, dass der für die nächsten 20 Jahre zu erwartende Anstieg des Bildungsniveaus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter primär durch den Trend zur Höherqualifizierung der erwerbsfähigen Bevölkerung zustande kommt und weniger durch strukturelle Verschiebungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Altersgruppen beeinflusst wird. Aufgrund dieses Ergebnisses wird daher in der Folgenden Darstellung der Detailergebnisse nur auf das Trendszenario eingegangen.

4.1.2 Deutliche regionale Unterschiede in der Veränderung der Bildungsstruktur bei Fortsetzung der Trends der letzten 10 Jahre

Die nach diesen Szenarien prognostizierten Bildungsniveaus der erwerbsfähigen Bevölkerung Österreichs unterscheiden sich zwischen den Bundesländern vor allem im Trendszenario. Während sich die Anteile der einzelnen Bildungsniveaus im Status-Quo-Szenario in annähernd allen Bundesländern nur um wenige Prozentpunkte verschieben, zeigen sich im Trendszenario wesentlich stärkere Verschiebungen zwischen den Bundesländern. So kommt es zum Beispiel im Trendszenario in Tirol und Vorarlberg zu deutlichen Anstiegen des Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit Universitätsabschluss um 18,9 bzw. 18,3 Prozentpunkte und in Kärnten würde der Anteil der UniversitätsabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung sogar um 22,2 Prozentpunkte steigen. In Tirol und Vorarlberg gehen diese deutlich überdurchschnittlichen Anstiege des Anteils der erwerbsfähigen Bevölkerung mit dem höchsten Ausbildungsniveau dabei vor allem zu Lasten des Anteils der PflichtschulabsolventInnen, der in diesen Bundesländern um 13,7 Prozentpunkte (Tirol) beziehungsweise 12,2 Prozentpunkte (Vorarlberg) zurückgeht, während der Rückgang bei den LehrabsolventInnen in beiden Bundesländern mit –6,6 Prozentpunkten (Vorarlberg) und –7,9 Prozentpunkten (Tirol) nur etwas über dem Durchschnitt und der Anstieg bei den AHS/BHS-AbsolventInnen in Vorarlberg (mit +0,5 Prozentpunkten) sogar deutlich unter dem Bundestrend liegt.

Übersicht 4.1: Szenarien zum Bildungsstand der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) nach Bundesland und höchster abgeschlossener Ausbildung (Männer und Frauen)

	2009	2015	2020	2025	2030	2015	2020	2025	2030	
			Status-Quo-Szenario				Trendszenario			
						Wien				
Pflichtschule	23,7	23,4	23,6	23,7	24,0	23,0	22,5	21,8	21,3	
Lehre	34,1	34,1	34,3	34,5	34,3	30,3	26,9	24,2	21,8	
AHS/BHS	22,0	22,1	21,7	21,5	21,6	21,9	21,3	20,9	20,8	
Universität	20,2	20,4	20,4	20,3	20,2	24,8	29,2	33,1	36,1	
						Niederösterreich				
Pflichtschule	20,9	20,4	20,3	20,5	20,7	15,2	12,2	10,3	9,1	
Lehre	53,4	53,7	53,9	54,0	53,9	56,0	56,7	56,6	55,4	
AHS/BHS	15,7	16,0	15,7	15,5	15,5	17,6	18,1	18,8	19,8	
Universität	9,9	10,0	10,1	10,0	10,0	11,2	12,9	14,3	15,6	
						Burgenland				
Pflichtschule	23,2	23,4	23,8	24,1	24,2	16,8	13,2	10,9	9,4	
Lehre	54,4	54,6	54,5	54,2	54,1	53,5	51,6	48,7	46,0	
AHS/BHS	14,0	13,6	13,4	13,3	13,4	18,9	21,6	24,2	26,3	
Universität	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	10,8	13,6	16,2	18,3	
						Steiermark				
Pflichtschule	20,4	20,0	19,9	20,2	20,3	16,0	13,5	12,3	11,9	
Lehre	55,2	55,9	56,2	56,2	56,0	54,4	52,8	50,1	47,0	
AHS/BHS	14,6	14,3	14,0	13,8	13,8	14,6	14,5	14,5	15,0	
Universität	9,8	9,8	9,9	9,9	9,8	15,0	19,3	23,0	26,2	
						Kärnten				
Pflichtschule	18,2	17,7	17,3	17,3	17,3	12,8	10,3	9,2	8,6	
Lehre	57,9	58,8	59,3	59,3	59,1	52,9	49,0	45,2	42,5	
AHS/BHS	13,6	13,2	13,0	12,9	13,1	14,8	14,7	15,4	16,4	
Universität	10,3	10,3	10,4	10,5	10,4	19,5	25,9	30,2	32,5	
						Oberösterreich				
Pflichtschule	25,5	25,1	25,2	25,4	25,5	18,1	14,0	11,0	9,0	
Lehre	53,2	53,6	53,8	53,7	53,6	56,0	56,0	54,6	53,2	
AHS/BHS	12,2	12,1	11,8	11,7	11,7	12,7	13,1	13,6	14,7	
Universität	9,2	9,2	9,2	9,2	9,1	13,1	17,0	20,7	23,1	
						Salzburg				
Pflichtschule	20,2	20,0	19,8	19,8	19,8	17,6	15,5	14,1	13,4	
Lehre	54,7	55,1	55,4	55,5	55,5	54,0	52,9	51,2	49,1	
AHS/BHS	13,4	13,3	13,2	13,0	13,0	14,1	14,2	14,3	14,9	
Universität	11,6	11,5	11,7	11,7	11,7	14,2	17,4	20,3	22,5	
						Tirol				
Pflichtschule	24,5	24,3	24,1	24,3	24,3	18,2	14,7	12,3	10,8	
Lehre	52,4	52,7	53,0	53,0	53,0	52,4	50,3	47,4	44,5	
AHS/BHS	12,5	12,4	12,1	12,0	12,0	13,8	14,0	14,5	15,3	
Universität	10,6	10,6	10,7	10,8	10,7	15,7	20,9	25,8	29,5	
						Vorarlberg				
Pflichtschule	26,9	26,7	26,9	27,0	27,1	22,4	19,2	16,7	14,7	
Lehre	51,0	51,3	51,4	51,4	51,5	50,5	48,1	46,0	44,4	
AHS/BHS	11,6	11,5	11,3	11,1	11,1	10,9	10,9	11,3	12,1	
Universität	10,5	10,5	10,5	10,4	10,4	16,2	21,8	26,0	28,8	
						Österreich				
Pflichtschule	22,6	22,3	22,3	22,5	22,5	18,1	15,5	13,8	12,8	
Lehre	49,9	50,2	50,3	50,3	49,7	49,5	47,9	45,9	43,7	
AHS/BHS	15,5	15,4	15,2	15,1	15,7	16,3	16,4	16,8	17,5	
Universität	12,1	12,1	12,2	12,2	12,3	16,2	20,1	23,5	26,0	

Q: Statistik Austria, Arbeitserhebung, WIFO-Berechnungen.

In Kärnten geht der starke Anstieg bei den UniversitätsabsolventInnen hingegen vor allem zu Lasten der erwerbsfähigen Bevölkerung mit Lehrabschluss. Ihr Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung würde bis ins Jahr 2030 um 15,4 Prozentpunkte abnehmen. Damit läge der Anteil

der LehrabsolventInnen an der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung, der im Jahr 2009 in diesem Bundesland noch der höchste unter allen Bundesländern war, im Jahr 2030 bereits unter dem österreichischen Durchschnitt. Die Verschiebungen bei den PflichtschulabsolventInnen und den AHS/BHS-AbsolventInnen lägen in diesem Bundesland (mit –9,8 Prozentpunkten bzw. +2,8 Prozentpunkten) jedoch deutlich näher am Bundesdurchschnitt.

In den Industriebundesländern Oberösterreich und Niederösterreich käme es hingegen laut Trendszenario insofern zu einer Sonderentwicklung, als hier der Anteil der Personen mit einer abgeschlossenen Lehrausbildung nicht schrumpfen würde. In Oberösterreich wird dieser Anteil in den nächsten 20 Jahren stagnieren und in Niederösterreich sogar um 2 Prozentpunkte zulegen. Allerdings wird es in diesen Bundesländern zu einem überdurchschnittlich starken Rückgang des Anteils der PflichtschulabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung kommen. Dieser wird in Niederösterreich bis ins Jahr 2030 um 11,8 Prozentpunkte und in Oberösterreich sogar um 16,5 Prozentpunkte zurückgehen. Dieser Rückgang wird dabei in Oberösterreich auch durch einen deutlichen Anstieg der UniversitätsabsolventInnen (um 16,4 Prozentpunkte) begleitet, während dieser in Niederösterreich (mit 5,7 Prozentpunkten) nur wenig stärker ausfällt als jener bei den AHS/BHS AbsolventInnen (+4,3 Prozentpunkte).

Dem Bundesdurchschnitt am ähnlichsten werden sich nach dem Trendszenario die Bildungsanteile in Salzburg und in der Steiermark entwickeln. Aber auch in diesen Bundesländern ergeben sich einige Abweichungen. So kommt es in Salzburg insgesamt zu deutlich schwächeren Verschiebungen der diversen Bildungsanteile. Dies äußert sich vor allem in einem deutlich schwächeren Rückgang bei den PflichtschulabsolventInnen (von –6,8 Prozentpunkten) als in Österreich insgesamt und einem langsameren Anstieg des AkademikerInnenanteils (von +10,9 Prozentpunkten). Dies ist auf den bereits gegenwärtig (im Jahr 2009) besonders geringen Anteil der PflichtschulabsolventInnen (der der geringste unter allen Bundesländern Österreichs ist) und den hohen Anteil an AkademikerInnen (nach Wien der zweithöchste unter allen Bundesländern) zurückzuführen.

In der Steiermark werden hingegen die Strukturverschiebungen im Bildungsanteil in den nächsten 20 Jahren laut Trendszenario stärker sein als im österreichischen Durchschnitt. Insbesondere wird hier der Anteil der LehrabsolventInnen (mit –8,2 Prozentpunkten) deutlich rascher sinken als im übrigen Österreich, während der Anteil der AkademikerInnen (mit +16,4 Prozentpunkten) stärker steigen wird.

Zwei Sonderfälle stellen hingegen die Bundesländer Wien und Burgenland dar. Insbesondere wird es in Wien – aufgrund der anhaltenden Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte, die oftmals nur niedrig qualifiziert sind – zu einem sehr geringen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung mit einem Pflichtschulabschluss (um 2,4 Prozentpunkte) kommen, aber – aufgrund der anhaltenden Tertiärisierungstendenzen – kann der Anteil der LehrabsolventInnen (um 12,3 Prozentpunkte) deutlich zurückgehen. Außerdem wird es in diesem Bundesland – entgegen dem österreichischen Trend – auch zu einem leichten Rückgang des Anteils der AHS/BHS-AbsolventInnen (um 1,2 Prozentpunkte) kommen, sodass der Anteil der AkademikerInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Jahr 2030 in Wien um 15,9 Prozentpunkte über

jenem des Jahres 2009 liegen wird. Die Bildungsstruktur Wiens wird demnach in Zukunft zunehmend Bi-polar. Im Jahr 2030 wird dieses Bundesland nach dem Trendszenario sowohl den höchsten Anteil an AkademikerInnen als auch den höchsten Anteil an PflichtschulabsolventInnen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufweisen.

Im Burgenland wird es hingegen in den nächsten 20 Jahren ebenfalls zu einem starken Rückgang des Anteils der PflichtschulabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung kommen. Allerdings wird sich dieser Anstieg – bei Fortschreibung der Trends der letzten 10 Jahre – nicht primär in einem Anstieg des AkademikerInnenanteils äußern (dieser wird mit +9,4 Prozentpunkten sogar unterdurchschnittlich stark steigen), sondern vor allem in einem um 12,3 Prozentpunkte höheren Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen. Überdies wird im Burgenland auch der Anteil der LehrabsolventInnen (mit –8,4 Prozentpunkte) stärker zurückgehen als im österreichischen Durchschnitt.

4.2 Bildungsstand nach Bundesland und Geschlecht

4.2.1 Frauen werden in Zukunft deutlich besser qualifiziert sein als Männer

Der Trend zu einem höheren Bildungsstand der Bevölkerung wird dabei auf beide Geschlechter zutreffen. Allerdings wird der Wandel in der Bildungsstruktur der Frauen – zumindest, wenn man den Trend der letzten 10 Jahre fortschreibt – deutlich rascher vonstatten gehen als bei den Männern (Übersichten 4.2 und 4.3). Insbesondere wird es bei den Frauen – von einem höheren Niveau ausgehend – zu einem deutlich rascheren Rückgang des Anteils mit Pflichtschulabschluss kommen als bei den Männern. Bei den Frauen sinkt dieser Anteil – bei Fortschreibung des Trends der letzten 10 Jahre – bis ins Jahr 2030 um 14,3 Prozentpunkte, bei den Männern um 5,3 Prozentpunkte. Gleichzeitig wird der Anteil der Hochschulabsolventinnen unter den Frauen um 17,6 Prozentpunkte steigen, während er bei den Männern um nur 10,3 Prozentpunkte zunimmt. Dementsprechend werden Frauen im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2030 nicht nur einen deutlich höheren Akademikerinnenanteil aufweisen als Männer, sondern auch einen niedrigeren Anteil an PflichtschulabsolventInnen, und werden daher eindeutig besser ausgebildet sein als Männer.

Bei den LehrabsolventInnen im erwerbsfähigen Alter werden hingegen die Rückgänge bei den Männern (mit –7,3 Prozentpunkten) größer sein als bei den Frauen (–5,4 Prozentpunkte), während die Anstiege bei den AHS/BHS-AbsolventInnen beide Geschlechter in etwa gleich stark betreffen (Männer +2,0 Prozentpunkte, Frauen +2,1 Prozentpunkte) wird.

Übersicht 4.2: Szenarien zum Bildungsstand der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) nach Bundesland und höchster abgeschlossener Ausbildung (Männer)

	2009	2015	2020	2025	2030
			Trendszenario		
			Wien		
Pflichtschule	21,8	22,1	22,7	22,8	23,2
Lehre	37,2	35,1	32,3	29,8	27,7
AHS/BHS	22,0	21,0	20,3	19,7	19,6
Universität	18,9	21,8	24,7	27,6	29,5
			Niederösterreich		
Pflichtschule	16,2	12,9	11,1	10,1	9,8
Lehre	60,1	60,9	60,7	59,5	57,6
AHS/BHS	15,3	16,9	17,7	19,0	20,3
Universität	8,5	9,3	10,5	11,4	12,3
			Burgenland		
Pflichtschule	16,5	12,3	10,5	9,4	8,8
Lehre	62,2	61,9	59,4	56,0	52,6
AHS/BHS	13,7	17,3	19,3	21,4	23,7
Universität	7,6	8,5	10,8	13,2	14,9
			Steiermark		
Pflichtschule	15,9	13,9	12,7	12,6	13,0
Lehre	60,2	58,7	57,0	54,4	50,9
AHS/BHS	14,4	14,4	14,8	15,4	16,3
Universität	9,6	12,9	15,4	17,6	19,8
			Kärnten		
Pflichtschule	15,8	11,3	9,7	9,1	9,0
Lehre	62,4	57,6	52,8	48,1	44,6
AHS/BHS	12,5	13,2	12,9	13,4	14,7
Universität	9,3	17,8	24,6	29,4	31,8
			Oberösterreich		
Pflichtschule	20,5	16,0	13,2	11,0	9,1
Lehre	59,6	61,6	61,9	60,9	60,2
AHS/BHS	10,8	11,9	12,1	12,6	13,6
Universität	9,0	10,5	12,8	15,5	17,1
			Salzburg		
Pflichtschule	17,4	16,6	15,6	14,9	14,6
Lehre	59,5	57,6	56,5	55,0	53,1
AHS/BHS	12,0	13,0	12,9	12,8	13,2
Universität	11,2	12,8	15,0	17,3	19,0
			Tirol		
Pflichtschule	20,5	15,4	12,6	10,6	9,3
Lehre	56,8	56,2	54,2	51,2	48,2
AHS/BHS	12,0	12,6	12,2	12,1	12,4
Universität	10,7	15,8	21,0	26,1	30,1
			Vorarlberg		
Pflichtschule	24,1	21,8	19,9	18,2	16,8
Lehre	54,6	52,2	49,5	46,8	44,3
AHS/BHS	10,4	11,3	11,5	12,4	13,8
Universität	10,9	14,7	19,1	22,5	25,1
			Österreich		
Pflichtschule	18,8	16,2	14,8	13,9	13,5
Lehre	55,0	54,3	52,7	50,4	48,1
AHS/BHS	14,8	15,4	15,6	16,0	16,8
Universität	11,3	14,1	17,0	19,7	21,6

Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 4.3: Szenarien zum Bildungsstand der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) nach Bundesland und höchster abgeschlossener Ausbildung (Frauen)

	2009	2015	2020	2025	2030
				Trendszenario	
				Wien	
Pflichtschule	25,5	23,9	22,3	20,9	19,6
Lehre	31,0	25,7	21,9	18,8	16,2
AHS/BHS	22,1	22,7	22,3	21,9	21,9
Universität	21,4	27,6	33,5	38,4	42,3
				Niederösterreich	
Pflichtschule	25,7	17,5	13,4	10,5	8,5
Lehre	46,8	51,1	52,8	53,7	53,3
AHS/BHS	16,2	18,3	18,5	18,6	19,3
Universität	11,3	13,1	15,3	17,2	18,8
				Burgenland	
Pflichtschule	30,1	21,4	16,0	12,4	10,0
Lehre	46,4	45,0	43,6	41,3	39,2
AHS/BHS	14,4	20,6	23,9	27,1	28,9
Universität	9,1	13,0	16,4	19,3	21,8
				Steiermark	
Pflichtschule	25,0	18,1	14,3	12,1	10,8
Lehre	50,1	50,0	48,4	45,8	43,0
AHS/BHS	14,8	14,7	14,1	13,6	13,6
Universität	10,0	17,2	23,2	28,6	32,6
				Kärnten	
Pflichtschule	20,7	14,3	11,0	9,3	8,2
Lehre	53,4	48,3	45,2	42,4	40,3
AHS/BHS	14,7	16,3	16,5	17,3	18,2
Universität	11,2	21,1	27,2	31,0	33,3
				Oberösterreich	
Pflichtschule	30,5	20,3	14,8	11,1	8,9
Lehre	46,6	50,3	49,8	48,2	46,1
AHS/BHS	13,6	13,6	14,1	14,7	15,8
Universität	9,3	15,8	21,3	26,0	29,2
				Salzburg	
Pflichtschule	23,0	18,6	15,5	13,3	12,1
Lehre	50,1	50,5	49,3	47,4	45,0
AHS/BHS	14,8	15,2	15,5	15,9	16,7
Universität	12,0	15,6	19,8	23,4	26,2
				Tirol	
Pflichtschule	28,4	21,0	16,9	14,0	12,3
Lehre	48,0	48,5	46,5	43,5	40,6
AHS/BHS	13,1	15,0	15,8	17,0	18,3
Universität	10,6	15,5	20,8	25,4	28,8
				Vorarlberg	
Pflichtschule	29,8	23,0	18,5	15,2	12,6
Lehre	47,4	48,7	46,6	45,2	44,5
AHS/BHS	12,7	10,6	10,3	10,1	10,3
Universität	10,0	17,7	24,6	29,6	32,6
				Österreich	
Pflichtschule	26,4	19,9	16,3	13,7	12,1
Lehre	44,7	44,7	43,2	41,3	39,3
AHS/BHS	16,1	17,1	17,3	17,5	18,2
Universität	12,8	18,3	23,3	27,4	30,4

Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen.

Auch diese geschlechtsspezifischen Trends unterscheiden sich dabei zwischen den Bundesländern. So werden in den Bundesländern Kärnten, Tirol und Vorarlberg, wo der AkademikerInnenanteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung besonders rasch zunimmt, die Anteile der

AkademikerInnen bei den Frauen im erwerbsfähigen Alter (mit Ausnahme Tirols, wo dieser Anteil bis 2030 um 18,2 Prozentpunkte steigen wird,) um mehr als 20 Prozentpunkte ansteigen. Allerdings wird in diesen Bundesländern auch der Anteil der Akademiker (mit einem Anstieg von zwischen 14,2 Prozentpunkten in Vorarlberg und 22,5% in Kärnten) deutlich rascher wachsen als im österreichischen Durchschnitt. Dieser Anstieg wird dabei bei den Frauen durch zweistellige Rückgänge im Anteil der Pflichtschulabsolventinnen und in Kärnten auch durch einen deutlichen Rückgang der Lehrabsolventinnen (um 13,1 Prozentpunkte) begleitet. Bei den Männern sind hingegen in Vorarlberg und vor allem in Kärnten bei den Lehrabsolventen stärkere Rückgänge als bei den Pflichtschulabsolventen zu erwarten.

Unter den Bundesländern mit einem steigenden oder zumindest stagnierenden Anteil der LehrabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (also Nieder- und Oberösterreich) zeigen sich hingegen gerade hier sehr unterschiedliche geschlechtsspezifische Entwicklungen. In Niederösterreich steigt der, laut Trendszenario prognostizierte Anteil der Lehrabsolventinnen an den erwerbsfähigen Frauen noch um 6,5 Prozentpunkte, was trotz eines überdurchschnittlich starken Rückgangs der PflichtschulabsolventInnen (um –17,2 Prozentpunkte) zu einem schwächeren Anstieg der Akademikerinnen führen wird. Bei den Männern sollte hingegen der Anteil der Lehrabsolventen sinken. In Oberösterreich wird der Lehranteil sowohl bei den Männern (+0,5 Prozentpunkte) als auch bei den Frauen (–0,6 Prozentpunkte) annähernd stagnieren.

In Salzburg und der Steiermark, die in ihrer Gesamtentwicklung am ehesten dem österreichischen Durchschnitt entsprechen, zeigen sich bei einer geschlechterspezifischen Betrachtung ebenfalls erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Insbesondere wird in der Steiermark nach dem Trendszenario der Wandel der Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Frauen deutlich rascher voran schreiten als bei den Männern, wobei hier ein leichter Rückgang bei den AHS/BHS-AbsolventInnen zu verzeichnen sein wird. In Salzburg sind die Geschlechterunterschiede im Wandel der Bildungsstruktur etwas geringer ausgeprägt. Hier steigt bei Fortschreibung der Trends der letzten 10 Jahre der Anteil der Akademikerinnen unter den Frauen im erwerbsfähigen Alter bis 2030 um 14,2 Prozentpunkte, während der Anteil der Pflichtschulabsolventinnen um 10,9 Prozentpunkte zurückgeht. Bei den Männern liegen die entsprechenden Anteilsverschiebungen bei +7,8 Prozentpunkten (Akademiker) und –2,8 Prozentpunkte (Pflichtschulabsolventen).

Ähnlich zeigen sich auch in Wien und dem Burgenland erhebliche Unterschiede in den geschlechtsspezifischen Anteilsverschiebungen der Bildungsstruktur. Im Burgenland geht der stark steigende Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen bei gleichzeitig stark fallendem Anteil der PflichtschulabsolventInnen zum überwiegenden Teil auf die sich stark ändernde Bildungsstruktur der Frauen zurück. Bei den Frauen wird sich bei Fortschreibung der Trends der letzten 10 Jahre der Anteil der Pflichtschulabsolventinnen bis ins Jahr 2030 um 20,1 Prozentpunkte verringern, während der Anteil der Akademikerinnen um 12,7 Prozentpunkte und der Anteil der AHS/BHS-Absolventinnen um 14,5 Prozentpunkte steigen wird. Bei den Männern werden die Anteilsverschiebungen deutlich geringer sein. Der Anteil der Pflichtschulabsolventen wird hier

um 7,7 Prozentpunkte zurückgehen, während jener der AHS/BHS-Absolventen um 10,0 Prozentpunkte und jener der Akademiker um 7,3 Prozentpunkte steigen wird.

In Wien zeigt sich letztlich, dass der nur moderate Rückgang beim Anteil der PflichtschulabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung vor allem durch einen Anstieg des Anteils bei den Männern (um 1,4 Prozentpunkte) bestimmt wird und auch der Rückgang bei den AHS/BHS-AbsolventInnen vor allem durch die Entwicklung bei den Männern (–1,2 Prozentpunkte) geprägt ist. Bei den Frauen wird der Anteil der PflichtschulabsolventInnen demgegenüber nach dem Trendszenario um 5,9 Prozentpunkte fallen und der Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen an den Frauen im erwerbsfähigen Alter in den nächsten 20 Jahren weitgehend stagnieren. Der nach wie vor starke Anstieg bei den AkademikerInnen wird hingegen vor allem durch einen Anstieg bei den Frauen um 20,4 Prozentpunkte bedingt, während er bei den Männern "nur" um 15,9 Prozentpunkte zunimmt.

4.3 Bildungsstruktur nach Altersgruppen

4.3.1 Ältere werden in Zukunft deutlich besser qualifiziert sein; der AkademikerInnenanteil steigt, aber vor allem aufgrund einer höheren Bildungsbeteiligung der Jungen

Abgesehen von diesen geschlechtsspezifischen Unterschieden ergeben sich auch deutliche altersgruppenspezifische Einflüsse auf die im Jahr 2030 zu erwartende Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung. So werden die Älteren (über 45-Jährigen) im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2030 deutlich besser qualifiziert sein als heute. Dies ergibt sich schon alleine aus einer Fortschreibung der Bildungsstruktur der Bevölkerung, die im Jahr 2030 der Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen angehören wird (Übersicht 4.4⁷⁾). Der augenfälligste Unterschied zwischen der Bildungsstruktur der gegenwärtig 45- bis 64-Jährigen und jenen des Jahres 2030 liegt dabei in dem deutlich höheren Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen, der bei den im Jahr 2030 45- bis 64-Jährigen um 11,7 Prozentpunkte höher liegt als heute. Der AkademikerInnenanteil ist in dieser Gruppe aber nur um 1,2 Prozentpunkte höher als heute, während der Anteil der Lehr- und PflichtschulabsolventInnen um 6,8 bzw. 6,2 Prozentpunkte geringer ist. Die älteren Arbeitskräfte des Jahres 2030 werden daher vor allem einen höheren Anteil der mittleren Ausbildungen mit Maturaniveau aufweisen als die Älteren heute.

⁷⁾ Im Unterschied zu den bisherigen Szenarien werden in Übersicht 4.4 die Anteile der in einem bestimmten Prognosejahr 45- bis 65-Jährigen anhand der entsprechenden Kohorte im Jahr 2009 fortgeschrieben. Diese Vorgehensweise ist zu bevorzugen, weil die im Jahr 2030 dieser Altersgruppe zugehörigen ihre Erstausbildung zum überwiegenden Teil heute bereits abgeschlossen haben.

Übersicht 4.4: Szenarien zum Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 45 bis 64 Jahren nach Bundesland und höchster abgeschlossener Ausbildung (Status-Quo-Szenario)

	2009	2015	2020	2025	2030
			Wien		
Pflichtschule	19,1	18,7	16,9	16,5	16,7
Lehre	40,6	38,2	37,7	34,9	31,1
AHS/BHS	18,0	19,4	20,0	22,1	30,0
Universität	22,3	23,7	25,3	26,4	22,2
			Niederösterreich		
Pflichtschule	16,5	13,1	11,2	10,7	10,1
Lehre	59,0	60,7	59,8	57,4	55,2
AHS/BHS	12,8	14,6	16,1	18,7	23,7
Universität	11,7	11,6	12,9	13,2	11,0
			Burgenland		
Pflichtschule	20,2	15,4	13,3	10,7	9,7
Lehre	61,5	62,9	61,2	59,4	56,4
AHS/BHS	9,5	12,8	15,0	18,1	23,7
Universität	8,7	8,9	10,5	11,8	10,2
			Steiermark		
Pflichtschule	16,0	13,7	12,5	10,3	9,9
Lehre	63,5	61,7	60,5	57,3	54,4
AHS/BHS	10,4	12,8	14,9	18,6	23,8
Universität	10,2	11,9	12,1	13,8	12,0
			Kärnten		
Pflichtschule	12,3	10,8	8,5	7,8	8,7
Lehre	66,7	64,5	62,0	59,9	57,1
AHS/BHS	9,9	13,2	15,3	17,4	21,8
Universität	11,0	11,5	14,1	14,8	12,4
			Oberösterreich		
Pflichtschule	22,6	19,2	16,4	13,6	11,8
Lehre	59,3	59,9	59,6	59,0	57,0
AHS/BHS	8,5	10,1	11,6	14,7	19,7
Universität	9,6	10,9	12,3	12,8	11,5
			Salzburg		
Pflichtschule	15,9	13,4	12,0	10,5	10,1
Lehre	61,3	60,2	60,6	58,7	56,2
AHS/BHS	9,5	11,4	12,4	15,3	21,4
Universität	13,3	15,0	14,9	15,5	12,3
			Tirol		
Pflichtschule	22,4	18,1	15,7	13,2	12,1
Lehre	58,6	59,4	58,2	57,0	54,4
AHS/BHS	9,3	10,7	12,0	14,4	19,3
Universität	9,7	11,8	14,1	15,5	14,2
			Vorarlberg		
Pflichtschule	21,0	19,6	17,8	17,5	17,8
Lehre	57,0	56,8	57,2	55,0	53,4
AHS/BHS	10,0	10,8	11,8	13,5	16,4
Universität	11,9	12,7	13,2	14,0	12,3
			Österreich		
Pflichtschule	18,4	16,0	14,1	12,7	12,2
Lehre	56,8	56,2	55,2	52,9	50,0
AHS/BHS	11,8	13,7	15,2	17,8	23,5
Universität	13,0	14,1	15,5	16,6	14,2

Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen.

Der Anteil der AkademikerInnen wird in den nächsten 20 Jahren hingegen vor allem aufgrund der nachkommenden jüngeren Kohorten (der 15- bis 29-Jährigen) steigen (Übersicht 4.5). Unter ihnen wird laut Trendszenario⁸⁾ der AkademikerInnenanteil im Jahr 2030 um 10,9 Prozentpunkte höher liegen als noch 2009, während der Anteil der PflichtschulabsolventInnen (um 4,8 Prozentpunkte), LehrabsolventInnen (5,9 Prozentpunkte) und auch der AHS/BHS-AbsolventInnen (um 0,3 Prozentpunkte) geringer sein sollte als unter den gegenwärtig 15- bis 29-Jährigen.

Auch hier bestehen allerdings zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Insbesondere zeigt sich hier, dass in den Bundesländern, in denen es nach dem Trendszenario bis ins Jahr 2030 zu einem besonders raschen Anstieg des AkademikerInnenanteils kommen wird (also Kärnten, Tirol und Vorarlberg), diese Entwicklung stark von den Jugendlichen getragen wird. Bei den unter 30-Jährigen im erwerbsfähigen Alter wird der AkademikerInnenanteil zwischen 19,6 Prozentpunkte (Kärnten) und 14,0 Prozentpunkte (Tirol) steigen, während dieser Anteil bei den über 45-Jährigen in diesen Bundesländern nur um zwischen 0,4 Prozentpunkte (Vorarlberg) und 4,5 Prozentpunkte (Tirol) steigen wird.

Bei den Älteren wird in diesen Bundesländern aber vor allem der Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen mit Zuwachsraten wachsen, die in etwa dem Bundesdurchschnitt entsprechen (und zwischen +6,4 Prozentpunkten in Vorarlberg und +11,9 Prozentpunkten in Kärnten) liegen. Deutliche Rückgänge im Anteil der PflichtschulabsolventInnen werden hier vor allem bei den Jüngeren und in Tirol (mit –10,3 Prozentpunkten) auch bei den Älteren verzeichnet.

Unter den Industriebundesländern, in denen der Lehranteil nicht sinken wird (Nieder- und Oberösterreich), ist diese Entwicklung vor allem auf einen steigenden bzw. stagnierenden Lehranteil unter den Jüngeren (bis 30-Jährigen) im erwerbsfähigen Alter zurückzuführen. In Oberösterreich wird der Anteil der LehrabsolventInnen in dieser Bevölkerungsgruppe noch um 6,2 Prozentpunkte steigen, während er in Niederösterreich (mit einem Rückgang von –0,4 Prozentpunkten) in etwa stagnieren wird. Vor allem in Oberösterreich geht dieser steigende Anteil der LehrabsolventInnen zu Lasten des AkademikerInnenanteils unter den Jüngeren (der nur um 1,2 Prozentpunkte zunehmen wird), während der AHS/BHS-Anteil unter den Jüngeren in diesem Bundesland stark (um +7,0 Prozentpunkte) steigen wird. In Niederösterreich wird es dagegen bei Fortschreibung der Bildungstrends der vergangenen 10 Jahre auch zu einem deutlichen Rückgang im Anteil der jüngeren PflichtschulabsolventInnen (um 7,3 Prozentpunkte) kommen. Dadurch wird der AkademikerInnenanteil unter den Jungen weiterhin deutlich (bis 2030 um 10,3 Prozentpunkte) zunehmen.

Bei den Älteren wird es in diesen beiden Bundesländern hingegen zu einem – im Österreichvergleich schwächeren – Rückgang des Anteils der LehrabsolventInnen (um –3,8 Prozentpunkten in Niederösterreich und –2,3 Prozentpunkten in Oberösterreich) kommen, während

⁸⁾ Im Unterschied zu den vorherigen Übersichten wird in Übersicht 4.5 nur die Trendprognose für die Bildungsstruktur der Jüngeren in den Prognosejahren dargestellt, da die Status-quo-Prognose – aufgrund der Annahme konstanter Bildungsanteile der nachrückenden Bevölkerungsgruppen – per Definition zu keinen Anteilsverschiebungen gegenüber dem Jahr 2009 führen würde.

der Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen mit etwas unter dem österreichischen Durchschnitt liegenden Raten (Niederösterreich +10,7 Prozentpunkte, Oberösterreich +11,2 Prozentpunkte) anwachsen wird.

In Salzburg und in der Steiermark werden bei den Jüngeren die Anteile der Lehrlinge bis in Jahr 2030 deutlich zurückgehen. In Salzburg sollte dieser Rückgang unter den Jüngeren nach dem Trendszenario im Jahr 2030 bei –16,1 Prozentpunkten liegen und in der Steiermark bei –19,8 Prozentpunkten. Demgegenüber wird in Salzburg bei den Jüngeren der Anteil aller Bildungsgruppen mit Ausnahme der Lehrlinge (also auch der PflichtschulabsolventInnen) an der erwerbsfähigen Bevölkerung leicht und bei den AkademikerInnen stark (um 12,9 Prozentpunkte) steigen. Die Steiermark wird nach dieser Prognose hingegen unter den Jungen den stärksten Anstieg bei dem AkademikerInnenanteil unter allen Bundesländern (um 20,5 Prozentpunkte) verzeichnen. Bei den Älteren wird sich hingegen die Bildungsstruktur sowohl in Salzburg als auch in der Steiermark weitgehend dem Bundestrend entsprechend entwickeln, starken Zunahmen im Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen (um 11,9 Prozentpunkte in Salzburg und 13,4 Prozentpunkte in der Steiermark) werden hier Rückgänge bei PflichtschulabsolventInnen und Lehrlingen gegenüberstehen. Als einzige vom Bundestrend abweichende Entwicklung ergibt sich hier ein leichter Rückgang des AkademikerInnenanteils unter den Älteren in Salzburg. Dieser läge im Jahr 2030 um 1,0 Prozentpunkte unter dem Niveau des Jahres 2009. Hier muss allerdings einschränkend festgestellt werden, dass diese Veränderungsrate über den Prognosezeitraum von mehr als 20 Jahren sicher zu gering ist um gesicherte Aussagen zuzulassen.

Für Wien zeigt sich, dass der Trend zu einem höheren Anteil der PflichtschulabsolventInnen vor allem auf die Bildungstrends der jüngeren erwerbsfähigen Bevölkerung zurückzuführen ist. Während nach den in Übersichten 4.4 und 4.5 gemeldeten Prognoseergebnissen der Anteil der PflichtschulabsolventInnen an den älteren Erwerbsfähigen bis 2030 um 2,4 Prozentpunkte abnehmen wird, zeigt sich bei den Jüngeren im selben Prognosezeitraum nach Trendszenario ein Anstieg um 0,3 Prozentpunkte. Der starke Rückgang des Anteils der LehrabsolventInnen in diesem Bundesland geht vor allem auf die älteren Arbeitskräfte zurück. Unter den 45- bis 64-Jährigen wird der Anteil der LehrabsolventInnen in Wien im Jahr 2030 um 9,5 Prozentpunkte niedriger liegen als noch heute. Bei den jüngeren (15- bis 29-jährigen) Erwerbsfähigen wird der Rückgang in diesem Zeitraum bei –2,7 Prozentpunkten liegen.

Übersicht 4.5: Szenarien zum Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 15 bis 29 Jahren nach Bundesland und höchster abgeschlossener Ausbildung (Trendszenario)

	2009	2015	2020	2025	2030
			Wien		
Pflichtschule	35,4	35,3	35,3	35,7	35,7
Lehre	20,5	21,4	19,9	18,6	17,8
AHS/BHS	32,1	28,6	27,3	26,7	26,3
Universität	12,0	14,7	17,5	19,0	20,2
			Niederösterreich		
Pflichtschule	37,0	32,9	30,7	29,8	29,7
Lehre	36,4	38,0	37,6	36,5	35,5
AHS/BHS	21,5	21,5	21,4	20,5	19,5
Universität	5,0	7,6	10,4	13,2	15,3
			Burgenland		
Pflichtschule	34,8	30,0	28,7	28,5	28,0
Lehre	38,4	37,0	34,2	31,1	28,3
AHS/BHS	21,6	26,3	27,7	28,1	28,3
Universität	5,2	6,6	9,4	12,3	15,5
			Steiermark		
Pflichtschule	32,2	32,4	32,5	34,3	35,9
Lehre	39,2	32,1	27,5	22,9	19,4
AHS/BHS	22,1	22,8	21,0	19,0	17,7
Universität	6,6	12,7	19,0	23,7	27,1
			Kärnten		
Pflichtschule	36,6	31,2	29,1	29,4	29,4
Lehre	39,5	36,2	34,1	31,5	30,0
AHS/BHS	19,3	20,7	18,9	17,3	16,4
Universität	4,6	11,9	18,0	21,7	24,2
			Oberösterreich		
Pflichtschule	35,6	30,0	26,5	24,3	21,8
Lehre	40,3	43,6	45,1	45,7	46,5
AHS/BHS	18,6	21,0	22,5	23,9	25,6
Universität	5,4	5,4	5,9	6,1	6,2
			Salzburg		
Pflichtschule	33,9	34,7	34,2	35,0	35,7
Lehre	40,8	35,0	31,9	28,2	24,7
AHS/BHS	20,2	21,7	21,8	21,6	21,6
Universität	5,1	8,6	12,1	15,2	18,0
			Tirol		
Pflichtschule	36,2	32,1	30,0	29,7	29,0
Lehre	38,9	35,5	32,9	29,3	25,8
AHS/BHS	18,6	23,4	24,2	24,5	24,9
Universität	6,3	9,0	12,8	16,5	20,3
			Vorarlberg		
Pflichtschule	38,6	35,0	31,2	28,5	25,8
Lehre	39,4	40,0	38,7	38,0	38,5
AHS/BHS	15,5	14,4	13,4	13,0	13,5
Universität	6,5	10,5	16,7	20,5	22,2
			Österreich		
Pflichtschule	35,5	32,8	31,3	31,0	30,7
Lehre	35,0	34,1	32,6	30,6	29,1
AHS/BHS	22,5	23,1	22,8	22,4	22,2
Universität	7,0	10,0	13,4	16,0	17,9

Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen.

Ähnlich ist auch im Burgenland der starke prognostizierte Anstieg des Anteils der AHS/BHS-AbsolventInnen vor allem auf die Änderungen bei den Älteren (45- bis 64-Jährigen) zurückzuführen. Unter den Personen in dieser Altersgruppe wird nach den vorliegenden Prognosen der Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen im Jahr 2030 um 14,2 Prozentpunkte über dem Niveau des Jahres 2009 liegen. Damit reflektiert dieser Anstieg eine bereits im letzten Jahrzehnt vollzogene deutliche Höherqualifizierung der burgenländischen Bevölkerung. Unter den jüngeren Erwerbsfähigen wird der Anteil der AkademikerInnen im Burgenland hingegen (mit +10,3%) ähnlich stark wachsen wie im österreichischen Durchschnitt und der Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen wird (mit +6,7 Prozentpunkten) zwar stärker wachsen als in Österreich, aber doch deutlich langsamer als bei den älteren Erwerbsfähigen.

5. Einflussfaktoren auf die Erwerbspersonenentwicklung

Die in den letzten Abschnitten dargestellten Prognosen zur Entwicklung der Erwerbspersonen in den nächsten 20 Jahren basieren durchwegs auf dem Hauptszenario der Bevölkerungsprognose, die ihrerseits wieder auf einer Fülle von Annahmen über natürliche Bevölkerungsbewegungen (Geburten und Sterbefälle), Wanderungsbewegungen (sowohl gegenüber dem Ausland und im Fall der Bundesländer auch der Binnenwanderung), und über die Erwerbsquoten basieren.

Alle diese Faktoren können von der Wirtschaftspolitik beeinflusst werden. So kann über die Familienpolitik die Geburtenzahl (zumindest teilweise) und über die Gesundheitspolitik die Zahl der Sterbefälle beeinflusst werden. Über die Migrationspolitik kann das Ausmaß und die Struktur der Zuwanderung aus dem Ausland beeinflusst werden, und die Integrationspolitik bestimmt die Erwerbsquote der MigrantInnen mit. Über die Standortpolitik kann es überdies gelingen, eine Region als Arbeits- und Wohnort attraktiver zu machen und damit (Binnen-) Abwanderung zu verhindern, und die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hat im Zusammenspiel mit vielen anderen Politikbereichen einen wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung der Erwerbsquote.

Gerade neuere Untersuchungen zur so genannten "demographischen Herausforderung" am Arbeitsmarkt (Biffi, 2006, Tichy, 2007, Wöss, 2007) betonen daher immer wieder, dass Bevölkerungsprognosen wirtschaftspolitisch weniger als gegebene Größen interpretiert werden sollten, sondern eher als Instrumente betrachtet werden sollten, die es ermöglichen festzustellen, in welchen Politikbereichen Anpassungen notwendig sind, um unerwünschte Auswirkungen der demographischen Entwicklung zu verhindern. Aus diesem Grund werden daher in diesem Abschnitt – im Sinne einer Sensitivitätsanalyse – die Auswirkungen einer Reihe von alternativen Varianten der Bevölkerungsprognose auf die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen untersucht, wobei insbesondere die Auswirkungen veränderter Annahmen über Fertilität und Lebenserwartung, Binnen- und Außenwanderung sowie über die Erwerbsquotenentwicklung untersucht werden.

5.1 Der Einfluss der Fertilität und Lebenserwartung ist eher gering

In Übersicht 5.1 werden zunächst die Auswirkungen unterschiedlicher Annahmen der Bevölkerungsprognose 2009 über die natürliche Bevölkerungsbewegung auf die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen in Österreich dargestellt. Insbesondere werden hier die Auswirkungen von drei von der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose abweichenden Szenarien dargestellt:

- In der ersten dieser Varianten (der so genannten hohen Fertilitätsvariante) wird dabei bis ins Jahr 2030 von einer Fertilitätsrate (Geburten pro Frau) von 1,49 (gegenüber 1,40 in der Hauptvariante) ausgegangen, während alle anderen Annahmen der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose nicht geändert werden.

Übersicht 5.1: Entwicklung der Erwerbspersonen und ihrer Struktur in Österreich und den Bundesländern bei verschiedenen Annahmen über die natürliche Bevölkerungsbewegung

	Wachstum der Erwerbspersonen insgesamt 2010=100	2020		Frauenanteil an den Erwerbspersonen In %	Wachstum der Erwerbspersonen insgesamt 2010=100	2030		Frauenanteil an den Erwerbspersonen In %
		Anteil der Erwerbspersonen im Alter von ... in %				Anteil der Erwerbspersonen im Alter von ... in %		
		45 und mehr Jahren	15-19 Jahren			45 und mehr Jahren	15-19 Jahren	
Fertilitätsvariante (hohe Fertilität, mittlere Lebenserwartung, Zuwanderung)								
Wien	106,7	37,4	2,9	47,6	108,9	37,5	3,1	48,9
Niederösterreich	104,6	41,8	3,7	45,0	105,0	41,3	3,9	46,6
Burgenland	101,6	43,0	3,2	43,8	100,3	43,2	3,4	45,4
Steiermark	100,8	40,0	3,7	43,9	98,1	40,6	3,9	45,4
Kärnten	99,0	41,6	3,6	43,8	94,6	41,7	3,7	45,2
Oberösterreich	101,9	39,7	4,2	43,9	99,6	39,9	4,2	45,2
Salzburg	101,3	40,2	4,0	44,5	98,7	40,6	4,0	45,2
Tirol	103,4	39,2	4,2	43,4	102,1	39,6	4,2	44,7
Vorarlberg	104,5	38,8	4,6	42,8	104,3	39,3	4,5	44,3
Österreich	103,3	39,8	3,7	44,9	102,4	39,9	3,8	46,3
Hohe Lebenserwartungsvariante (mittlere Fertilität, Zuwanderung)								
Wien	106,8	37,4	2,9	47,6	108,8	37,8	2,9	48,9
Niederösterreich	104,7	41,8	3,7	44,9	104,8	41,5	3,5	46,5
Burgenland	101,7	43,0	3,2	43,8	100,2	43,5	3,1	45,4
Steiermark	100,9	40,0	3,7	43,9	97,9	40,9	3,5	45,4
Kärnten	99,1	41,6	3,6	43,7	94,5	42,0	3,3	45,2
Oberösterreich	102,0	39,7	4,2	43,9	99,4	40,2	3,8	45,2
Salzburg	101,4	40,3	4,0	44,4	98,6	40,9	3,7	45,2
Tirol	103,5	39,2	4,2	43,4	101,9	39,9	3,8	44,7
Vorarlberg	104,6	38,8	4,6	42,8	104,1	39,6	4,1	44,3
Österreich	103,4	39,8	3,7	44,8	102,3	40,2	3,5	46,3
Niedrige Lebenserwartungsvariante (mittlere Fertilität, Zuwanderung)								
Wien	106,6	37,3	2,9	47,6	108,2	37,5	2,9	49,0
Niederösterreich	104,5	41,7	3,7	45,0	104,2	41,3	3,5	46,7
Burgenland	101,4	42,9	3,2	43,8	99,6	43,2	3,1	45,5
Steiermark	100,7	39,9	3,7	44,0	97,3	40,7	3,5	45,5
Kärnten	98,8	41,5	3,6	43,8	93,9	41,8	3,4	45,3
Oberösterreich	101,8	39,6	4,2	44,0	98,9	40,0	3,9	45,3
Salzburg	101,2	40,2	4,0	44,5	98,0	40,7	3,7	45,3
Tirol	103,2	39,1	4,2	43,5	101,4	39,7	3,9	44,8
Vorarlberg	104,4	38,8	4,6	42,8	103,5	39,4	4,1	44,4
Österreich	103,2	39,7	3,7	44,9	101,7	40,0	3,5	46,4

Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

- In der zweiten Variante (hohe Lebenserwartung) wird eine höhere Lebenserwartung der Bevölkerung als in der Hauptvariante unterstellt. Im Gegensatz zur Hauptvariante der Bevölkerungsprognose, in der die durchschnittliche Lebenserwartung bei 85,9 Jahren für

Männer und 89,5 Jahren für Frauen liegt, wird hier eine durchschnittliche Lebenserwartung von 88,7 Jahren für Männer und 91,6 Jahre für die Frauen unterstellt.

- In der letzten Variante (niedrige Lebenserwartung) wird von einer geringeren Lebenserwartung (von 82,5 Jahren bei den Männern und 86,8 Jahren bei den Frauen) als in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose ausgegangen.

Um den Einfluss dieser Änderungen auf die Prognose der Erwerbspersonen zu isolieren, wird in diesen Szenarien überdies unterstellt, dass die alters- und bundeslandspezifischen Erwerbsquoten der Männer und Frauen durch diese Veränderungen nicht beeinflusst werden.

Wie bereits von *Biffi* (2006) festgestellt, ist der Einfluss dieser geänderten Annahmen auf die zu erwartenden Änderungen in der Zahl und der Struktur der Erwerbspersonen im Jahr 2020 und 2030 gering. Dies gilt auch für die zu erwartende Zahl an Erwerbspersonen in den einzelnen Bundesländern: Wie auch in der Hauptvariante kommt es in allen in Übersicht 5.1 dargestellten Varianten bis ins Jahr 2030 zu einem Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen in Niederösterreich, Tirol, Vorarlberg und Wien, während es in Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark zu rückläufigen Erwerbspersonenzahlen kommt. Überdies betragen in diesen Szenarien die prozentuellen Abweichungen zur Hauptvariante der Bevölkerungsprognose – sowohl hinsichtlich der Veränderungen in der Zahl der Erwerbspersonen als auch ihrer Struktur – zumeist nur wenige Zehntel eines Prozentpunktes.

Einziges Ausnahmehierzu ist das Burgenland. Hier wird aus der Stagnation der Erwerbspersonen laut Hauptvariante der Bevölkerungsprognose im Fall einer höheren Fertilität oder einer höheren Lebenserwartung ein leichter Anstieg und im Fall einer geringeren Lebenserwartung ein leichter Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen. Allerdings betragen auch hier die Abweichungen in den Zuwachsraten durchwegs weniger als einen Prozentpunkt.

Insgesamt ist der Einfluss der natürlichen Bevölkerungsbewegung auf die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen und ihre Struktur – zumindest über einen Prognosezeitraum von 20 Jahren – somit eher gering. Die Ursache hierfür liegt zum einen darin, dass Änderungen in der Lebenserwartung – bei ansonsten gleichen Erwerbsquoten – vor allem einen starken Einfluss auf die Zahl der älteren in Österreich Wohnhaften haben, die zumeist nicht mehr erwerbstätig sind. Dementsprechend ändern unterschiedliche Annahmen über die Lebenserwartung zwar die Belastungsquote (siehe Teilbericht 1 dieses Forschungsprojektes) aber kaum die Erwerbspersonenprognose. Änderungen in der Fertilitätsrate wirken hingegen nur sehr langsam auf die Zahl der Erwerbspersonen, weil die Frauen, die im Jahr 2030 im gebärfähigen Alter sein werden, bereits geboren sind, und noch nicht geborene Kinder im Jahr 2030 erst maximal 20 Jahre alt sein werden, und daher selbst nur sehr wenige Kinder haben werden. Dementsprechend können Anstiege in der Geburtenrate nur auf lange Sicht einen signifikanten Einfluss auf die Zahl der Erwerbspersonen entwickeln.

5.2 Der Einfluss von Wanderungsbewegungen

5.2.1 Annahmen über die Außenwanderung haben einen erheblichen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung

Anderes gestaltet sich der Einfluss der Außenwanderung auf die voraussichtliche Zahl der Erwerbspersonen in Österreich. In Übersicht 5.2 werden hier ebenfalls drei verschiedene Szenarien zur Zuwanderung nach Österreich dargestellt:

- Im ersten (der so genannten hohen Wanderungsvariante) wird unterstellt, dass pro Jahr 125.000 Personen (anstatt wie in der Hauptvariante rund 110.000) nach Österreich zuwandern.
- Im zweiten (der so genannten niederen Wanderungsvariante) wird von einer Zuwanderung von längerfristig nur 95.000 Personen pro Jahr ausgegangen.

Die Abwanderung aus Österreich wird in dieser Variante ebenso wie in der ersten unverändert gelassen, sodass diese Änderungen in den Annahmen gleichzeitig die Nettozuwanderungsannahmen verändern. Die Wanderungsbilanz, in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose mit einigen Schwankungen für einzelne Jahre bei rund 30.000 Personen beträgt erhöht sich daher im ersten Szenario auf rund 45.000 Personen, während sie im zweiten Szenario bei 15.000 Personen liegt.

- Im letzten Szenario (der Hauptvariante ohne Wanderung) wird hingegen eine Wanderung von null Personen unterstellt.

Von diesen Varianten der Bevölkerungsprognose ist insbesondere die Hauptvariante ohne Wanderung von besonderem Interesse, da diese zum einen eine Abschätzung der Entwicklung der einheimischen Bevölkerung erlaubt, und zum anderen auch einen Hinweis auf die in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose unterstellte Entwicklung der Personen mit Migrationshintergrund in Österreich ermöglicht.

Würde ab dem Jahr 2009 keine Wanderung mehr stattfinden, würde die Zahl der Erwerbspersonen (bei gleicher Erwerbsquotenentwicklung) österreichweit bereits im Jahr 2020 um 2,9% unter dem heutigen Niveau liegen, im Jahr 2030 wären bereits um 11,6% weniger Erwerbspersonen vorhanden als heute.

Besonders ausgeprägt wäre der Rückgang in der Zahl der Erwerbspersonen dabei in Niederösterreich, der Steiermark, Wien und Kärnten. Insbesondere in der Ostregion Österreichs (Wien, Niederösterreich und dem Burgenland) geht ein Vielfaches (zwischen 17 Prozentpunkte und 21 Prozentpunkte) des in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose unterstellten Anstiegs in der Zahl der Erwerbspersonen auf die Zuwanderung zurück (siehe Abbildung 5.2). Dementsprechend ist in diesen Bundesländern bei Realisierung der Hauptvariante mit einem deutlichen Anstieg in der Zahl der Personen mit Migrationshintergrund zu rechnen. In Kärnten und der Steiermark ist der Beitrag der Zuwanderung (mit 6,9 und 10,8 Prozentpunkten) hingegen etwas geringer.

Übersicht 5.2: Entwicklung der Erwerbspersonen und ihrer Struktur in Österreich und den Bundesländern bei verschiedenen Annahmen über Wanderungsbewegungen

	2020			Frauen- anteil an den Erwerbs- personen In %	2030			Frauen- anteil an den Erwerbs- personen In %
	Wachstum der Erwerbs- personen insgesamt 2010=100	Anteil der Erwerbspersonen im Alter von ... in %			Wachstum der Erwerbs- personen insgesamt 2010=100	Anteil der Erwerbspersonen im Alter von ... in %		
		45 und mehr Jahren	15-19 Jahren			45 und mehr Jahren	15-19 Jahren	
Hohe Wanderungsvariante (mittlere Fertilität und Lebenserwartung)								
Wien	109,1	36,9	2,9	47,5	113,9	37,1	2,9	48,8
Niederösterreich	105,8	41,5	3,7	44,9	107,7	41,0	3,5	46,5
Burgenland	102,6	42,7	3,2	43,8	102,7	42,9	3,1	45,3
Steiermark	101,9	39,7	3,7	43,9	100,3	40,4	3,5	45,4
Kärnten	100,0	41,3	3,6	43,7	96,8	41,5	3,3	45,2
Oberösterreich	103,1	39,4	4,1	43,9	102,2	39,6	3,8	45,2
Salzburg	102,9	39,9	4,0	44,4	102,1	40,3	3,6	45,1
Tirol	105,0	38,8	4,1	43,4	105,6	39,3	3,8	44,6
Vorarlberg	106,2	38,5	4,6	42,7	107,8	39,0	4,1	44,2
Österreich	104,8	39,5	3,7	44,8	105,7	39,6	3,4	46,2
Niedrige Wanderungsvariante (mittlere Fertilität und Lebenserwartung)								
Wien	104,3	37,8	2,9	47,7	103,1	38,3	2,9	49,2
Niederösterreich	103,4	42,1	3,7	45,0	101,3	41,9	3,6	46,7
Burgenland	100,5	43,2	3,3	43,8	97,1	43,9	3,1	45,5
Steiermark	99,7	40,2	3,8	44,0	94,9	41,2	3,5	45,6
Kärnten	97,9	41,8	3,6	43,8	91,7	42,3	3,4	45,4
Oberösterreich	100,7	39,9	4,2	44,0	96,1	40,5	3,9	45,4
Salzburg	99,7	40,6	4,0	44,5	94,5	41,4	3,7	45,4
Tirol	101,7	39,5	4,2	43,5	97,8	40,3	3,9	44,9
Vorarlberg	102,8	39,1	4,6	42,9	99,8	40,0	4,2	44,5
Österreich	101,8	40,1	3,7	44,9	98,4	40,6	3,5	46,4
Variante ohne Wanderungen								
Wien	96,5	43,4	3,0	46,4	87,9	48,5	3,2	47,0
Niederösterreich	96,6	43,6	3,6	44,4	86,7	41,8	3,2	45,6
Burgenland	93,3	43,9	3,2	43,8	82,2	43,9	2,8	45,4
Steiermark	96,1	41,5	3,6	43,7	86,8	43,8	3,4	45,1
Kärnten	96,2	41,9	3,5	43,7	87,3	42,0	3,2	45,1
Oberösterreich	97,9	40,7	4,1	43,9	90,1	41,2	3,8	45,3
Salzburg	97,8	41,9	3,9	44,8	89,7	43,1	3,5	45,7
Tirol	99,3	41,4	4,0	43,5	91,8	43,3	3,7	44,9
Vorarlberg	100,9	40,7	4,4	42,8	95,2	41,8	3,9	44,5
Österreich	97,1	42,2	3,6	44,4	88,4	43,7	3,4	45,6

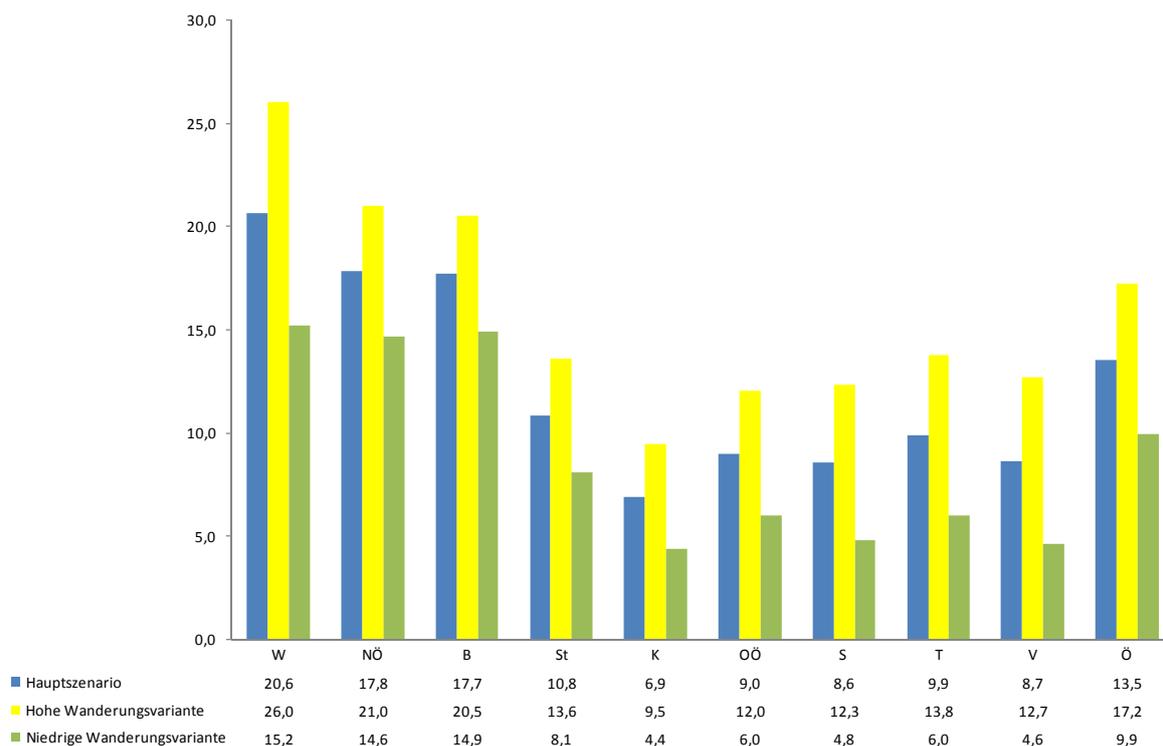
Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

Weniger stark ausgeprägt (mit durchwegs unter 10 Prozent) wäre in dieser Prognosevariante der Rückgang der Erwerbspersonen im Jahr 2030 in Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich. In diesen Bundesländern beträgt der Wachstumsbeitrag der Zuwanderung zur prognostizierten

Zahl der Erwerbspersonen in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose auch durchwegs unter 10 Prozentpunkte.

Abbildung 5.1: Beitrag der Zuwanderung zum Wachstum der Erwerbspersonen der Bundesländer

In Prozentpunkten



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009, Erwerbsquotenprognose laut Lebensunterhaltskonzept.

Deutlich höher als in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose wäre ohne Zuwanderung auch der Anteil der älteren (über 45-jährigen) Arbeitskräfte an den Erwerbspersonen. Er betrüge im Jahr 2030 österreichweit 43,7% (anstatt 40,1% in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose). Dieser Anstieg im Anteil der älteren Erwerbspersonen ist allerdings hauptsächlich auf Wien zurückzuführen. Hier würde der Anteil der älteren (über 45-jährigen) Erwerbspersonen in Wien ohne Zuwanderung auf über 48% steigen und läge damit um annähernd 10 Prozentpunkte über dem Wert der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose. In den meisten anderen Bundesländern würde, der Anteil der Älteren an der Bevölkerung weniger stark steigen. Nur in der Steiermark und Tirol gäbe es hier ohne Zuwanderung Abweichungen vom Hauptszenario von mehr als 3 Prozentpunkten.

Eher weniger stark beeinflusst wären von dieser Entwicklung hingegen der Anteil der weiblichen und der Anteil der jüngeren Arbeitskräfte. Ersterer läge ohne Zuwanderung nach Öster-

reich im Jahr 2030 bei 45,6% (gegenüber 46,3% in der Hauptvariante), letzterer bei 3,4% (gegenüber 3,5% in der Hauptvariante).

Verstärkte Zuwanderung erhöht daher vor allem die Zahl der Erwerbspersonen und verringert den Anteil der älteren Erwerbspersonen, während sie auf den Anteil der Jugendlichen an den Erwerbspersonen und auch den Frauenanteil nur relativ geringe Auswirkungen hat. Der Grund hierfür ist, dass das typische Wanderungsalter zwischen 25- und 35 Jahren liegt, und daher nur wenige Jugendliche, und überdies etwa gleich viele Frauen wie Männer zuwandern. Überdies führt eine höhere Zuwanderung auch – aufgrund der regional unterschiedlichen Attraktivität der Zuwanderung – zu größeren regionalen Unterschieden in der Entwicklung der Erwerbspersonen.

Dies wird auch durch die anderen Zuwanderungsvarianten der Bevölkerungsprognose bestätigt. So würde zum Beispiel im Fall der hohen Zuwanderungsvariante im Jahr 2030 die Zahl der Erwerbspersonen in Österreich um 5,7% höher sein als noch 2010. Dabei wird Wien einen Zuwachs der Zahl der Erwerbspersonen von 13,9% und einen Anstieg des Anteils der über 45-Jährigen an den Erwerbspersonen auf nur 37,1 zu erwarten haben, während in Kärnten – als einzigem Bundesland – mit einem Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen von 3,2% zu rechnen wäre. Ähnlich würden im Fall eines Eintreffens der niedrigen Wanderungsvariante nur Niederösterreich und Wien noch einen Anstieg in der Zahl der Erwerbspersonen verzeichnen, während der Rückgang der Erwerbspersonen in Kärnten bis ins Jahr 2030 rund 8,3% betragen würde.

5.2.2 Annahmen über die Binnenwanderung haben starke Auswirkungen auf einzelne Bundesländer

Abgesehen von der Zuwanderung aus dem Ausland ist auf Ebene der Bundesländer auch die Binnenwanderung eine wesentliche Komponente der Bevölkerungsentwicklung. Hierzu werden allerdings von Statistik Austria keine gesonderten Prognosevarianten angeboten, sodass der Einfluss dieser Wanderungsbewegungen auf die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen – aufgrund einer fehlenden Altersstruktur der wandernden Bevölkerung – nicht auf dem selben Detaillierungsgrad analysiert werden kann, wie jene der Außenwanderung. Allerdings zeigen die in Übersicht 5.3 dargestellten kumulierten Nettowanderungssalden der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose, dass der Einfluss dieser Komponente auf das Angebot an Arbeitskräften in Österreich durchaus erheblich sein kann.

Laut den in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose unterstellten Annahmen über die Binnenwanderung wird es in den Jahren bis 2030 vor allem im Burgenland und Niederösterreich zu einer Zuwanderung aus anderen Bundesländern Österreichs kommen, die in ihrem Ausmaß sogar die Zuwanderung aus dem Ausland übersteigt und insgesamt 9,6% beziehungsweise 8,7% der Bevölkerung im Jahr 2010 beträgt. In diesen Bundesländern haben daher die Annahmen über die Binnenwanderung eine ähnlich große Auswirkung auf die Zahl der Erwerbspersonen wie die Annahmen über die Binnenwanderung.

Übersicht 5.3: Außen- und Binnenwanderungssaldo

	Außenwanderungssaldo			Binnenwanderungssaldo		
	2008-2019	2020-2029	Insgesamt	2008-2019	2020-2029	Insgesamt
Wien	143.597	99.438	243.035	– 41.191	– 55.567	– 96.758
Niederösterreich	57.535	42.241	99.776	+ 72.005	+ 68.028	+ 140.033
Burgenland	10.827	7.990	18.817	+ 13.863	+ 13.516	+ 27.379
Steiermark	41.045	32.886	73.931	+ 3.858	+ 5.560	+ 9.418
Kärnten	17.637	13.552	31.189	– 7.137	– 2.395	– 9.532
Oberösterreich	67.622	53.115	120.737	– 25.619	– 17.320	– 42.939
Salzburg	18.438	13.974	32.412	– 7.885	– 5.513	– 13.398
Tirol	24.008	16.856	40.864	– 4.084	– 3.220	– 7.304
Vorarlberg	12.994	9.102	22.096	– 3.810	– 3.089	– 6.899
	in % der Bevölkerung im Ausgangsjahr					
Wien	8,4	5,5	14,3	–2,4	–3,1	–5,7
Niederösterreich	3,6	2,5	6,2	+4,5	+4,0	+8,7
Burgenland	3,8	2,7	6,6	+4,9	+4,6	+9,6
Steiermark	3,4	2,7	6,1	+0,3	+0,5	+0,8
Kärnten	3,1	2,4	5,6	–1,3	–0,4	–1,7
Oberösterreich	4,8	3,6	8,5	–1,8	–1,2	–3,0
Salzburg	3,5	2,5	6,1	–1,5	–1,0	–2,5
Tirol	3,4	2,3	5,8	–0,6	–0,4	–1,0
Vorarlberg	3,5	2,3	6,0	–1,0	–0,8	–1,9

Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009.

Das einzige weitere Bundesland, in welchem es zu einer Nettozuwanderung aus anderen Bundesländern kommen wird, ist die Steiermark. Hier ist die Zuwanderung aus anderen Bundesländern aber deutlich geringer und beträgt bis 2030 kumuliert nur rund 0,8% der Bevölkerung des Jahres 2010. Sie ist daher von geringerer Bedeutung.

In allen anderen Bundesländern wird es hingegen nach der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose bis 2030 zu einer Abwanderung der Bevölkerung in andere Bundesländer Österreichs kommen, wobei insbesondere Wien (–5,7%) und Oberösterreich (–3,0%) Bevölkerung verlieren werden. Auch in diesen Bundesländern sind daher die Annahmen über die Binnenwanderung für die Entwicklung der Erwerbspersonen besonders bedeutsam. Von etwas geringerer Bedeutung ist die Binnenwanderung in der Bevölkerungsentwicklung der anderen Bundesländer (Salzburg, Vorarlberg, Kärnten und Tirol), die jeweils zwischen 2,5% und 1,0% der Bevölkerung verlieren werden.

5.3 Der Einfluss der Annahmen über die Erwerbsquotenentwicklung ist erheblich

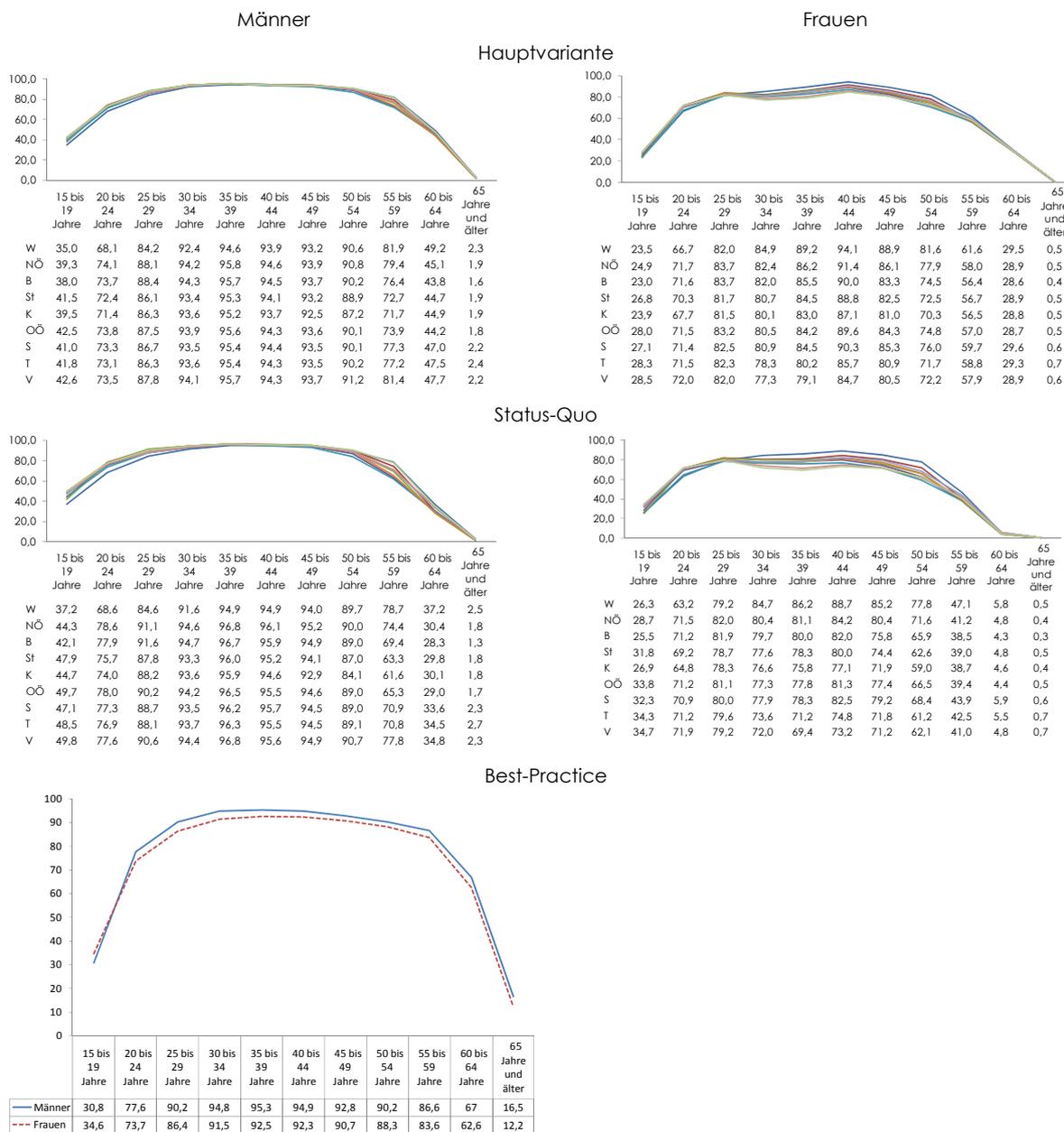
Abgesehen von natürlichen Bevölkerungsbewegungen und Wanderungsbewegungen auch die Entwicklung der Erwerbsquoten einen wesentlichen Einfluss auf die Zahl der Erwerbspersonen in Österreich. Um diesen Einfluss zu analysieren, wurden zwei Alternativvarianten der Prognose berechnet:

- In der ersten dieser Varianten (der Status-Quo-Variante) wurde angenommen, dass sich die bundesländer-, geschlechts- und altersgruppenspezifischen Erwerbsquoten bis ins Jahr 2030 nicht ändern werden.
- In der zweiten (der Best-Practice-Variante) wurde hingegen unterstellt, dass sich die alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten aller Bundesländer bis 2030 linear an die höchsten alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten unter den Ländern der EU 27 (also jene Schwedens) anpassen.

In Abbildung 5.2 sind dabei die unterschiedlichen Erwerbsquotenverläufe nach Alter und Geschlecht in beiden Prognosevarianten dargestellt. Hier zeigt sich, dass bereits die Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von deutlichen Änderungen in den Erwerbsquoten der Männer und Frauen in Österreich ausgeht. Dabei wird unterstellt, dass sowohl bei Frauen als auch bei Männern – aufgrund des Trends zur Wahl höherer Ausbildungsformen – die Erwerbsquote der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren deutlich (um –5,5 Prozentpunkte bei den Männern und –4,5 Prozentpunkte bei den Frauen) sinken wird. Im Unterschied zu den Männern wird sich die Erwerbsquote der Frauen allerdings für die Altersgruppen der über 20-Jährigen aufgrund der steigenden Frauenerwerbstätigkeit bis 2030 erhöhen, wobei bei den Frauen im Haupterwerbalters (30 bis 44 Jahre) Zuwächse von durchwegs mehr als 5 Prozentpunkten unterstellt werden. Bei den Männern wird hingegen die Erwerbsquote bei den 20- bis 29-Jährigen (um zwischen 3 und 2 Prozentpunkte) ebenfalls deutlich sinken und im Haupterwerbalters (30 bis 50 Jahre) leicht zurückgehen (um zumeist weniger als einen Prozentpunkt). Durchgängig höher als im Jahr 2010 sind hingegen in der Hauptvariante die Erwerbsquoten im Alter von über 45 Jahren. Hier werden bei den 60- bis 64-jährigen Männern österreichweit Zuwächse von 14 Prozentpunkten und bei den 60- bis 64-jährigen Frauen von 24 Prozentpunkten erwartet.

Die Ergebnisse der Hauptvariante und der Status-Quo-Variante unterscheiden sich dabei auch unter den Bundesländern recht erheblich. Die stärksten Rückgänge in der Erwerbsquote der Jugendlichen werden die Industriebundesländer Oberösterreich (Männer –7,2, Frauen –5,8 Prozentpunkte) und Vorarlberg (Männer –7,2%, Frauen –6,2%) verzeichnen, die geringsten wären hingegen in Wien (Männer –2,2%, Frauen –2,8%) zu erwarten. Bei der Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen sind hingegen bei den Männern die stärksten Anstiege im Burgenland (+15,5 Prozentpunkte) und die geringsten in Wien (+11,9 Prozentpunkte) zu erwarten, während sich die Anstiege bei den Frauen dieser Altersgruppen relativ gleichförmig auf die Bundesländer aufteilen.

Abbildung 5.2: Erwerbsquoten 2030 nach Alter, Geschlecht und Bundesländern



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO-Berechnungen. – Grundlage: Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2009,

Im Best-Practice-Szenario werden hingegen die Erwerbsquoten aller Altersgruppen in jedem Bundesland auf das Niveau Schwedens angehoben. Im Vergleich zum Status-Quo-Szenario wäre hier bei den Männern der Rückgang in der Erwerbsquote der Jugendlichen noch stärker als in der Hauptvariante und betrüge bei den 15- bis 19-Jährigen 11,3 Prozentpunkte im Burgenland und 19 Prozentpunkte in Vorarlberg. Bei den Männern im Alter von 60 bis 64 Jah-

bis dahin in Wien, Niederösterreich und Vorarlberg noch positiv wären) würde die Phase rückläufiger Erwerbspersonenzahlen in diesem Szenario deutlich dramatischer verlaufen als im Hauptszenario. Die Zahl der Erwerbspersonen würde in allen Bundesländern mit Ausnahme Wiens im Jahr 2030 deutlich unter dem Niveau des Jahres 2010 liegen und auch die prozentuellen Rückgänge wären mit zwischen $-1,4\%$ (Niederösterreich) und $-13,7\%$ (Kärnten) wesentlich stärker als im Hauptszenario.

Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Struktur der Erwerbspersonen wäre allerdings etwas geringer als in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose, da sich der Anteil der älteren Erwerbspersonen in diesem Szenario durchwegs weniger stark erhöhen würde als im Hauptszenario, und auch die Reduktion des Anteils jugendlicher Erwerbspersonen sowie die Erhöhung des Frauenanteils an den Erwerbspersonen hier in allen Bundesländern niedriger ausfallen würde als im Hauptszenario. Die Ursache hierfür ist, dass im Hauptszenario die unterstellten Entwicklungen bei den Erwerbsquoten (hin zu höheren Erwerbsquoten bei Frauen und Älteren und zu geringeren Erwerbsquoten bei den Jüngeren) die Auswirkungen des demographischen Strukturwandels noch verstärken, was bei konstanten Erwerbsquoten nicht der Fall ist.

Im Fall des Best-practice-Szenarios würde hingegen die Zahl der Erwerbspersonen sowohl bis ins Jahr 2020 als auch danach noch wesentlich stärker steigen. Österreichweit läge die Zahl der Erwerbspersonen im Jahr 2030 um $19,4\%$ über dem Niveau des Jahres 2010, und selbst in Kärnten wäre sie immer noch um $15,3\%$ höher, während sie in Wien sogar über $23,4\%$ höher läge. Damit ist eine Erhöhung der Erwerbsquote eindeutig die wirksamste Maßnahme, um ein Sinken der Zahl der Erwerbspersonen zu verhindern. Insgesamt zeigt sich dabei, dass durch eine entsprechende Erhöhung der Erwerbsquoten auf Niveaus, die zumindest in Schweden schon heute erreicht werden, selbst in den von der demographischen Entwicklung am stärksten betroffenen Bundesländern ein Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen verhindert werden kann.

Allerdings erhöht sich in diesem Szenario (aufgrund der unterstellten stärkeren Verschiebung der Erwerbsquoten) auch der Strukturwandel innerhalb der Erwerbspersonen. Österreichweit wären in diesem Fall im Jahr 2030 bereits $46,8\%$ der Erwerbspersonen über 45 Jahre alt (im Burgenland sogar mehr als 50%) und nur mehr $2,9\%$ der Erwerbstätigen wären in diesem Fall (zwischen 15 und 19 Jahre alt). Der Frauenanteil an den Erwerbspersonen würde hier hingegen österreichweit bei $49,2\%$ und in Wien bereits bei über 50% liegen.

5.4 Zusammenfassung

Die Ergebnisse dieses Kapitels zeigen somit, dass der Einfluss der natürlichen Bevölkerungsbe-
wegung auf die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen und ihre Struktur – zumindest über
einen Prognosezeitraum von 20 Jahren – eher gering ist. Dementsprechend haben Maßnah-
men zur Steigerung der Geburtenrate und auch der Lebenserwartung nur einen geringen
Einfluss auf die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen in Zukunft. Die Ursache hierfür liegt
zum einen darin, dass Änderungen in der Lebenserwartung – bei ansonsten gleichen

Erwerbsquoten – vor allem einen starken Einfluss auf die Zahl der älteren in Österreich Wohnhaften haben, die zumeist nicht mehr erwerbstätig sind. Änderungen in der Fertilitätsrate wirken hingegen nur sehr langsam auf die Zahl der Erwerbspersonen, weil die Frauen, die im Jahr 2030 im gebärfähigen Alter sein werden, bereits geboren sind, und noch nicht geborene Kinder im Jahr 2030 erst maximal 20 Jahre alt sein werden, und daher selbst nur sehr wenige Kinder haben werden. Dementsprechend kann ein Anstieg der Geburtenrate nur auf lange Sicht einen signifikanten Einfluss auf die Zahl der Erwerbspersonen entwickeln.

Einen deutlich stärkeren Einfluss haben hingegen die Annahmen über Wanderungsbewegungen und Erwerbsquoten. Würde zum Beispiel ab dem Jahr 2009 keine Netto-Zuwanderung nach Österreich mehr stattfinden, würde die Zahl der Erwerbspersonen (bei gleicher Erwerbsquotenentwicklung) im Jahr 2020 bereits um 2,9% unter dem heutigen Niveau liegen, und im Jahr 2030 wären bereits um 11,6% weniger Erwerbspersonen vorhanden als heute. Daher wäre dieser Rückgang in Niederösterreich, der Steiermark, Wien und Kärnten besonders ausgeprägt.

Ähnlich würde im Fall, dass die Erwerbsquoten in Österreich – insbesondere jene der Frauen und der Älteren – bis ins Jahr 2030 auf das Niveau Schwedens steigen, die Zahl der Erwerbspersonen sowohl bis ins Jahr 2020 als auch danach noch deutlich steigen. Österreichweit läge die Zahl der Erwerbspersonen im Jahr 2030 um 19,4% über dem Niveau des Jahres 2010, und selbst in Kärnten wäre sie immer noch um 15,3% höher, während sie in Wien sogar um 23,4% höher läge. Insgesamt sind eine Erhöhung der Erwerbsquote und stärkere Zuwanderung daher zumindest mittelfristig eindeutig die wirksamsten Maßnahmen, um ein Sinken der Zahl der Erwerbspersonen zu verhindern.

6. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten

6.1 Hauptergebnisse des Teilberichts

Ziel dieses Teilberichts war es, die regional unterschiedlichen Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Zahl der Erwerbspersonen auf Ebene der österreichischen Bundesländer und Bezirkstypen zu untersuchen. Als erstes Resultat zeigt sich dabei, dass die Zahl der Erwerbspersonen in Österreich im nächsten Jahrzehnt auf Basis des Hauptszenarios der Bevölkerungsprognose eher steigen denn fallen wird, auch im Jahr 2030 wird sich – trotz rückläufiger Entwicklung der erwerbsfähigen Kohorten – nicht unter dem Niveau des Jahres 2010 liegen. Der Grund hierfür ist, dass der Rückgang in der erwerbsfähigen Bevölkerung durch den erwarteten Anstieg der Erwerbsquote (insbesondere bei Frauen und Älteren) kompensiert wird. Als zweites Resultat zeigt sich aber auch eine deutliche regionale Differenzierung in der für die nächsten beiden Jahrzehnte zu erwartenden Entwicklung. Auf Ebene der Bundesländer lassen sich dabei vier Gruppen feststellen:

1. In Wien wird die Zahl der Erwerbspersonen deutlich steigen, wobei es hier auch nach 2020 noch zu einem weiteren Anstieg der Erwerbspersonen kommen sollte.
2. In Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 noch steigen und danach zurückgehen. Dieser Rückgang wird aber moderat sein, sodass den Arbeitsmärkten dieser Bundesländer auch im Jahr 2030 noch mehr Erwerbspersonen zur Verfügung stehen sollten als noch 2010.
3. In den Bundesländern Salzburg, Oberösterreich, Steiermark und Burgenland wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 ebenfalls steigen. Der danach folgende Rückgang ist hier aber etwas stärker ausgeprägt, sodass die Zahl der Erwerbspersonen in diesen Bundesländern im Jahr 2030 leicht unter oder am Niveau des Jahres 2010 liegen wird.
4. In Kärnten wird es schlussendlich bereits bis 2020 zu einem Rückgang der dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehenden Erwerbspersonen kommen. Im Jahr 2030 dürfte die Zahl der Erwerbspersonen in diesem Bundesland deutlich unter dem gegenwärtigen Niveau liegen.

Auf kleinräumiger Ebene zeigen sich noch deutlichere Differenzierungen, die eng mit dem Urbanisierungsgrad zusammenhängen. So wird es in den städtischen Regionen und ihrem Umland (unabhängig davon, ob es sich um Wien, andere Großstädte oder Mittelstädte handelt) bis 2030 zu einer Zunahme der Erwerbspersonen kommen. In allen anderen Bezirkstypen wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 hingegen in etwa stagnieren und danach zurückgehen, wobei diese Rückgänge in den touristischen Randgebieten am größten sein werden.

6.1.1 Verschiebungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebotes

Die für die Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten 20 Jahren relevanten demographischen Entwicklungen werden aber weniger in einer Abnahme der Zahl der Erwerbspersonen bestehen als vielmehr in einer Verschiebung ihrer Struktur in Richtung der Älteren, der Personen mit Migrationshintergrund und der Frauen:

- So dürfte österreichweit die Zahl der älteren Erwerbspersonen (im Alter von 45 Jahren und mehr) im Jahr 2020 um 15% über dem Wert des Jahres 2010 liegen, wobei dieses Wachstum in Vorarlberg, Tirol und Niederösterreich über dem Durchschnitt, in Kärnten sowie im Burgenland unter dem Durchschnitt liegen dürfte. Danach (bis ins Jahr 2030) dürfte allerdings auch die Zahl der älteren Erwerbspersonen in allen Bundesländern, mit Ausnahme Vorarlbergs und Wiens wieder fallen. Auf Ebene der Bezirkstypen dürfte die Zahl der älteren Erwerbspersonen in den städtischen Regionen (Metropole Wien, Großstädte, Mittelstädte) und ihrem Umland bis 2030 steigen, während in allen anderen Bezirkstypen ab 2020 mit einem Rückgang zu rechnen ist. Insgesamt wäre aber die Zahl der älteren Erwerbspersonen im Jahr 2030, je nach Bezirkstyp immer noch zwischen 12,3% (industrialisierte Randgebiete) und 24,6% (Mittelstädte) höher als im Jahr 2010.
- Dramatischer dürften die Rückgänge bei den jugendlichen Erwerbspersonen sein. Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsprognose werden dem österreichischen Arbeitsmarkt im Jahr 2030 um 23,7% weniger Erwerbspersonen der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen zur Verfügung stehen als noch 2010, wobei dieser Rückgang in einigen Bundesländern – wie z. B. Kärnten oder Oberösterreich – bis zu 30% betragen dürfte. Wien wäre danach der einzige Bezirkstyp, in dem der Rückgang der Zahl der jungen Erwerbspersonen nur moderat wäre. Im Jahr 2030 dürften hier nur um 1,8% weniger Erwerbspersonen im Alter von unter 20 Jahren wohnen als noch 2010. In den anderen städtischen Regionen, inklusive des Umlandes, werden diese Rückgänge hingegen bei rund 20% liegen, und in den anderen Bezirkstypen ist mit Rückgängen von über 30% bis zu 35% zu rechnen. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht bedeutet dies somit, dass Arbeitskräfteknappheiten in Zukunft am ehesten bei jungen Arbeitskräftekräften und hier insbesondere bei Lehrlingen in den Rand- und Tourismusgebieten entstehen könnten.
- Daneben würde sich nach diesen Prognosen – aufgrund des sich fortsetzenden Trends zu einer höheren Frauenerwerbstätigkeit – der Frauenanteil an den Erwerbspersonen auf über 46% erhöhen. Der mit Abstand schwächste Anstieg wird hier in Salzburg (+0,7 Prozentpunkte) erreicht, dahinter folgen Tirol (+2,0 Prozentpunkte) und Oberösterreich (+2,1 Prozentpunkte). In allen anderen Bundesländern wird dieser Anstieg überdurchschnittlich sein, am höchsten im Burgenland und in Niederösterreich (mit jeweils +2,5 Prozentpunkten). Eine Konsequenz dieser Anteilsverschiebung ist, dass die Zahl der männlichen Erwerbspersonen in allen Bundesländern Österreichs mit Ausnahme Wiens bis zum Jahr 2030 sinken würde, während die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen in allen Bundesländern außer Salzburg und Kärnten zunimmt.
- Schlussendlich sollte sich auch der AusländerInnenanteil an den Erwerbstätigen bis 2030 deutlich erhöhen. Würde ab dem Jahr 2009 keine Netto-Zuwanderung nach Österreich mehr stattfinden, würde die Zahl der Erwerbspersonen (bei gleicher Erwerbsquotenentwicklung) im Jahr 2020 bereits um 2,9% unter dem heutigen Niveau liegen und im Jahr 2030 wären bereits um 11,6% weniger Erwerbspersonen vorhanden als heute. Insbesondere in der Ostregion (Wien, Niederösterreich und dem Burgenland) gehen zwischen 17

und 21 Prozentpunkte des in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose unterstellten Anstiegs in der Zahl der Erwerbspersonen auf die Zuwanderung zurück. Dementsprechend ist gerade in diesen Bundesländern mit einem deutlichen Anstieg in der Zahl der Personen mit Migrationshintergrund zu rechnen. In Kärnten und der Steiermark wäre der Beitrag der Zuwanderung (mit 6,9 und 10,8 Prozentpunkten) hingegen etwas geringer. In Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich beträgt der Wachstumsbeitrag der Zuwanderung zur prognostizierten Zahl der Erwerbspersonen in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose durchwegs unter 10 Prozentpunkte.

6.1.2 *Auswirkungen der Strukturverschiebungen auf Arbeitslosigkeit und Beschäftigung*

Die Auswirkungen dieser Strukturverschiebungen auf die Arbeitslosigkeit und Beschäftigung könnten (bei annähernd gleichbleibender Zahl der Erwerbspersonen) zu einer leichten Verringerung der Arbeitslosenquote beitragen. Es zeigt sich, dass in der Vergangenheit nur der Anteil der jungen Arbeitskräfte einen robust signifikant positiven Einfluss auf die Arbeitslosenquote hatte. Am ehesten wäre bei Fortschreibung der gegenwärtigen Entwicklungen aufgrund der Änderung der demographischen Struktur mit einer leichten Verringerung der Arbeitslosenquote (von 0,1 bis 0,3 Prozentpunkten) zu rechnen.

Insgesamt reagieren die regionalen Arbeitsmärkte Österreichs aber auf eine Änderung der Struktur des Arbeitskräfteangebotes in Richtung der Älteren, Frauen und AusländerInnen vor allem durch eine (schwache) Steigerung der Beschäftigungsquote, während die Arbeitslosenquote von Änderungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebotes, wohl aufgrund endogener Reaktionen der Arbeitsmarktpolitik, kaum berührt wird. Auch der Einfluss auf die Beschäftigungsquote ist quantitativ allerdings nur gering: Eine Erhöhung des Anteils der Jugendlichen und auch der Älteren am Arbeitskräfteangebot um 1% führt nach unseren Ergebnissen bestenfalls zu einer Steigerung der Beschäftigungsquote um 0,1%.

Etwas deutlicher wären hingegen die Auswirkungen der Verschiebung der Struktur der Erwerbspersonen auf die Struktur der Arbeitslosigkeit und die numerische Flexibilität. Die Ergebnisse einer Regressionsanalyse zeigen, dass ein steigender Anteil der jüngeren Arbeitskräfte an den Erwerbstätigen vor allem zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquote der Personen im Alter von 15 bis 44 Jahren – also der Jungen und der Personen im Haupterwerbsalter – führt. Ein steigender Anteil der Älteren an den Erwerbspersonen korreliert hingegen signifikant negativ mit der Arbeitslosigkeit der Jüngeren, hat aber ansonsten keinen Einfluss auf die Struktur der Arbeitslosigkeit. Überdies erhöht ein Anstieg des Anteils der Jüngeren am Arbeitskräfteangebot um 1% die gesamtwirtschaftliche Zugangsrate in die Beschäftigung um 0,3%, und ein Anstieg der Älteren um 1% erhöht die Abgangsrate aus der Beschäftigung um 0,05%. Ein Anstieg des Anteils der Jüngeren am Arbeitskräfteangebot erhöht zudem die geographische Mobilität (um etwa 0,3% bei den Wegzügen aus einer Region und um 0,2% gemessen an den Zuzügen in eine Region). Die sektoralen Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung dürften

hingegen – zumindest aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit – eher vernachlässigbar sein.

6.1.3 *Änderungen der Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung*

Nicht zuletzt werden die demographischen Entwicklungen der nächsten 20 Jahre – im Zusammenspiel mit dem schon seit mehreren Jahrzehnten bestehenden Trend zu einer stärkeren Bildungsbeteiligung der Bevölkerung – auch erhebliche Auswirkungen auf die Humankapitalbasis der in Österreich wohnhaften Bevölkerung haben, wobei die Tendenz eindeutig in Richtung einer Höherqualifizierung gehen wird. Wenn sich die gegenwärtigen Trends der steigenden Qualifizierungsbeteiligung in den nächsten 20 Jahren fortsetzen, würde sich der Anteil der HochschulabsolventInnen in Österreich im Jahr 2030 auf 26,0% (oder um annähernd 14 Prozentpunkte) erhöhen und jener der AHS/BHS-AbsolventInnen läge mit 17,5% um immerhin 2 Prozentpunkte über dem gegenwärtigen Wert. Dagegen würde in diesem Szenario vor allem der Anteil der Pflichtschul- und LehrabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung zurückgehen. Ersterer läge im Jahr 2030 bei 12,8% (um 9,8 Prozentpunkte niedriger als 2009), Letzterer bei 43,1% (um 6,2 Prozentpunkte niedriger als 2009). Auch hier lassen sich einige Unterschiede zwischen den Bundesländern festmachen:

- So käme es bei Fortschreibung der Trends der letzten 10 Jahre vor allem in Tirol, Vorarlberg und Kärnten zu einem deutlichen Anstieg des Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit Universitätsabschluss. In Tirol und Vorarlberg würde diese Entwicklung vor allem zu Lasten des Anteils der PflichtschulabsolventInnen gehen, während der Rückgang bei den LehrabsolventInnen in beiden Bundesländern nur etwas über dem Durchschnitt und der Anstieg bei den AHS/BHS-AbsolventInnen in Vorarlberg sogar deutlich unter dem Bundes-trend liegen würde. In Kärnten würde hingegen vor allem der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung mit Lehrabschluss sinken. Der Anteil der LehrabsolventInnen an der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung, der im Jahr 2009 in diesem Bundesland noch der höchste unter allen Bundesländern war, würde in diesem Fall 2030 bereits unter dem österreichischen Durchschnitt liegen.
- In Oberösterreich und Niederösterreich würde – im Gegensatz zur Entwicklung im übrigen Österreich – der Anteil der Personen mit einer abgeschlossenen Lehrausbildung nicht schrumpfen. In Oberösterreich würde dieser Anteil in den nächsten 20 Jahren stagnieren und in Niederösterreich sogar leicht zulegen. Allerdings käme es in diesen Bundesländern zu einem überdurchschnittlich starken Rückgang des Anteils der PflichtschulabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung.
- In Salzburg käme es demgegenüber zu deutlich schwächeren Verschiebungen der diversen Bildungsanteile als im übrigen Österreich. Hier wären vor allem der Rückgang bei den PflichtschulabsolventInnen und auch der Anstieg des AkademikerInnenanteils schwächer als in Österreich. Dies ist auf den bereits gegenwärtig (im Jahr 2009) niedrigsten Anteil der PflichtschulabsolventInnen und den hohen Anteil an AkademikerInnen (nach Wien der zweithöchste unter allen Bundesländern) zurückzuführen.

- In der Steiermark werden hingegen die Strukturverschiebungen im Bildungsanteil in den nächsten 20 Jahren stärker sein als im österreichischen Durchschnitt. Insbesondere wird hier der Anteil der LehrabsolventInnen deutlich rascher sinken als im übrigen Österreich, während der Anteil der AkademikerInnen stärker steigen wird.
- In Wien wird es – aufgrund der anhaltenden Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte – zu einem sehr geringen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung mit Pflichtschulabschluss aber – aufgrund der anhaltenden Tertiärisierungstendenzen – zu einem deutlichen Rückgang des Anteils der LehrabsolventInnen kommen. Außerdem wird es in diesem Bundesland – entgegen dem österreichischen Trend – auch zu einem leichten Rückgang des Anteils der AHS/BHS-AbsolventInnen kommen. Die Bildungsstruktur Wiens wird demnach in Zukunft zunehmend bipolar. Im Jahr 2030 wird dieses Bundesland bei Fortschreibung der Trends der letzten 10 Jahre sowohl den höchsten Anteil an AkademikerInnen als auch den höchsten Anteil an PflichtschulabsolventInnen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter unter allen Bundesländern aufweisen.
- Im Burgenland wird es hingegen in den nächsten 20 Jahren zu einem starken Rückgang des Anteils der PflichtschulabsolventInnen an der erwerbsfähigen Bevölkerung kommen. Allerdings wird sich dieser Anstieg – bei Fortschreibung der Trends der letzten 10 Jahre – nicht primär in einem Anstieg des AkademikerInnenanteils äußern, sondern vor allem in einem höheren Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen.

Insgesamt wird es bei den Frauen zu einem deutlich rascheren Rückgang des Anteils mit Pflichtschulabschluss kommen als bei den Männern, sodass Frauen im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2030 nicht nur einen deutlich höheren Akademikerinnenanteil aufweisen werden als Männer, sondern auch einen niedrigeren Anteil an Pflichtschulabsolventinnen. Frauen werden daher im Jahr 2030 eindeutig besser ausgebildet sein als Männer. Gleichzeitig werden die Älteren (über 45-Jährigen) im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2030 deutlich besser qualifiziert sein als heute. Die 45- bis 64-Jährigen des Jahres 2030 werden einen deutlich höheren Anteil der AHS/BHS-AbsolventInnen aufweisen. Der AkademikerInnenanteil wird in dieser Gruppe aber nur leicht höher sein als heute, während der Anteil der Lehr- und PflichtschulabsolventInnen deutlich geringer sein wird. Der Anteil der AkademikerInnen wird in den nächsten 20 Jahren daher vor allem aufgrund der nachkommenden jüngeren Kohorten (der 15- bis 29-Jährigen) steigen.

6.2 Wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten

6.2.1 Maßnahmen zur Verhinderung eines Rückgangs der Zahl der Erwerbspersonen

Anhand der Ergebnisse dieser Studie lassen sich nicht zuletzt auch Aussagen darüber treffen, welche Maßnahmen der Wirtschaftspolitik am ehesten geeignet sind einer sinkenden Erwerbstätigkeit entgegen zu wirken. Danach ist der Einfluss der natürlichen Bevölkerungsbe-
wegung auf die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen und ihre Struktur – zumindest über einen Prognosezeitraum von 20 Jahren – eher gering, sodass Maßnahmen zur Steigerung der

Geburtenrate und der Lebenserwartung nur einen geringen Einfluss auf die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen haben. Die Ursache hierfür liegt zum einen darin, dass Änderungen in der Lebenserwartung – bei ansonsten gleichen Erwerbsquoten – vor allem einen starken Einfluss auf die Zahl der Älteren, in Österreich wohnhaften, haben, die zumeist nicht mehr erwerbstätig sind. Änderungen in der Fertilitätsrate wirken hingegen nur sehr langsam auf die Zahl der Erwerbspersonen, weil die Frauen, die im Jahr 2030 im gebärfähigen Alter sein werden, bereits geboren sind, und noch nicht Geborene im Jahr 2030 erst maximal 20 Jahre alt und daher selbst nur sehr wenige Kinder haben werden. Dementsprechend können Anstiege in der Geburtenrate nur auf lange Sicht einen signifikanten Einfluss auf die Zahl der Erwerbspersonen entwickeln.

Einen deutlich stärkeren Einfluss haben hingegen die Annahmen über Wanderungsbewegungen und Erwerbsquoten. Würde zum Beispiel ab dem Jahr 2009 keine Netto-Zuwanderung nach Österreich mehr stattfinden, würde die Zahl der Erwerbspersonen (bei gleicher Erwerbsquotenentwicklung) bereits im Jahr 2020 um 2,9% unter dem heutigen Niveau liegen, im Jahr 2030 wären bereits um 11,6% weniger Erwerbspersonen vorhanden als heute. Dabei wäre dieser Rückgang in Niederösterreich, der Steiermark, Wien und Kärnten besonders ausgeprägt.

Ähnlich würde im Fall, dass die Erwerbsquoten in Österreich – insbesondere jene der Frauen und der Älteren – bis ins Jahr 2030 auf das (derzeitige) Niveau Schwedens steigen, die Zahl der Erwerbspersonen sowohl bis ins Jahr 2020 als auch danach noch deutlich steigen. Österreichweit läge die Zahl der Erwerbspersonen im Jahr 2030 um 19,4% über dem Niveau des Jahres 2010, und selbst in Kärnten wäre sie immer noch um 15,3% höher, in Wien sogar über 23,4%. Insgesamt sind eine Erhöhung der Erwerbsquote und stärkere Zuwanderung eindeutig die wirksamsten Maßnahmen um ein Sinken der Zahl der Erwerbspersonen zu verhindern.

6.2.2 Maßnahmen für einzelne Zielgruppen

Nicht zuletzt geben die in dieser Studie berechneten Szenarien auch Auskunft über die in den nächsten Jahren zu erwartenden Verschiebungen in der Bedeutung einzelner arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen, sodass anhand der vorliegenden Ergebnisse auch Aussagen über prioritäre zielgruppenspezifische Maßnahmen getroffen werden können.⁹⁾

Ausländische Arbeitskräfte

So ist die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte einer der wesentlichen Faktoren, die ein Sinken der Zahl der Erwerbspersonen in Österreich verhindern könnten. Gleichzeitig zeigt aber auch eine Fülle von Studien (Huber, 2010 für einen Überblick), dass sowohl MigrantInnen als auch deren Kinder in Österreich sowohl am Arbeitsmarkt als auch in ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und in der Ausbildung gegenüber einheimischen Arbeitskräften benach-

⁹⁾ Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Wirksamkeit der Arbeitsmarktpolitik nicht grenzenlos steigerbar ist. Gerade die Ergebnisse internationaler und nationaler Evaluierungsstudien zeigen, dass die Arbeitsmarktpolitik am wirkungsvollsten ist, wenn sie Teil einer umfassenden Politikstrategie ist. Siehe dazu auch Teilbericht 5 dieses Projektes.

teiligt sind. Dementsprechend sind MigrantInnen eine mit besonderen Problemlagen behaftete Arbeitsmarktgruppe, deren Bedeutung in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird. Dabei ist festzuhalten, dass die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund in Österreich bereits gegenwärtig durchaus gewichtig ist. Um dies zu illustrieren, zeigt Übersicht 6.1 anhand von Daten aus der Arbeitskräfteerhebung 2009 die Anteile der wohnhaften Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den österreichischen Bundesländern, wobei hier zwischen Personen, die im Ausland geboren sind, und Angehörigen der zweiten Generation (also Personen, von denen zumindest ein Elternteil im Ausland geboren wurde, die aber selbst in Österreich geboren wurden) unterschieden wird. In den meisten österreichischen Bundesländern liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund zwischen 15% und 25%, nur im Burgenland ist er mit 14,3% etwas geringer, in Wien (mit 44,6%) und Vorarlberg (30,8%) deutlich höher. Geht man von der in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose unterstellten Zuwanderungsdynamik aus, sind auf Sicht in allen österreichischen Bundesländern Anteile der Personen mit Migrationshintergrund von über 20% zu erwarten.

Zudem zeigt Übersicht 6.1, dass Zuwanderung ein regionales Phänomen ist, welches sich verstärkt in Städten konzentriert. In den Regionen, welche nach EUROSTAT-Definition als Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte definiert werden, liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bereits bei über 40%, in den Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte hingegen bei 12,6%. Dementsprechend wichtig ist es daher, eine nach verschiedenen Zielgruppen unter den Personen mit Migrationshintergrund differenzierte Integrationsstrategie zu erarbeiten.

Übersicht 6.1: Anteil verschiedener Gruppen mit Migrationshintergrund an der wohnhaften Bevölkerung in Österreich nach Bundesländern und Bevölkerungsdichte 2009, in %

	Im Ausland geboren	2. Generation	Migrationshintergrund
Wien	28,0	16,7	44,6
Niederösterreich	9,2	8,4	17,5
Burgenland	7,9	6,4	14,3
Steiermark	8,5	6,6	15,1
Kärnten	9,1	7,1	16,2
Oberösterreich	11,9	9,1	21,0
Salzburg	14,3	10,6	24,9
Tirol	13,9	12,3	26,3
Vorarlberg	16,1	14,7	30,8
Österreich	14,3	10,5	24,8
<i>Bevölkerungsdichte</i>			
Hoch	24,7	15,8	40,6
Mittel	11,5	10,0	21,5
Niedrig	6,6	5,9	12,6

Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung 2009, WIFO-Berechnungen.

Maßnahmen im Bereich der Migrationspolitik

Als erster Ansatzpunkt einer konsistenten Migrations- und Integrationspolitik ist dabei die Migrationspolitik zu erwähnen. Hier ist festzuhalten, dass die ausländischen Arbeitskräfte in Österreich – trotz spürbarer Verbesserung in den letzten Jahren – im internationalen Vergleich immer noch schlecht qualifiziert sind. Nach Daten der OECD war Österreich 2001 das Land mit dem geringsten Anteil an im Ausland Geborenen mit einem tertiären Bildungsabschluss unter allen OECD Ländern. Dies ist insofern von Nachteil, als sowohl aus gesamtwirtschaftlicher als auch aus verteilungspolitischer Sicht eine höher qualifizierte Zuwanderung vorzuziehen ist, da sie zu höherem Wachstum und vorteilhafteren Verteilungswirkungen führt. Ziel der Migrationspolitik sollte es daher sein, verstärkt hoch qualifizierte Arbeitskräfte nach Österreich zu bringen und ihnen einen, ihren Qualifikationen entsprechenden, Einsatz zu ermöglichen.

Allerdings ist bei der Fokussierung der Migrationspolitik auf Hochqualifizierte auch zu berücksichtigen, dass sich Österreich und seine Bundesländer bei dem Versuch, verstärkt hoch qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen, im Wettbewerb mit annähernd allen entwickelten Ländern befinden. Die Determinanten der Wahl des Ansiedlungslandes von Hochqualifizierten unterscheiden sich dabei in vielerlei Hinsicht von jenen der Niedrigqualifizierten. Sie werden insgesamt deutlich stärker von Karrieremotiven, dem Wunsch nach Anerkennung ihrer Qualifikationen, den Lebensbedingungen am neuen Wohnort (in Form etwa von Kultur- und Freizeitangeboten) und auch von den Möglichkeiten des Familiennachzugs geprägt, während Verdienstmöglichkeiten eine etwas geringere Rolle spielen. Dementsprechend wichtig ist es, hoch qualifizierten Zuwanderern ihren Qualifikation entsprechende Arbeitsplätze und ansprechende Lebensbedingungen zu bieten. Der Regional- und Standortpolitik kommt damit eine verstärkende Rolle bei Bemühungen um mehr hoch-qualifizierte Zuwanderung zu.¹⁰⁾

Diese Indirekten Steuerungsmöglichkeiten werden in Zukunft auch deswegen an Bedeutung gewinnen, weil nach dem Ende der Übergangsfristen im Bereich der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten der EU im Mai 2011 quantitative bedeutsame Teile der Migration nicht mehr durch die bestehenden Zugangsbeschränkungen reguliert werden können. In den letzten Jahren stammten ca. 70% der Nettozuwanderung nach Österreich aus Ländern der EU 27. Instrumente der direkten Steuerung der Zuwanderung über verschiedene Aufenthalts- und Arbeitstitel können daher spätestens ab diesem Zeitpunkt auf den größten Teil der Zuwandernden nicht mehr angewandt werden. Als verbleibende Instrumente zur Steuerung werden somit für diesen Großteil nur mehr indirekte Steuerungselemente in Frage kommen.

¹⁰⁾ Außerdem bestehen auch deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von Hochqualifizierten. So werden StudentInnen vor allem den Studienbedingungen im Ausland besondere Bedeutung zumessen, während ForscherInnen vor allem die Forschungsbedingungen im Auge haben werden, und Fachkräfte nach den Möglichkeiten eines, ihrer Qualifikation entsprechenden, Einsatzes trachten. Verstärkte Anstrengungen im Bereich der Zuwanderung Hochqualifizierter bedingen daher eine klare Vorstellung darüber, welche Teilgruppe dieser heterogenen Gruppe vor allem angesprochen werden soll.

Schlussendlich zeigt eine Reihe von Ergebnissen (z.B. *Bock-Schappelwein et al., 2008*), dass in Zeiten einer moderaten, aber stetigen Zuwanderung die negativen Effekte auf die Arbeitslosigkeit (auch pro ZuwandererInnen) geringer sind als in Zeiten einer sehr raschen Zuwanderung. Der Grund hierfür liegt darin, dass bei einer langsameren Zuwanderung alternative Anpassungsmechanismen der Volkswirtschaft (z.B. über steigende Investitionen) mehr von der Anpassungslast übernehmen. Dementsprechend sollte die österreichische Migrationspolitik auch in Zukunft danach trachten, die Zuwanderung aus Drittstaaten arbeitsmarktverträglich zu gestalten, indem bei der Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen auf die Bedürfnisse der regionalen Arbeitsmärkte Rücksicht genommen wird.

Maßnahmen im Bereich der gesellschaftlichen Integration

Abgesehen von diesen migrationspolitischen Herausforderungen, die durch die Politik der Bundesländer aber kaum zu beeinflussen sind, ergeben sich die Handlungsspielräume der Bundesländer und anderer regionaler Gebietskörperschaften im Bereich der Politik gegenüber AusländerInnen vor allem in der Sicherstellung einer möglichst nachhaltigen Integration ausländischer Arbeitskräfte in das Erwerbsleben. Ausländische Arbeitskräfte sind hier auf einer Reihe von Ebenen benachteiligt. So sind im Ausland geborene Einwohner in stärkerem Ausmaß armutsgefährdet, haben – vor allem im Haupterwerbssalter – eine geringere Erwerbsquote und eine deutlich höhere Arbeitslosenquote. Zudem sind Ausländer schlechter ins Bildungssystem integriert, und auch am Wohnungsmarkt bestehen Anzeichen einer Benachteiligung von Personen mit Migrationshintergrund. Die besonderen Probleme der ausländischen Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt sind demnach Konsequenz einer weit breiteren gesamtgesellschaftlichen Integrationsproblematik, die gerade im regionalen und lokalen Kontext gut angesprochen werden kann.

Daher sollte eine umfassende und zielgruppenorientierte, an regionale Bedingungen angepasste Integrationspolitik formuliert werden, die sich auf eine verbesserte Integration der zweiten Generation in die Erstausbildung, verstärkte Anstrengungen zur Integration ausländischer Arbeitskräfte in die Aus- und Weiterbildung, sowie eine Verringerung der Benachteiligung ausländischer Staatsangehöriger am Wohnungsmarkt konzentriert.

Differenzierte Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Überqualifikation unter MigrantInnen

Im Bereich der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zeigen etwa die Ergebnisse des Ad-hoc-Moduls der Arbeitskräfteerhebung im II. Quartal 2008 zur Arbeits- und Lebenssituation von MigrantInnen und Migranten in Österreich (*Statistik Austria, 2009, Huber, 2010*), dass die Problemlagen von verschiedenen Gruppen der Personen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt recht unterschiedlich sind und dementsprechend unterschiedlicher Lösungsansätze bedürfen. So ist nicht nur die erste Generation der Zuwanderer nach Österreich, sondern auch ihre in Österreich geborenen Kinder (die so genannte zweite Generation) am Arbeitsmarkt gegenüber Einheimischen benachteiligt. Insbesondere sind die Arbeitslosenquoten der zweiten

Generation in Österreich höher als jene der ersten Generation (die ihrerseits wieder höher sind als jene der InländerInnen), und ihre Erwerbs- und Beschäftigungsquoten sind geringer. Dementsprechend sollten in der Formulierung der Arbeitsmarktpolitik nicht nur AusländerInnen, sondern verstärkt auch Personen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe von integrationspolitischen Maßnahmen angesprochen werden. Die erheblichen Differenzierungen zwischen MigrantInnen erster und zweiter Generation sollte daher nicht übersehen werden.

Auch sind MigrantInnen am österreichischen Arbeitsmarkt häufiger überqualifiziert beschäftigt (arbeiten also häufiger in Berufen die eine niedrigere Qualifikation erfordern als sie tatsächlich aufweisen) als InländerInnen, und MigrantInnen der zweiten Generation sind hier gegenüber den InländerInnen immer noch benachteiligt. Diese Überqualifikation ist stark auf im Ausland geborene AkademikerInnen und (noch stärker) MaturantInnen, und auf ZuwandererInnen aus den traditionellen Gastarbeiterländern sowie die großen Zuwanderergruppen aus den neuen Mitgliedstaaten konzentriert. Für diese Gruppen sind somit Verbesserungen in der sprachlichen Integration und verstärkte Bemühungen bei der Anerkennung formaler Qualifikationen und von Erfahrungswissen von besonderer Bedeutung.

Des Weiteren ergeben sich erhebliche Unterschiede in der Arbeitsmarktintegration von im Ausland geborenen Männern und Frauen, die ihrerseits wiederum von nationalen Unterschieden überlagert werden. Abgesehen von der Gruppe der türkischstämmigen Frauen, zeigen sich auch bei den Frauen anderer Nationalitäten größere Unterschiede zwischen Inländerinnen und Migrantinnen als bei Männern. Überdies wirken auch verschiedene Faktoren, die die Arbeitsmarktintegration beeinflussen, auf Frauen und Männer anders. Zum Beispiel scheinen Frauen (vor allem hinsichtlich Überqualifikation und Erwerbsbeteiligung) stärker von der formalen Anerkennung ihrer Qualifikationen zu profitieren als Männer, und auch Zuwanderung im Familiennachzug hat für Frauen und Männer andere Auswirkungen auf das Integrationsverhalten. Dementsprechend sollte eine umfassende Integrationsstrategie verstärkt auch Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktintegration von im Ausland geborenen Frauen setzen, wobei hier vor allem die Vermeidung eines Absinkens der Erwerbsquote ein zentrales Anliegen sein könnte.

Schlussendlich ergeben sich auch auffällige Unterschiede im Integrationsverhalten von MigrantInnen je nach dem aus welchem Grund sie zuwanderten. So sind AsylantInnen hinsichtlich der Beschäftigungsquoten und der Überqualifikation oftmals schlechter gestellt als andere ZuwanderInnen. Eine Erklärung hierfür wäre, dass AsylantInnen während des Laufens des Asylantrages einen eingeschränkten Arbeitsmarktzugang haben und damit einer Dequalifikation unterliegen. Maßnahmen zur Verringerung des Qualifikationsverlusts unter AsylantInnen könnten dort einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Überqualifikation unter AusländerInnen leisten.

Flankiert werden könnte ein solcher umfassender aber nach unterschiedlichen Problemlagen unter MigrantInnengruppen differenzierter Ansatz der Arbeitsmarktintegration durch eine Reihe betrieblicher Maßnahmen, die zum einen der Verbreitung von Best-Practice-Maßnahmen im Bereich der betrieblichen Integration dienen, und zum anderen die Erhöhung des

Anteils ausländischer Arbeitskräfte in Führungspositionen in den Mittelpunkt stellen. Ein Förderprogramm könnte sich überdies mit der Förderung der Selbständigkeit von MigrantInnen beschäftigen.

Maßnahmen im Bereich der sprachlichen und der schulischen Integration

Darüber hinaus ist aber nach wie vor zu berücksichtigen, dass gerade der Erwerb von Deutschkenntnissen einen der wesentlichen Einflussfaktoren für die Vermittelbarkeit von ausländischen Arbeitskräften darstellt. Obwohl gerade in den letzten Jahren viele Deutsche nach Österreich wanderten, deren sprachliche Probleme in Österreich deutlich geringer sind als jene der traditionellen Gastarbeitergruppen, bleibt es wichtig ausländischen Arbeitskräften mit nicht deutscher Muttersprache frühzeitig ein reichhaltiges und praxisorientiertes Angebot an Deutschkursen anzubieten. Überdies kann hier gerade durch die Sicherstellung eines muttersprachlichen Unterrichts und sprachliche Frühförderung der Kinder ein zusätzlicher Nutzen erzielt werden. Auch eine stärkere Förderung der Kinderbetreuung könnte in diesem Bereich hilfreich sein, da internationale Erfahrungen zeigen, dass gerade Familien mit Migrationshintergrund ihre Kinder eher in Kindergärten geben, wenn das Angebot mit keinen Kosten verbunden ist (siehe hierzu auch Teilbericht 5 dieser Studie).

Überdies sollte im Rahmen eines präventiven Ansatzes versucht werden, gerade Kindern von ausländischen StaatsbürgerInnen bessere Ausbildungsperspektiven zu geben. Die Ergebnisse einiger Studien (Fritz et al., 2006, 2006a) zeigen gerade in diesem Bereich einige besorgniserregende Entwicklungen. Insbesondere ist der Anteil von Kindern der zweiten Generation, die eine Sonderschule besuchen, besonders hoch, und nur vergleichsweise wenige von ihnen schaffen den Abschluss einer weiterführenden Schule. Gerade hier besteht daher Bedarf an einer breiten Maßnahmenpalette, die von der interkulturellen Weiterbildung der Lehrpersonen und verbesserten Betreuungsmöglichkeiten für Eltern und Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache über die Elternbildung und Qualitätssicherung im Unterricht bis hin zur Schaffung von verbesserten Informationsdatenbanken reicht (siehe hierzu auch Teilbericht 5 dieser Studie).

Zudem zeigen einige neuere Studien (z.B. Bock-Schappelwein et al., 2008), dass die Gruppe der Personen, die im Alter zwischen 15 und 19 Jahren zuwandert, ein besonderes Problem darstellt. Sie erreicht unter allen AusländerInnen den schlechtesten Bildungserfolg. Hier dürfte die migrationsbedingte Diskontinuität in der Bildungskarriere oftmals zu einem Abbruch der Schullaufbahn führen. Dementsprechend wichtig ist es, auch das Schulwesen in eine umfassende Strategie zur höher Qualifizierung der im Ausland Geborenen einzubeziehen.

In Ergänzung zu diesen Maßnahmen könnte letztlich auch auf prozeduraler Ebene verstärkt versucht werden VertreterInnen von Minderheiten bzw. Betroffenen stärker in die Maßnahmenentwicklung einzubinden. Beispiele aus Deutschland (Petendra, 2005) zeigen, dass gerade im Bereich der lokalen Entwicklung (z. B. in der Stadtteilsanierung, aber auch in der Bildung und Qualifizierung) die frühzeitige Einbeziehung der Betroffenen zur Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen beiträgt. Dazu kann gerade durch die Vernetzung regionaler Ent-

wicklungsinitiativen, die Personen mit Migrationshintergrund mit einbezieht, mit Bildungsangeboten (z.B. Sprachangeboten) eine zusätzliche Motivation der Lernenden erzielt werden.

Frauen

Neben dem steigenden MigrantInnenanteil ist auch der steigende Anteil von Frauen am Arbeitskräfteangebot eine der wesentlichen Entwicklungen in Österreich. Insbesondere zeigt sich gerade in unseren Berechnungen zur Bildungsstruktur, dass Frauen im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2030 besser ausgebildet sein werden als die Männer. Es handelt sich daher bei dieser Gruppe um besonders hoch qualifizierte potentielle Arbeitskräfte, deren Teilnahme am Erwerbsleben dementsprechend auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht von besonderer Bedeutung ist. Gleichzeitig zeigen sich in Österreich aber immer noch deutliche Anzeichen einer Benachteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt, die sich in einer niedrigeren Erwerbsquote und auch in einem deutlich niedrigeren Lohnniveau äußern.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede am Arbeitsmarkt sind dabei ein gesellschaftliches Querschnittsthema. Eine Erhöhung der Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt muss gleichzeitig auf mehreren Handlungsebenen gefördert werden. Hand in Hand mit der Reform von Gesetzen, Rahmenbedingungen und Strategien ist ein öffentlicher Diskurs zu führen, da ein gesellschaftlicher Wandel angestrebt wird, der nur dann realisierbar ist, wenn er auch von der Gesellschaft angenommen und getragen wird.

Die besondere Aufmerksamkeit, die sowohl die Europäische Union als auch die österreichischen Institutionen dem Thema Chancengleichheit widmen, hat eine Reihe von Begründungen. Nicht zuletzt aufgrund der in dieser Studie im Mittelpunkt stehenden demographischen Entwicklungen wird die ungleiche Stellung von Frauen und Männern zunehmend zum Hemmnis für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Schon 1994 wurde vom Rat der Europäischen Union festgehalten, "dass bereits heute aus der demographischen Entwicklung absehbar ist, dass das wachsende Potential gut gebildeter Frauen das größte – bislang noch unzureichend genutzte – Qualifikations- und Innovationspotential darstellt, das es verstärkt zu entwickeln und zu nutzen gilt" und "dass es für die dynamische Fortentwicklung des Binnenmarktes und vor allem die Schaffung neuer Arbeitsplätze notwendig ist, insbesondere durch positive Fördermaßnahmen zur Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern beizutragen".¹¹⁾ Eine verstärkte Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben soll eine nachhaltige Entwicklung der Renten- und Gesundheitssysteme ermöglichen, den sozialen Zusammenhalt stärken, die Entwicklung des Dienstleistungssektors fördern und einen verbesserten Einsatz der Humankapitalressourcen sichern. Die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt hat zusätzlich zur normativen und gesamtwirtschaftlichen auch eine regionalpolitische Dimension. Geschlechtsspezifische Unterschiede beeinflussen mittel- bis langfristig auch die regionale

¹¹⁾ Siehe "Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 6. Dezember 1994 zur gleichberechtigten Teilhabe der Frauen an einer beschäftigungsintensiven Wachstumsstrategie der Europäischen Union", Amtsblatt Nr. C 368 vom 23/12/1994 S. 3-6.

Wirtschaftsstruktur und Raumordnung, da sie sich auf das Arbeitsangebots- und letztendlich auch auf das Wanderungsverhalten der Personen auswirken.

Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Schwierigkeit der Kombination von Beruf und Familie für Männer und Frauen steht im Zentrum der Geschlechterunterschiede am Arbeitsmarkt. Ein erster Ansatzpunkt zur Verbesserung der Erwerbsbeteiligung von Frauen hängt deshalb mit der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen zusammen. Die Bereitstellung qualitativ entsprechender Kinderbetreuungseinrichtungen gehört daher mit zu den effektivsten Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung der Frauen im Haupterwerbsalter. Bei einer solchen Ausweitung der Kinderbetreuungseinrichtungen sollte auch auf die Qualität dieser Betreuung besonders Wert gelegt werden (siehe dazu auch Teilbericht 5 dieser Studie).

Neben der Kinderbetreuung ist aber auch die Pflege von älteren und/oder kranken Familienmitgliedern ein Aufgabenbereich, der in vielen Fällen die Präsenz von Frauen am Arbeitsmarkt erschwert. Dabei sind auch entsprechende Einrichtungen und Rahmenbedingungen im Pflegebereich wichtige Determinanten der Chancengleichheit. Im ländlichen Raum sind – vor allem angesichts der Veränderungen, die sich durch den demographischen Wandel ergeben – diesbezüglich innovative Lösungsansätze gefragt. Beispielsweise ist die Institutionalisierung einer Informationsplattform zu überlegen, die es den einzelnen Haushalten/Frauen ermöglicht, in einem kleinräumigen Umfeld qualifizierte Betreuungseinrichtungen zu organisieren, etwa über gemeinnützige Vereine, in denen Fachkräfte in der jeweiligen Disziplin mit Personen zusammenarbeiten, die angelernt werden können. Es ist also nicht notwendig, dass allorts (kleinsträumig) staatliche Pflegeeinrichtungen (Alten- und Pflegeheime) eingerichtet werden, sondern dass die Rahmenbedingungen geschaffen und unterstützt werden, die eine sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Beschäftigung für Betreuungspersonen ermöglichen.

Zusätzlich zu Anstrengungen im Bereich der Kinderbetreuung und der Pflege können auch Änderungen in betrieblichen Abläufen einen erheblichen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie liefern. Ein gutes Beispiel hierfür liefert eine Studie der Wirtschaftskammer Tirol (Beyer - Hämmerle - Garbislander, 2002). In dieser werden (aufgeteilt auf die Handlungsfelder Arbeitszeit, Arbeitsabläufe und -inhalte, Arbeitsort, Information und Kommunikation, Führung, Personalentwicklung, Entgelt und flankierendes Service) insgesamt über 40 Einzelmaßnahmen aufgelistet, mit denen Unternehmen zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen können. Es könnte daran gedacht werden, auf Grundlage dieses Maßnahmenkataloges spezielle Beratungsprogramme für Unternehmen zu entwickeln. Insbesondere Klein- und Mittelbetriebe haben hier einen Bedarf an Beratung und Coaching.

Schlussendlich sollten bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auch die regionalen Unterschiede am Arbeitsmarkt berücksichtigt werden. Regionale Ansätze sind für eine erhöhte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zielführend. Gerade im Rahmen solcher Projekte ist es möglich, durch Anpassen der Maßnahmen an die regional relevanten Probleme der

Frauenarbeitsmärkte und die intensive Einbindung regionaler Akteure den Wirkungsgrad der Maßnahme zu erhöhen, und einen zusätzlichen Beitrag zum regionalen Kompetenzaufbau in diesem Bereich zu erzielen.

Maßnahmen in Bezug auf die atypische Beschäftigung von Frauen

Atypische Beschäftigung ist für Unternehmen ein wichtiges Instrument zur Flexibilisierung und für ArbeitnehmerInnen eine erwünschte Option, um Berufs- und Familienleben zu kombinieren. Die große Konzentration der atypischen Beschäftigung (und hier insbesondere der Teilzeitarbeit) auf Frauen trägt allerdings zu einer Segregation am Arbeitsmarkt bei. Atypisch beschäftigte Frauen (und auch Männer) haben oft geringere Weiterbildungs- und Aufstiegschancen und dementsprechend flachere Berufskarrieren (und schlechtere Einkommenschancen). Um die Marginalisierung von atypisch Beschäftigten zu verhindern, ist es notwendig, sie aus dem bisherigen geschlechts- und berufspezifischen Schema zu entkoppeln. Zwei Strategien sind dafür denkbar: Eine Normalisierung der atypischen Beschäftigung als Phase im Erwerbslebenszyklus, wodurch Unterschiede zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen verringert werden sollen, um den Übergang zwischen den beiden zu erleichtern. Hier ist es wichtig, den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen nach einem Wechsel möglichst zu entsprechen, um unfreiwillige atypische Beschäftigung zu verhindern. Eine zweite, parallele Strategie sollte dahingehend arbeiten, das Angebot an atypischer Beschäftigung zu differenzieren und verstärkt Männer und hoch qualifizierte Arbeitskräfte in (insbesondere) Teilzeit einzubinden. Diese Strategien können nur dann erfolgreich sein, wenn auch Männer Teilzeitstellen nicht mehr als Abweichung von der Norm betrachten. Dabei ist wichtig, sicherzustellen, dass rechtliche Regelungen (Gesetze, Kollektivverträge oder Betriebsvereinbarungen) routinemäßig dahingehend überprüft werden, ob sie gegenüber atypisch Beschäftigten diskriminieren, und atypisch Beschäftigte in gleichem Ausmaß an betrieblicher Weiterbildung teilnehmen können wie Vollzeitbeschäftigte. Weiterbildungskonzepte sollten dahingehend ausgerichtet werden, dass Beschäftigte mit Familienaufgaben an Weiterbildung teilnehmen können.

Maßnahmen zur Überwindung von beruflicher Segregation und zur Angleichung von Löhnen

Ein weiterer Ansatzpunkt zur Erreichung des Ziels einer Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt und damit verbunden einer höheren Attraktivität der Erwerbstätigkeit der Frauen ist die verstärkte Förderung von Frauen in so genannten "Männerberufen". In vielen österreichischen Bundesländern werden gerade zu diesem Themenblock bereits Maßnahmen durchgeführt, die vor allem der Information junger Frauen und der Sensibilisierung von Bildungsträgern dienen. Es wäre wünschenswert, diese schon bestehenden Initiativen auszubauen und zu ergänzen, beispielsweise könnte die Zusammenarbeit mit den Betrieben zur Durchführung von "Tagen der offenen Tür" und von Praktika verstärkt werden. Auch hier kann auf schon bestehende Initiativen aufgebaut werden.

Dabei sollte auch verstärkt an die Vernetzung und Koordination verschiedener Aktivitäten in diesem Bereich gedacht werden. Eine Möglichkeit hierzu wäre die Bildung von Kompetenz-

zentren, wie man sie zum Beispiel in Deutschland zum Thema "Frauen in der Informationsgesellschaft und Technologie" angestrebt hat. Aufgabe dieser Kompetenzzentren, die gemeinsam von privaten und öffentlichen Trägern finanziert werden, ist es, Beratung, Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Frauen in IKT-Berufen anzubieten. Dabei sollte in diesem Bereich eng mit den Bildungsträgern zusammengearbeitet werden. Die Überprüfung und Ergänzung von bestehenden Materialien zur Unterstützung von Schulwahl und Berufswahl in den Schulen (aber auch in den relevanten Ämtern und Institutionen) könnte einen Teil dieser Kooperationsarbeit darstellen.

Neben der beruflichen Segregation zeigen Studien für ganz Österreich und einzelne Bundesländer aber auch, dass ein erheblicher Teil der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen durch Unterschiede in der Entlohnung innerhalb einzelner Qualifikationsgruppen entsteht (Biffi – Leoni, 2006). Dies deutet darauf hin, dass Männer und Frauen mit ähnlicher Qualifikation unterschiedliche Löhne erhalten. Um dieser Ungleichbehandlung von Männern und Frauen mit ähnlichen Qualifikationen zu begegnen, könnte auch an zusätzliche Sensibilisierungsmaßnahmen in den Unternehmen gedacht werden. In Belgien hat man etwa hier versucht, das Instrument der Arbeitsplatzbewertung einzusetzen, um Arbeitgeber und -nehmerinnen verstärkt auf etwaige diskriminatorische Praktiken in der Lohnsetzung hinzuweisen. In Schweden geht man noch weiter, indem Unternehmen dazu verpflichtet werden sollen, einen jährlichen Gleichstellungsbericht zu legen.

Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Schlussendlich zeigen eine Reihe von nationalen Evaluierungsergebnissen (für Österreich etwa Lutz – Mahringer – Poeschl, 2005), dass Frauen offensichtlich von Qualifizierungsmaßnahmen profitieren, sodass gerade in diesem Bereich auch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Komponente in einer Gleichstellungspolitik darstellen. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, dass Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Frauen (abgesehen von höheren Vermittlungsquoten) oftmals auch dem Abwandern von Frauen aus dem Arbeitsmarkt entgegenwirken und somit einen Beitrag zur Steigerung der Erwerbsquote der Frauen leisten.

Ältere

Eine weitere Zielgruppe für die aufgrund der steigenden Bedeutung und auch der gegenwärtigen Probleme am Arbeitsmarkt ein integrierter Politikansatz besonders wichtig erscheint, sind die Älteren. Nach den Ergebnissen der vorliegenden Studie wird der Anteil der älteren Erwerbspersonen am Arbeitskräfteangebot in den nächsten 20 Jahren in Österreich deutlich steigen, gleichzeitig zeigen viele Studien (z.B. Fritz et al., 2006, Scopetta – Maier – Michalek, 2007, dass die Erwerbsquoten dieser Gruppe in Österreich noch immer gering sind und auch die Arbeitslosigkeit der Älteren relativ hoch ist. Insbesondere tun sich ältere Arbeitskräfte besonders schwer, nach Verlust ihres Arbeitsplatzes einen neuen zu finden. Ziel sollte es daher

sein, die Beschäftigungsquote der Älteren deutlich zu heben und die Vermittelbarkeit von älteren Arbeitslosen zu steigern.

Um dies zu erreichen, ist eine breit angelegte Politikinitiative notwendig. Sie könnte an vier strategischen Feldern orientiert werden:

1. Der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für dieses Thema – Dies kann vor allem dadurch erreicht werden, dass das Ziel einer deutlichen Erhöhung der Beschäftigungsquote der Älteren als Querschnittsmaterie in allen Bereichen der Politik verankert und auch öffentlich kommuniziert wird.
2. Dem Erhalt der Arbeitsfähigkeit der Älteren – Dies kann vor allem durch eine gesundheitsverträglichere Gestaltung der Arbeitsbedingungen, präventivmedizinische Maßnahmen und eine intensive Beratung der Unternehmen geschehen.
3. Der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit – womit vor allem die kontinuierliche Weiterbildung der Arbeitskräfte gemeint ist. Zum einen geht es dabei um die Entwicklung von spezialisierten Weiterbildungsangeboten für Ältere, zum anderen um eine umfassenden Verankerung von Strategien des lebensbegleitenden Lernens in den Unternehmen.
4. Die Anpassung der Arbeitsbedingungen an die besonderen Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer – hierunter fallen die Gestaltung der Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz, aber auch die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung und der Ausgestaltung interner Arbeitsmärkte für Ältere.

Die Chancen, eine solche integrierte Politik regional umzusetzen, erscheinen vor allem deswegen besonders groß, weil in vielen Bundesländern zu verschiedenen Teilbereichen dieser Strategie bereits erprobte und erfolgreiche Instrumente bestehen. Außerdem liegen in einer Reihe von Projekten integrierte Ansatzpunkte für eine solche Politik vor (*Scopetta – Maier – Michalek, 2007* bzw. *Mörth – Gusenbauer, 2005* für Beispiele).

Maßnahmen im Bereich der Arbeitsfähigkeit

Eine umfassende Informationsquelle zur Situation der älteren Arbeitskräfte und zu den bestehenden Maßnahmen liefern hier *Scopetta – Maier – Michalek, 2007*.¹²⁾ Ähnlich wie der vorliegende Bericht schlägt auch dieses Projekt einen umfassenden Politikansatz zur Verbesserung der Integration der Älteren in das Erwerbsleben vor.

Ein Ansatzpunkt ist dabei die Prävention von Kündigungen von älteren ArbeitnehmerInnen. Hierzu könnte zum Beispiel überprüft werden, ob durch eine stärkere Einbindung der Betriebsärzte, eine engere Zusammenarbeit mit dem Gesundheitswesen und eine intensivere Beratung der Unternehmen hinsichtlich der Gestaltung von Arbeitsbedingungen mit dem Ziel einer Vermeidung von Arbeitsunfähigkeiten, Verbesserungen im Erhalt der Arbeitsfähigkeit von Älteren möglich sind. Gerade das finnische Beispiel zeigt, dass in diesem Bereich substantielle Verbesserungen möglich sind. Neben der Sicherung des Eigeninteresses der Unternehmen an

¹²⁾ Eine Sammlung internationaler und nationaler Praxisbeispiele findet sich überdies auf www.arbeitundalter.at/.

solchen Maßnahmen, welches in Finnland über die Verpflichtung der Unternehmen, 80% der Invaliditätspensionen ihrer MitarbeiterInnen zu zahlen, durchgesetzt wird, bieten sich hier vor allem Beratungsdienstleistungen an.

Die Erfahrungen einiger österreichischer Projekte zeigen dabei, dass solche Beratungsleistungen vor allem mit dem Argument der Kostensenkung durch die Verhinderung von Krankheitsfällen an die Unternehmen herangetragen werden können. Allerdings zeigt sich auch, dass die Motivation kleinerer Unternehmen an solchen Maßnahmen teilzunehmen, besonders gering ist. Da in vielen österreichischen Bundesländern gerade der kleinbetriebliche Tourismussektor für eine solche Maßnahme am geeignetsten erscheint, sollte daher versucht werden regionale und lokale Akteure eng in die Umsetzung einzubinden, um so einen hohen Informationsstand der für KMUs relevanten Ansprechpartner sicherzustellen, und die Beratungsmaßnahmen besonders KMU-gerecht zu gestalten.

Überdies könnte im Rahmen der traditionellen Arbeitsmarktpolitik daran gedacht werden ein "Frühwarnsystem" für gesundheitsbedingte Kündigungen zu etablieren. Da gerade bei gesundheitsbedingten Auflösungen von Dienstverhältnissen intensive Umschulungen und weitreichende Änderungen der Lebensgewohnheiten notwendig sind, könnte ein solches Frühwarnsystem zu einer besseren Beratung der Betroffenen führen.

Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsfähigkeit

Bei der Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit von Älteren geht es zum einen darum, die Weiterbildungsteilnahme unter Älteren zu erhöhen und zum anderen, Strategien des lebensbegleitenden Lernens in den Unternehmen umzusetzen. Dies ist besonders für Ältere von Bedeutung, weil die Weiterbildungsbeteiligung ab einem Alter von 54 Jahren in Österreich deutlich abfällt (Übersicht 6.2). Abgesehen von Aktivitäten im Bereich der Curriculaentwicklung für Schulungen, die auf die besonderen Bedürfnisse älterer TeilnehmerInnen eingehen, könnte hier im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik verstärkt auf Maßnahmen gesetzt werden, die traditionelle Maßnahmen mit Implacement bzw. Empowerment-Elementen kombinieren. In Deutschland hat man dabei die Erfahrung gemacht, dass es gerade bei den Älteren sinnvoll sein kann, traditionelle Qualifizierungsmaßnahmen mit solchen Implacement-Modellen zu kombinieren, um älteren Arbeitslosen den "Neuanfang" bei einem neuen Arbeitgeber auch nach Aufnahme der Beschäftigung zu erleichtern. Abgesehen von Implacement-Stiftungen könnte eine solche Kombination durch die Förderung der Qualifizierung in Betrieben und die Bindung von Eingliederungsbeihilfen an eine Ausbildung erzielt werden.

Zentral sind in diesem Bereich die Potentiale präventiver Ansätze, die – durch eine umfassende Erfassung der Erwerbstätigen in ein Konzept des lebenslangen Lernens – genutzt werden. Hierzu sollten vor allem die bestehenden Instrumente im Bereich der betrieblichen und individuellen Weiterbildungsförderung genutzt werden (siehe dazu Teilbericht 5 dieser Studie).

Übersicht 6.2: Weiterbildungsquote der 25- bis 64-Jährigen in den österreichischen Bundesländern nach Altersgruppen
2009 in %

	25 bis 34 Jahre	35 bis 44 Jahre	45 bis 54 Jahre	55 bis 64 Jahre
Wien	16,3	14,0	10,8	7,0
Niederösterreich	10,4	11,5	10,2	6,1
Burgenland	9,9	10,1	8,9	5,9
Steiermark	13,0	12,0	10,2	5,5
Kärnten	10,1	9,0	10,7	5,6
Oberösterreich	13,1	12,3	11,4	6,2
Salzburg	13,2	12,2	11,0	6,6
Tirol	13,8	11,2	9,4	5,0
Vorarlberg	13,9	14,5	13,5	6,1
Österreich	13,2	12,2	10,6	6,1

Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung 2009, WIFO-Berechnungen. – Weiterbildungsquote = TeilnehmerInnen an berufsbezogenen oder privaten Kursen in % der Bevölkerung.

Anpassung der Arbeitsbedingungen

Ein weiterer Ansatzpunkt für eine umfassende Politik zur Integration der Älteren in das Erwerbsleben bietet sich in der Anpassung der Arbeitszeiten und -bedingungen an die Arbeitsfähigkeit. Neben arbeitsmarktpolitischen Ansätzen, wie zum Beispiel den Aufbau von Arbeitskräfteüberlassungen bieten sich hier auch betriebliche Arbeitszeitmodelle an. So werden zum Beispiel auf www.arbeitundalter.at/ eine Reihe von Fallbeispielen genannt, in denen Firmen durch eine Änderung in der internen Arbeitsorganisation zur einer Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit der Älteren beitragen konnte. Gemeinsam ist diesen dabei, dass die Veränderungen in den Betrieben erst nach einer Beratung erfolgten. Dementsprechend wichtig ist es, den Unternehmen entsprechende Informations- und Beratungsangebote zu unterbreiten.

Literaturhinweise

- Arellano, M., Bond, S., Some Tests of Specification for Panel Data: Monte Carlo Evidence and an Application to Employment Equations, *Review of Economic Studies*, 1991, Nr. 58:2, S. 277-97.
- Bock-Schappelwein, J., et al., Die ökonomischen Wirkungen der Immigration in Österreich 1989-2007, Study of the commissioned by the Austrian Ministry for Labor and Economic Affairs, WIFO, Wien, 2008.
- Beyer, N., Hämmerle, W., Garbislander, S., Der Geburtenrückgang in Tirol, *Wirtschaftskammer Tirol, Tiroler Regionalpolitische*, 2002, Studien Nr. 7.
- Biffl, G., Leoni, T., Handlungsoptionen für eine Erhöhung der Einkommensgerechtigkeit und Chancengleichheit für Frauen in Oberösterreich, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, WIFO, Wien, 2006.
- Biffl, G., WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Teilstudie 6: Bevölkerungsentwicklung und Migration, WIFO, Wien, 2006.
- Boersch-Suppan, A., Labour Market effects of Population Aging, NBER Working Paper 8640, 2001.
- Driscoll, J., Kray, A., Consistent Covariance Estimation with Spatially Dependent Panel Data, *Review of Economics and Statistics*, 1998, S. 549-560.
- Farber, H. S., Mobility and Stability: The Dynamics of Job Change in Labor Markets in Ashenfelter, O., Card, D. (Hrsg.), *Handbooks in Economics*, 1999, Vol. 5., S. 2439-83.
- Foote, C., Space and Time in Macroeconomic Panel Data: Young Workers and State Level Unemployment Revisited, Federal Reserve of Boston, 2007, Working Paper 07-10.
- Fritz, O., Huber, P., Huemer, U., Leoni, T., Arbeitsmarktpolitik in Tirol bis 2010, WIFO, Wien, 2006.
- Fritz, O., Huber, P., Huemer, U., Leoni, T., Arbeitsmarktpolitik in Oberösterreich, WIFO, Wien, 2006.
- Frosch, K., Kühntopfer, S., Tivig, T., Beschäftigung im Wandel eine Regionale Perspektive, *Wirtschaftspolitische Blätter*, 2007, Nr. 4, S. 669-692.
- Fuchs, J., Dörfler, K., Projektionen des Erwerbspotentials bis 2050 - Annahmen und Datengrundlagen, IAB Forschungsbericht 25, Nürnberg, 2005.
- Hanika, A., Aktualisierung der regionalisierten ÖROK Bevölkerungs- Erwerbstätigen- und Haushaltsprognose 2001 bis 2031 Teil 1: Bevölkerung und Arbeitskräfte, ÖROK, Wien, 2006.
- Huber, P., Die Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten in Österreich, WIFO Working Paper, 2010, Nr. 365.
- Lutz, H., Mahringer, H., Pöschl, A., Evaluierung Europäischer Sozialfonds 2000-2006, Ziel 3 Österreich – Aktualisierung der Halbzeitbewertung Schwerpunktanalysen, WIFO, Wien, 2005.
- Jimeno, J., Demographic change, immigration and the labour market: A European perspective, FEDEA, *Documento de Trabajo*, 2004, Nr.18.
- Mayerhofer, M., Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen, WIFO, Wien, 2010.
- Mörth, I., Gusenbauer, M., Qualifizierungsmaßnahmen für ältere Arbeitssuchende in Tirol – Endbericht, Studie im Auftrag des AMS Tirol, Johannes Kepler Universität, Linz, 2005.
- Nordström-Skans, O., Age Effects in Swedish local labour markets, IFAU-Institute for Labour Market Policy Evaluation, 2002, Working Paper 11.
- Ochsen, C., Regional Labour Markets and Ageing in Germany, Manuscript, University of Rostock, Rostock, 2009.
- Palme, G., "Divergenz regionaler Konvergenzclubs. Dynamische Wirtschaftsregionen in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 1995(68), 12, S. 769-781.
- Petendra, B., Sozialräumliche Integration von Zuwanderern, Werkstattbericht, Schader Stiftung, 2005.
- Schipfer, R., Der demographische Wandel: Überalterung oder Schrumpfung? Entwicklung und Perspektiven für Österreichs Gemeinden, *Wirtschaftspolitische Blätter*, 2007, Nr. 4, S. 657-668.
- Scopetta, A., Maier, D., Michalek, W., Active Ageing – Regionale Handlungsoptionen in Österreich, ZSI-Zentrum für Soziale Innovation, Wien, 2007.
- Shimer, R., Why is the U.S. Unemployment Rate So Much Lower?, NBER Macroeconomics Annual, 1999, S. 11-74.

- Shimer, R., The Impact of Young Workers on the Aggregate Labour Market, *Quarterly Journal of Economics*, 2001, S. 969-1008.
- Smeral, E., Huber, P., Mühlberger U., Schwarz, G., *Ausbildungserfordernisse und Arbeitskräftebedarf im österreichischen Beherbergungs- und Gaststättenwesen*, WIFO, Wien, 2009.
- Statistik Austria, *Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich*, Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008, Wien, 2009.
- Summers, L., Why is the unemployment rate so very high near full employment, *Brookings Papers on Economic Activity*, 1986, Nr. 22, S. 239-383.
- Tichy, G., Demographische Entwicklung in Österreich: Der hochgespielte Generationenkonflikt, in Biehl, K., Templ, N. (Hrsg.), *Europa Altert*, Arbeiterkammer Wien, 2007, S. 33-40.
- Wöss, J., Steigender Altenanteil und Pensionen: Altenquote ist nicht gleich Pensionsquote, in Biehl, K., Templ, N. (Hrsg.), *Europa Altert*, Arbeiterkammer Wien, 2007, S. 43-49.

Anhang: Verwendete Bezirkstypologie

Typologie	Bezirke
Metropole:	Wien
Großstädte:	Klagenfurt, Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck
Umland:	Baden, Bruck an der Leitha, Gänserndorf, Korneuburg, Mödling, Tulln, Wien Umgebung, Eferding, Linz Land, Urfahr-Umgebung, Salzburg-Umgebung, Graz-Umgebung, Innsbruck-Land
Mittelstädte:	Eisenstadt, Rust, Eisenstadt-Land, Villach, Krems an der Donau, Sankt Pölten, Wiener Neustadt, Steyr, Wels, Dornbirn, Feldkirch
Intensive Industrieregionen:	Waidhofen an der Ybbs, Amstetten, Neunkirchen, Sankt Pölten Land, Gmunden, Kirchdorf an der Krems, Vöcklabruck, Wels-Land, Hallein, Bruck an der Mur, Judenburg, Leoben, Mürzzuschlag, Kufstein, Schwaz, Bludenz, Bregenz
Intensive Tourismusregionen:	Klagenfurt-Land, Spittal an der Drau, Villach Land, Sankt Johann im Pongau, Zell am See, Liezen, Imst, Kitzbühel, Landeck, Reutte
Extensive Industrieregionen:	Mattersburg, Sankt Veit an der Glan, Wolfsberg, Gmünd, Lilienfeld, Melk, Wiener Neustadt Land, Braunau am Inn, Grieskirchen, Perg, Ried im Innkreis, Steyr-Land, Deutschlandsberg, Knittelfeld, Leibnitz, Voitsberg, Weiz
Touristische Randgebiete:	Neusiedl am See, Hermagor, Völkermarkt, Feldkirchen, Scheibbs, Tamsweg, Fürstenfeld, Hartberg, Murau, Lienz
Industrialisierte Randgebiete:	Güssing, Jennersdorf, Oberpullendorf, Oberwart, Hollabrunn, Horn, Krems Land, Mistelbach, Waidhofen an der Thaya, Zwettl, Freistadt, Rohrbach, Schärding, Feldbach, Radkersburg

Q: *Palme* (1995).